



Das
Bundesarchiv

EINBLICKE IN DAS
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV
DOKUMENTENHEFT

„... anarcho-terroristische Kräfte“

Die Rote-Armee-Fraktion und die Stasi



„... anarcho-terroristische Kräfte“

Die Rote-Armee-Fraktion und die Stasi

Die vorliegende Auswahl an Dokumenten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv bildet ab, wie sich die Ereignisse in den Stasi-Akten widerspiegeln und nimmt keine weitere Deutung der Quellen vorweg. Die Leserschaft möge den Spielraum zur eigenen Interpretation und persönlichen Auseinandersetzung mit historischen Dokumenten nutzen. Der Verzicht auf eine quellenspezifische Interpretation der nachfolgenden Berichte und Bilder soll den Leserinnen und Lesern ermöglichen, sich selbst einen lebendigen Einblick zu verschaffen. Dieses Dokumentenheft soll damit auch als Anregung dafür dienen, sich mit historischen Einordnungen und weiterführenden Studien zu beschäftigen.

Inhalt

Einleitung	4
Staatssicherheit und RAF. Über den Hintergrund einer ungewöhnlichen Annäherung	5
Anfänge	8
Bericht der Hauptverwaltung A über einen Kontakt zu Till Meyer	9
Bericht über die Einreise von Horst Mahler in die DDR	12
Bericht über die Festnahme des RAF-Mitglieds Hans-Jürgen Bäcker in der DDR	13
Ergänzung zum Bericht über die Festnahme von Bäcker	17
Weitergeleiteter Bericht zum Gespräch von Ulrike Meinhof mit Rauh (Zentralrat der FDJ)	19
Aktennotiz der Passkontrolle zur Einreise von Ulrike Meinhof	23
Abfotografierter französischer Reisepass von Ulrike Meinhof (Michèle Susanne Ray)	24
Bildfahndung zu Ulrike Meinhof	24
Weisung von Mielke, Ulrike Meinhof die Einreise zu gestatten und dann von der HA IX verhören zu lassen	25
Vernehmungsprotokoll von Michael „Bommi“ Baumann	26
Beobachtung und Aufklärung	30
Gutachten über die Terroraktion „Lorenz“ in West-Berlin	31
Karte und Legende aus dem Gutachten der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz in West-Berlin	32
Bericht zur Großfahndung in der BRD und West-Berlin nach dem Attentat auf den Generalbundesanwalt Buback	34
IM-Bericht über die Stimmung in der BRD während der Schleyer-Entführung	36
Protokoll der Entführung von Hanns Martin Schleyer und des Passagierflugzeugs „Landshut“	37
Vergleich der Entführungen von Hanns Martin Schleyer und Aldo Moro	41
Aufstellung über Verbindungen von RAF-Mitgliedern in die DDR	47
Bericht über den RAF-Terroristen Christian Klar	48
Bericht über die RAF-Terroristin Inge Viett	51
Fahndungsplakat der Bundesrepublik Deutschland	54
Eröffnungsbericht zum Operativ-Vorgang „Stern I“ zur Überwachung von RAF-Mitgliedern	55
Projekt Übersiedlung	58
Antrag von „Angelika Gerlach“ (Silke Maier-Witt) auf Staatsbürgerschaft der DDR	59
Zentrales Aufnahmeheim Röntgental	60
Fiktiver Lebenslauf von „Angelika Gerlach“ (Silke Maier-Witt)	61
Fiktiver Lebenslauf der RAF-Aussteigerin Monika Helbing („Elke Köhler“)	65
Bericht eines Abschnittsbevollmächtigten über die RAF-Terroristin Monika Helbing („Elke Winter“)	69
Sicherheitsanalyse mit chronologischem Verlauf des Eingliederungsprozesses von Susanne Albrecht in der DDR	70

Unterstützung	74
Information über Freilassung der Personen Viett, Siepmann, Nikolai in der ČSSR auf Initiative der Stasi	75
Information zu Aktivitäten von terroristischen Gruppen	78
Auszug aus dem Besucherbuch des konspirativen „Objektes 74“	82
Anfahrtsskizze zum „konspirativen Objekt 74“	83
Außen- und Innenaufnahmen des konspirativen „Objektes 74“	84
Verschleierung und Distanzierung	86
Eröffnungsbericht zur OPK „Klausen Gerhard“ (Wolfgang Grams)	87
Abschlussbericht zum Hungerstreik der Gefangenen der RAF	90
Hinweis zur Enttarnung von Silke Maier-Witt	92
Bericht zum Stand der Neueingliederung des IMS „Anja Weber“ (Silke Maier-Witt)	94
Vermerk zur Anfrage des BRD-Juristen Renger nach der Person „Gerlach, Angelika“ (Maier-Witt)	98
Bericht zum Stand der Neueingliederung des IMS „Anja Weber“ (Maier-Witt)	99
Artikel zu Festnahme von Silke Maier-Witt	101
Anhang	102
Abkürzungsverzeichnis	103
Stasi-Unterlagen-Archiv	107
Dokumentenhefte	111

Einleitung

Staatssicherheit und RAF

Über den Hintergrund einer ungewöhnlichen Annäherung

In der Bundesrepublik entstanden zu Beginn der siebziger Jahre linksterroristische Gruppen wie die Rote-Armee-Fraktion (RAF) und die Bewegung 2. Juni. Sie erschienen auch auf dem „Radarschirm“ der Staatssicherheit, weil die politisch motivierte Gewalt der Gruppen, so die weit hergeholte Befürchtung, womöglich auf Ostdeutschland „überschwappen“ könnte. Als Sicherheitsrisiko galt etwa, dass die Linksterroristen gelegentlich durch die DDR reisten, teilweise mit Handfeuerwaffen im Gepäck oder unter falschem Namen und damit unerkannt. Auch hatten die Unterstützer dieser Gruppen und deren Rechtsanwälte teils politische, persönliche oder familiäre Kontakte in die DDR, die es aufzuklären galt. Ein weiteres Schreckensszenario waren Anschläge der Linksterroristen gegen Repräsentanten oder Botschaften der DDR im Ausland.

In der Zusammenschau aller Indizien war indes kaum zu befürchten, dass die RAF oder die Bewegung 2. Juni sich tatsächlich gegen die DDR wenden könnten. Eher hofften die Terroristen hier ein sicheres Hinterland zu finden. Dies wollte etwa Ulrike Meinhof, als Mitglied der RAF bereits steckbrieflich gesucht, im August 1970 ausloten. Sie versuchte zu sondieren, ob die DDR die Vorbereitung von Anschlägen im Westen auf ihrem Territorium tolerieren würde. Doch sie wurde erst hingehalten und am folgenden Tag nicht mehr über die Grenze gelassen.

Den Linksterrorismus im Westen zu unterstützen erschien der Staatssicherheit als politisch zu heikel. Wäre dies ruchbar geworden, hätte das einen schweren Imageschaden und diplomatische Verwerfungen zur Folge gehabt. Dies wollten das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die SED nicht riskieren. Es kam hinzu, dass „individueller Terror“ aus traditionell marxistischer Sicht als kritikwürdig galt. Andererseits teilten die Linksterroristen und die SED-Führung viele politische Überzeugungen, hatten mit den linken Befreiungsbewegungen der Dritten Welt gemeinsame Verbündete und mit den Repräsentanten der Bundesrepublik letztlich ein und denselben Gegner. Meinhof selbst war zudem Mitglied der illegalen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) gewesen, die von

Ost-Berlin finanziert wurde, und hatte sich schon vor ihrem Abtauchen politisch oft an der SED orientiert.

In dieser Konstellation – gewisse ideologische Nähe, aber in der Praxis auch kritische Distanz vor allem zur Gewalt – konzentrierte sich das MfS darauf, den potenziellen Gefahrenherd unter Kontrolle zu halten. Die Staatssicherheit versuchte die Linksterroristen zu identifizieren und ihre Pläne in Erfahrung zu bringen. Zu diesem Zweck wurden die Täter angehalten, wenn sie DDR-Grenzen passierten – etwa auf dem Weg in den Nahen Osten oder wenn sie von dort zurückkamen. Oft wurden sie erst wieder frei gelassen, wenn sie umfangreich Wissen über die terroristische Szene preisgegeben hatten. Doch die im Westen steckbrieflich gesuchten Täter der bundesdeutschen Strafverfolgung zu übergeben, kam der Staatssicherheit nicht in den Sinn. Vielmehr duldeten sie die Linksterroristen, solange sie für die DDR selbst kein Sicherheitsrisiko darstellten. Auch untersuchte die Staatssicherheit die Entführungsfälle westlicher Politiker in taktischer und logistischer Hinsicht, um sich gegen etwaige Angriffe auf die eigenen Repräsentanten besser wappnen zu können.

Nach der Verhaftung der ersten „Generation“ von Linksterroristen im Jahre 1972 wuchsen, trotz verbesserter Fahndungsmethoden und spezieller Antiterrorgesetze in der Bundesrepublik, zur allgemeinen Überraschung neue Gruppen heran. Die terroristische Bedrohung der Bonner Republik erreichte erst mit dem „Deutschen Herbst“ von 1977 ihren „Höhepunkt“. Um mehr über die Täter und ihre Absichten zu erfahren, zeigte sich die Staatssicherheit ihnen gegenüber nun noch hilfsbereiter als zuvor. So sorgte sie für die Freilassung bundesdeutscher Linksterroristen, wenn diese in Osteuropa verhaftet wurden. Schließlich bot die DDR-Geheimpolizei kampfmüden Ex-Terroristen im SED-Staat eine Zuflucht.

Nach der Niederlage der RAF im „Deutschen Herbst“ wollten mittelfristig mehrere RAF-Mitglieder aussteigen. Auf der Suche nach einem sicheren Aufnahmeland bat die RAF Ost-Berlin um Vermittlung. Mögliche Ziele waren Angola, Mozambique und Kap Verde – Staaten,

in denen linksrevolutionäre Befreiungsbewegungen die Macht besaßen und zu denen Ost-Berlin einen „guten Draht“ hatte. Die Staatssicherheit schlug jedoch vor, die Ex-Terroristen in der DDR aufzunehmen. Natürlich mussten die ehemaligen RAF-Mitglieder dafür ihre Kenntnisse über den Untergrund preisgeben. Außerdem waren sie selbst nun der Faustpfand in den Händen der Staatssicherheit dafür, dass die weiterhin aktive RAF niemals die DDR und ihre Repräsentanten ins Visier nehmen würde.

Weil sie sich an Mordanschlägen und Geiselnahmen beteiligt hatten, wären die meisten aufgenommenen Ex-Terroristen im Westen wohl zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt worden. In der DDR hingegen ermöglichte die Staatssicherheit ihnen ein Leben mit neuer Identität und ohne Fahndungsdruck. Auch Arbeitsstellen und Wohnungen wurden ihnen vermittelt. So gelangten Baptist Ralf Friedrich, Silke Maier-Witt, Susanne Albrecht, Monika Helbing, Ekkehard von Seckendorff-Gudent, Werner Lotze, Christine Dümlein und Sigrid Sternebeck im Spätsommer 1980 in die DDR; 1982 folgte Henning Beer und 1983 Inge Viett.

Sie alle führten in Ostdeutschland ein unauffälliges Leben, heirateten teilweise und wurden Eltern. Um sie lückenlos zu überwachen, wurden bis zu 20 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) eingesetzt. Das MfS kontrollierte die Briefe der Aussteiger, hörte ihre Telefone ab und verwanzte die Wohnungen. Sie wurden zunächst in so genannten operativen Personenkontrollen (OPK) „bearbeitet“, später aber auch selbst häufig als Inoffizielle Mitarbeiter geführt.

Drei der zehn RAF-Aussteiger wurden freilich bereits 1986 enttarnt. In diesem Jahr erfuhren westliche Nachrichtendienste, dass Silke Maier-Witt als Hilfskrankenschwester in Erfurt arbeitete. Diese Enttarnung hatte das sowjetische KGB (Komitee für Staatssicherheit) in Erfahrung gebracht und der Staatssicherheit mitgeteilt. Maier-Witt musste ihr bisheriges Umfeld daraufhin über Nacht verlassen und sich einer kosmetischen Operation unterziehen, damit sie nicht erneut erkannt werden konnte. Unter neuer Identität lebte sie anschließend in Neubrandenburg.

Die langjährige Angehörige der Bewegung 2. Juni, Inge Viett, wurde ebenfalls im Jahr 1986 enttarnt, als eine Bekannte bei einer Westreise ein Fahndungsplakat der Polizei sah und starke Ähnlichkeiten bemerkte. Auch Viett erhielt von der Staatssicherheit eine neue

Identität und einen neuen Wohnort. Und im Umfeld von Susanne Albrecht entwickelten sich 1986 ebenfalls Zweifel an ihrer Identität. Weil sie jedoch mit einem DDR-Bürger verheiratet war, konnte sie nicht einfach „vom Erdboden verschwinden“. Vielmehr musste sie zusammen mit ihrem Mann zweimal den Wohnort wechseln und lebte sogar eine Weile in der Sowjetunion.

Die problemlose Aufnahme der RAF-Aussteiger im Jahre 1980 weckte den Wunsch der weiterhin aktiven RAF, durch die Staatssicherheit noch stärker unterstützt zu werden. So reisten bis 1983 zwei- bis dreimal jährlich aktive RAF-Mitglieder in die DDR, wo sie vor der westlichen Fahndung abgeschirmt waren und in einem entlegenen Ferienhaus in politische Diskussionen verwickelt wurden. Um ihr Vertrauen zu gewinnen, arrangierte die Staatssicherheit sogar ein militärisches Training mit einer Panzerfaust. Die Schießübung stand im Zusammenhang mit dem fehlgeschlagenen Tötungsanschlag auf den NATO-General Frederick Kroesen im September 1981, doch konnte der genaue Zeitpunkt des Trainings und die damit zusammenhängende Frage nie geklärt werden, ob das MfS hier direkt in eine Anschlagsvorbereitung verwickelt gewesen ist.

Mitte der achtziger Jahre hatte die „RAF-Stasi-Connection“ allerdings ihren Zenit bereits überschritten. Beide Seiten waren zuletzt unzufrieden: Die RAF hatte erkannt, dass die DDR zu einer weitergehenden Unterstützung nicht bereit war. Die Staatssicherheit wiederum hatte einsehen müssen, dass die RAF sich kaum instrumentalisieren ließ. So wuchs die Distanz zwischen den Linksterroristen und dem MfS, das die Angehörigen der dritten RAF-Generation nunmehr in operativen Personenkontrollen (OPK) „bearbeitete“. Auch gegenüber anderen Terrorgruppen agierte die Staatssicherheit in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre vorsichtiger – aus Sorge um die internationale Reputation der DDR in einer Phase der jetzt deutlich abgemilderten Blockkonfrontation.

Zu den Dokumenten

Das vorliegende Heft bietet eine Auswahl der Dokumente zur RAF im Stasi-Unterlagen-Archiv. Es beleuchtet die Sichtweise des MfS auf die bundesdeutschen Linksterroristen. Allerdings wurden viele Unterlagen zu diesem Komplex auch vernichtet, so dass sich

die beschriebene Allianz zwischen Linksterroristen und Staatssicherheit teilweise besser aus den Aussagen der Beteiligten rekonstruieren lässt. Überliefert sind aber beispielsweise Berichte, Aktennotizen und Vernehmungsprotokolle von Linksterroristen, wenn diese an den Grenzübergangsstellen „aufgegriffen“ wurden.

Viele der Unterlagen wurden von einer 1975 gegründeten Dienst Einheit zur Terrorabwehr erstellt, der Abteilung XXII. Sie wurde noch im Jahre 1989 zu einer eigenständigen Hauptabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit aufgewertet. Im MfS-Lexikon wird die Tätigkeit der „XXII“ wie folgt beschrieben:

„Die Abteilung XXII sollte die terroristische Szene in Westeuropa und im Nahen Osten lückenlos aufklären, d. h. die Mitglieder extremistischer Gruppen identifizieren, ihre Absichten erkunden, etwaige Kontakte in die DDR aufdecken und die vermutete Steuerung der Gruppen durch westliche Geheimdienste stören. Um zu verhindern, dass die Terroristen sich womöglich gegen das SED-Regime wendeten, wurden Durchreise bzw. Aufenthalt in der DDR geduldet, die RAF und die „Carlos“-Gruppe zeitweilig sogar protegiert.

Die Abt. XXII richtete ihre Aufmerksamkeit vor allem auf linksterroristische Organisationen, jedoch auch auf linksextreme Gruppen in der Bundesrepublik mit DDR-kritischer Ausrichtung (etwa „trozkistischer“ oder „maoistischer“ Spielart), die autonome Szene in Westberlin sowie militante Gruppierungen im palästinensischen bzw. arabischen Lager (wie die Abu-Nidal-Gruppe). Sobald sich die Arbeit solcher Zellen gegen die DDR zu richten schienen, leitete die Abt. XXII umfangreiche Zersetzungsmaßnahmen ein (so zum Beispiel gegenüber der KPD/ML).

Die Dienst Einheit befasste sich auch mit neonazistischen und rechtsextremen Gruppen in der Bundesrepublik (wie der „Wehrsportgruppe Hoffmann“) sowie allen Einrichtungen, die dezidiert antikommunistische Positionen vertraten (wie etwa die Arbeitsgemeinschaft 13. August - Haus am Checkpoint Charlie). Im Umfeld solcher Organisationen hatte die Abt. XXII 161 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) platziert, davon 35 aus dem Westen (wie etwa den RAF-Anwalt Klaus Croissant oder den Ex-Terroristen Till Meyer).

Die Bildung der Abt. XXII im Jahre 1975 war eine Reaktion auf die Entstehung des arabisch/palästinensischen und bundesdeutschen Terrorismus. Die Zahl

der hauptamtlichen Mitarbeiter dieser Dienst Einheit wuchs bis 1980 auf fast 140 Personen an, doch sogar mit 248 Mitarbeitern im Jahre 1988 war die Abteilung innerhalb des Mielke-Apparates vergleichsweise klein dimensioniert. Aufgrund der Brisanz ihrer Tätigkeit war sie besonders um Abschottung und Konspiration bemüht und suchte häufig Rückendeckung von oben.

Zunächst wurde die Abt. XXII von Harry Dahl geleitet; ihm folgte 1985 Horst Franz. Um etwaige Drohanrufe oder potenzielle Gewaltakte auch in der DDR sowie mögliche Rückverbindungen westlicher Terroristen nach Ostdeutschland aufzudecken, existierten in den Bezirksverwaltungen (BV) sogenannte Arbeitsgruppen XXII (AG XXII) mit insgesamt 69 Mitarbeitern.

Aus weltanschaulichen Gründen hat die Staatssicherheit zudem damalige Befreiungsbewegungen der Dritten Welt (wie den Afrikanischen Nationalkongress/ANC) sowie etliche „junge Nationalstaaten“ protegiert. Als Verbündete im Kampf gegen den „Imperialismus“ wurden zwischen 1970 und 1989 insgesamt 1 895 Mitglieder dieser Organisationen militärisch oder geheimpolizeilich ausgebildet. Hierfür zuständig war die Arbeitsgruppe des Ministers/Sonderfragen (AGM/S), die auch Aufgaben der bewaffneten Flugsicherungsbegleitung wahrnahm und ggf. Gewalttäter überwältigen sollte.

Im Jahre 1987 wurde diese Dienst Einheit [also AGM/S] in Abt. XXIII umbenannt und verschmolz 1989 mit der Abt. XXII zur HA[auptabteilung] XXII mit zuletzt 878 Mitarbeitern.“

Mit den Linksterroristen waren gelegentlich noch weitere Dienst Einheiten der Staatssicherheit befasst, etwa die Auslandsspionage/Hauptverwaltung A (HV A), insbesondere vor der Bildung der Abteilung XXII im Jahre 1975. Vernehmungen (auch von Linksterroristen) durchzuführen war wiederum Angelegenheit der Hauptabteilung IX, dem Untersuchungsorgan des MfS. Unmittelbar an den Grenzübergangsstellen kontrollierten und kopierten dann Mitarbeiter der Hauptabteilung VI der Staatssicherheit die Pässe und meldeten besondere Vorkommnisse „nach oben“. Andere Dokumente verfassten die Linksterroristen handschriftlich selbst, teils unter falschem Namen.

Anfänge

Die Staatssicherheit billigte bereits in den frühen siebziger Jahren Ein- und Ausreisen der Linksterroristen über den Ost-Berliner Flughafen Schönefeld oder auch die tschechische Grenze. Gelegentlich hielt die Staatssicherheit ein Mitglied der RAF oder ihres Umfeldes an der Grenze fest – etwa wenn diese verbotenerweise Waffen mit sich führten oder die Fälschung eines Personaldokuments aufflog. Dann nutzte man die Gelegenheit für eine intensive Befragung der Täter, die ihr Wissen ausweislich der Dokumente oftmals auch Preis gaben. Die Aussicht auf Haft in der DDR wirkte sicherlich abschreckend und förderte die Bereitschaft zu reden.

Wie zu vielen Angehörigen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) sammelte die Staatssicherheit seit den späten sechziger Jahren auch zu jenen Personen Informationen, die am Ende der Protestbewegung in den Untergrund gingen und terroristische Gruppen wie die RAF bildeten. Deren erste Generation wurde nach ihren führenden Mitgliedern auch als Baader-Meinhof-Gruppe bezeichnet. In West-Berlin entstand die Bewegung 2. Juni, zu deren späteren Angehörigen Till Meyer gehörte, zu dem bereits aus dem Jahre 1969 Dokumente vorliegen.

Nach der gewaltsamen Befreiung von Andreas Baader aus der Haft in West-Berlin im Mai 1970 flohen einige Gruppenmitglieder in den Nahen Osten. In einem Ausbildungscamp der palästinensischen Gruppe El Fatah in Jordanien ließen sie sich militärisch trainieren. Bei der Rückkehr über den Ost-Berliner Flughafen Schönefeld wurden mindestens Horst Mahler und Hans-Jürgen Bäcker im Juli/August von der Staatssicherheit festgehalten und befragt. Ulrike Meinhof suchte seinerzeit sogar von sich aus den Kontakt.

Im November 1973 nahm die Staatssicherheit das Mitglied der Bewegung 2. Juni Michael „Bommi“ Baumann beim Grenzübertritt im Zug aus der ČSSR kommend fest. Zu dem Zeitpunkt hatte sich Baumann bereits vom Terror losgesagt, war aber untergetaucht und wurde in der Bundesrepublik steckbrieflich gesucht, unter anderem wegen der Beteiligung an einem Bombenanschlag mit einem Todessopfer. Die Staatssicherheit brachte Baumann zunächst nach Dresden und dann in das zentrale Untersuchungsgefängnis des MfS nach Berlin-Hohenschönhausen. Sechs Wochen lang nutzte die Staatssicherheit Baumann als Quelle, der ausweislich diverser Vernehmungsprotokolle im Umfang von fast 100 Seiten auch ausführlich über das Innenleben der terroristischen Gruppierungen berichtete.

HV A (SR) / 225 Berlin, den 29. 1. 1969

Handwritten: Mitteilung der HV A (SR) (über Eym)

Bericht BSIU
000233 227

Am 22. 1. 1969 wurde die HV A durch die HPF, Dienststelle KPP Heinrich-Heine-Straße davon informiert, daß dort ein westdeutscher Bürger sei, der einen fortschrittlichen Eindruck mache. Eine Aussprache mit ihm könnte sich lohnen.

Gen. Lüder wurde beauftragt, diese Aussprache zu führen.

Bei der Person handelte es sich um den

Handwritten: Fio bei 601

Meyer, Till
geb. am 31. 4. 1944 in Luckenwalde
wohnhaft in Trier; [REDACTED]
erlernter Beruf Dekorateur
Kfz-Kennzeichen [REDACTED]

Das Ergebnis der Aussprache wird hier in zusammengefaßter Form wiedergegeben.

Seit etwa einem Jahr ist M. nicht mehr berufstätig. Bis dahin unterhielt er eine ambulante Kantine (VW-Bus), wobei er eine Konzession für den französischen Militärflughafen in Trier hatte. Jedoch wurde ihm in der letzten Zeit die Genehmigung für das Betreten französischen Militärgeländes entzogen, weil er sich dort angeblich verkehrswidrig verhalten hatte.

M. ist verheiratet. Seine Ehefrau ist als Dolmetscherin auf dem französischen Militärflughafen tätig und soll ca. 1000,- DM verdienen, womit sie den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie bestreitet.

Seine berufliche Tätigkeit hat M. ganz aufgegeben, um sich vollkommen seiner revolutionären Tätigkeit widmen zu können. Er bezeichnet sich selbst als "Berufsrevolutionär". Er ist angeblich Mitglied der DKP und gehört der Leitung der Basisgruppe Trier der APO an.

Sein Hauptbetätigungsfeld sieht der M. unter den Schülern und Studenten, da sich in der Arbeiterklasse in Westdeutschland angeblich keine politischen Ansatzpunkte bieten.

Seine politischen Ansichten decken sich mit denen der chinesischen Spalter. Hier einige seiner Argumente:

- Die richtige kommunistische Linie wird von der KP Chinas vertreten
- Die Sowjetunion paktiert mit den USA
- Der "Ostblock" gibt der revolutionären Bewegung zuwenig materielle Unterstützung

Das revolutionäre Zentrum liegt in der heutigen Zeit in Südafrika und Lateinamerika

Diese Einstellung bekundet er offen u.a. damit, indem er eine Pla-

- 2 -

- 2 -

228

kette mit dem Bildnis Mao-Tse-Tungs auf dem Pullover trägt. Auch gab er an, daß er an diesem 22. 1. in der chinesischen Botschaft in Berlin war, um sich dort Agitationsmaterial zu holen (wurde auch von dort von der Abt. VIII durch Personenbeschreibung an HPF gemeldet). In der Vergangenheit wurden ihm auch bereits in Trier Schwierigkeiten wegen seiner politischen Tätigkeit gemacht. So wurde u.a. auch eine Haussuchung bei ihm durch den Verfassungsschutz durchgeführt. Den Besuch in der Hauptstadt nutzte er auch zu einem Aufsuchen seines Onkels

Die Ehefrau dieses [REDACTED] soll [REDACTED] beim Demokratischen Rundfunk (vermutlich Deutschlandsender) sein, jedoch unter ihrem Geburtsnamen [REDACTED] (?) auftreten. Von diesem Onkel wollte er auch erreichen, daß dieser ihn finanziell unterstützt beim Kauf eines neuen Abzugsapparates, den er für seine agitatorische Tätigkeit in Westdeutschland benötigt.

Von einer weiteren Bearbeitung wurde aus folgenden Gründen Abstand genommen:

- M. besuchte die chinesische Botschaft. Es ist anzunehmen, daß dort seine Anschrift registriert wurde und er nun in Westdeutschland in Zukunft Agitations- und Propagandamaterial zugestellt bekommt.
- Durch die Haussuchung des Verfassungsschutzes ist er auf alle Fälle beim Gegner negativ registriert.

Der Bericht der HPF sowie die fotokopierten Dokumente des M. werden uns zugestellt. Nach Erhalt derselben wird das gesamte vorhandene Material in die Abteilung XII abverfügt.

BSIU
000234

Lüder
L ü d e r
Oberleutnant



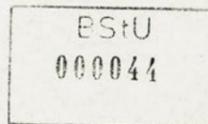
IL-62 der Interflug auf dem Flughafen Schönefeld, 01.05.1970

Den Flughafen Schönefeld in Ost-Berlin nutzen Mitglieder der RAF für ihre Reisen etwa in den Nahen Osten.

© dpa, Fotograf: Euroluftbild.de/Willmann

Hauptverwaltung A
Abteilung VII

Berlin, den 5. August 1970
Streng geheim!



Information des Westberliner "Referats für gesamtdeutsche Fragen" über den Aufenthalt des Westberliner Rechtsanwalts Horst Mahler in der Hauptstadt der DDR

Wie inoffiziell streng vertraulich bekannt wurde, hat das Westberliner "Referat für gesamtdeutsche Fragen" (Zweigstelle des gleichnamigen SPD-Partei-vorstandsbüros in Bonn) folgende Sofortinformation über den Aufenthalt des Westberliner Rechtsanwaltes Horst Mahler, der im Zusammenhang mit der Gefangenenbefreiung Baader in Fahndung steht, an das Bonner "Referat für gesamtdeutsche Fragen" weitergeleitet:

Betrifft: Rechtsanwalt Mahler

Aus Ostberlin wurde von zuverlässiger Seite die Eil-Information durchgegeben, daß Rechtsanwalt Mahler gegen Abend des 23. Juli 1970 von einem PKW Typ Wartburg mit einer Regierungs-Nr. als Kennzeichen vom Flugplatz Schönefeld abgeholt wurde. Mahler befand sich in Begleitung einer Dame, die nicht erkannt wurde. Möglicherweise handelt es sich bei ihr um Ulrike Meinhoff, denn sie traf in der Maschine mit ein.

Über die Rückkehr des Mahler bestehen zwei Versionen, und zwar

- 1) wird sie in Zusammenhang mit Kunzelmanns Verhaftung gebracht und dessen Verteidigung, die er steuern soll.
- 2) Mahler soll vom ZK der SED Anweisungen für die arabischen Freiheitskämpfer entgegennehmen. Sein Hiersein, so wurde gesagt, sei von hochpolitischer Bedeutung.

Trifft die erste Version zu, dann müßte auch damit gerechnet werden, daß sich Mahler heimlich nach Westberlin begibt, um hier Recherchen in Sachen Kunzelmann anzustellen.

Bericht über die Einreise von Horst Mahler in die DDR, 05.08.1970

Die Information der Abteilung für Auslandsspionage „Hauptverwaltung A“ (mit ihrer Abteilung VII für Auswertung und Information) beruht auf einer geheimen Meldung des Ostbüros der SPD in West-Berlin an dessen Zentrale in Bonn. Quelle ist ein Informant des Ostbüros der SPD in der DDR.

Ostbüros bundesdeutscher Parteien dienen u. a. als Anlauf- und Kontaktstelle für politische Flüchtlinge und Anhänger im Osten.

BArch, MfS, SdM, Nr. 309, Bl. 44



Hauptabteilung IX/2

Berlin, den 7. 8. 1970

5 Expl./ 1. Ausf./Ga

399/70

Handwritten signature

B e r i c h t

Am 6. 8. 1970, gegen 16.30 Uhr, reiste mit der planmäßigen Linienmaschine der "Interflug" aus Damaskus/Syrien kommend der

B Ä C K E R , Hans-Jürgen
geb. am 9. 4. 1939 in Gladbeck
erlernter Beruf: Grubenschlosser
zuletzt: ohne berufliche Tätigkeit
wohnhaft: [REDACTED]

in die DDR ein, um von Berlin-Schönefeld aus nach Westberlin weiterzufahren. Bei der Paß- und Zollkontrolle wies sich BÄCKER mit einem am 5. 8. 1970 auf den Namen

I S S A , Joseph Nassar

ausgestellten und für die sogenannten Palästinaflüchtlinge bestimmten Paß der Vereinigten Arabischen Republik (VAR) aus. Durch eine intensivere Personen- und Gepäckkontrolle wurde festgestellt, daß BÄCKER neben dem Paß der VAR einen auf seinen Klarnamen ausgestellten Westberliner Personalausweis, einen mit seinem Paßbild versehenen unausgefüllten westdeutschen Führerschein sowie im Gürtel seiner Hose eine beschußfähige Pistole des Typs Llama Gabilondo YC Vitoria - Kaliber 9 mm - zwei Magazine und insgesamt 25 Schuß Munition mit sich führte. BÄCKER wurde daraufhin von der HA VI der HA IX/2 zur Klärung des Sachverhaltes überstellt.

Bericht über die Festnahme des RAF-Mitglieds Hans-Jürgen Bäcker in der DDR, 07.08.1970

BArch, MfS, SdM, Nr. 309, Bl. 39

- 2 -

BSTU
000040Die bisherigen Ermittlungen ergaben:

BÄCKER gehörte seit mehreren Jahren dem SDS an und beteiligte sich an Aktionen der Westberliner Außerparlamentarischen Opposition (APO). Im Zusammenhang mit Demonstrationen der APO wurde er 1967 von einem Westberliner Gericht wegen Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt, die er in der Vollzugsanstalt Moabit verbüßte. Nach der Haftentlassung trat BÄCKER Anfang 1969 dem sogenannten Republikanischen Club in Westberlin bei, an dessen politischen, insbesondere gegen die Westberliner Verwaltung gerichteten Aktionen er aktiv teilnahm. Auf Grund ideologischer Differenzen verließ BÄCKER im Mai 1970 den Republikanischen Club und schloß sich einer militanten linksradikalen Gruppierung um den ihn durch sein Strafverfahren bekannt gewordenen Westberliner Rechtsanwalt Horst MAHLER an. Als MAHLER am 8. 6. 1970 Westberlin verließ und sich auf Einladung der palästinensischen Befreiungsbewegung "El Fatah" auf dem Luftwege über Berlin-Schönefeld zunächst nach Beirut/Libanon und später nach Amman/Jordanien begab, um sich der Gefahr einer Verhaftung in Westberlin zu entziehen, schlossen sich BÄCKER und weitere Personen dem MAHLER an. BÄCKER hielt sich sodann gemeinsam mit MAHLER, der Westberliner Journalistin Ulrike von MEINHOFF, dem vermutlich unter Mitwirkung MAHLERS aus einer Westberliner Strafvollzugsanstalt befreiten Andreas BADER und weiteren 10 zur Gruppierung gehörenden westdeutschen und Westberliner Bürgern in einem in der Nähe Ammans gelegenen Ausbildungslager der "El Fatah" auf, wo er an der militärischen Ausbildung teilnahm.

Entsprechend einem Plan der Gruppierung, zu noch nicht festgelegten Zeitpunkten in Westberlin gegen das Hauptquartier der USA-Besatzungstruppen, das in der Kantstraße gelegene Büro der amerikanischen Fluggesellschaft PANAM und das SPRINGER-Hochhaus Anschläge unter Verwendung von noch zu beschaffenden Sprengmitteln und Brandsätze durchzuführen sowie ausgehend von der Absicht der Gruppierung, den Stell-

- 3 -

BSTU
000041

vertreter des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin, NEUBAUER, zu entführen, wurde BÄCKER am 5. 8. 1970 von MAHLER beauftragt, sich nach Westberlin zu begeben und die Rückkehr der gesamten Gruppierung durch die Beschaffung von konspirativen Quartieren vorzubereiten. BÄCKER suchte daraufhin das Zentralkomitee der "El Fatah" in Amman auf, wo ihm der bereits erwähnte Paß der VAR ausgestellt wurde. Anschließend wurde er von Angehörigen der "El Fatah" mit einem Kraftfahrzeug nach Damaskus/Syrien gebracht, von wo aus er am 6. 8. 1970 nach Berlin-Schönefeld flog.

BÄCKER erklärte in der geführten Vernehmung, daß er am 6. 8. 1970, gegen 18.00 Uhr, weisungsgemäß mit einem ihm unter dem Vornamen Kurt und dem Decknamen "SAMI" bekannten Angehörigen der Gruppierung im Bahnhof Friedrichstraße zusammentreffen sollte. Der Genannte sollte ihn aus Sicherheitsgründen über eventuelle Kontrollen seitens der Westberliner Polizei im grenzüberschreitenden Verkehr informieren.

Überprüfungen ergaben, daß sich in der Zeit vom 5. 8. 1970, 18.00 Uhr, bis 6. 8. 1970, 17.20 Uhr, eine Person namens

aus Westberlin kommend in der Hauptstadt der DDR aufhielt. Es konnte jedoch noch nicht festgestellt werden, daß diese Person mit dem von BÄCKER genannten Angehörigen der bezeichneten Gruppierung identisch ist.

Hinsichtlich der von BÄCKER mitgeführten Pistole und der Munition wurde bisher festgestellt, daß er diese vor einigen Wochen in Amman in einem Waffengeschäft kaufte. BÄCKER sagte aus, diese Waffe in Westberlin zu seinem persönlichen Schutz verwenden und damit insbesondere eventuellen gegen seine Person gerichteten Maßnahmen der Westberliner Polizei entgegenwirken zu wollen. In diesem Zusammenhang erklärte er,

- 4 -

BSU
000042

es sei zu erwarten, daß ebenfalls MAHLER und weitere Gruppenangehörige, die sobald sich eine Fluggelegenheit bietet, in den nächsten Tagen unter Verwendung von Pässen der VAR über Berlin-Schönefeld oder Wien nach Westberlin reisen wollen, aus den gleichen Gründen Waffen mitführen.

Entgegen diesen Aussagen BÄCKERS über die bevorstehende Rückkehr der Gruppierung um MAHLER nach Westberlin geht aus einem von einer Quelle der Abteilung XV der Verwaltung für Staatssicherheit Groß-Berlin beschafften Bericht eines in der DDR ansässigen unbekanntem Agenten des sogenannten Gesamtdeutschen Referates für Studentenfragen in Westberlin hervor, daß MAHLER bereits am 23. Juli 1970 in Berlin-Schönefeld eingetroffen sein soll. Der Agent berichtet in diesem Zusammenhang, MAHLER, der von einer weiblichen Person begleitet wurde, sei von einem Pkw "Wartburg" mit einer Regierungsnummer abgeholt worden. Überprüfungen ergaben, daß MAHLER zumindest unter seinem Namen nicht in die DDR eingereist ist.

Aus den Aussagen BÄCKERS geht fernerhin hervor, daß er während seines Aufenthaltes in Jordanien den vorliegenden westdeutschen Führerschein erhielt, bei dem es sich um eine von BADER hergestellte Fälschung handelt. Durch Untersuchungen der Abteilung 32 wird diese Fälschung bestätigt. Die damit in Verbindung geführte Untersuchung des von BÄCKER benutzten Passes der VAR ergab keine Hinweise auf eine Fälschung oder Verfälschung.

Verteiler:

1. Expl. Gen. Minister
2. Expl. Ltg. HA IX
3. Expl. Ltg. HA VI
4. Expl. HA IX/8
5. Expl. HA IX/2

W. Wunderlich
Wunderlich
Hauptmann

BStU
000013

Hauptabteilung IX/2 ✓

Berlin, den 7. 8. 1970
5 Expl./ 1. Ausf./Ga

Ergänzung

zum Bericht über BÄCKER, Hans-Jürgen vom 7. 8. 1970

Weitere Ermittlungen über den zu der Gruppierung um den Westberliner Rechtsanwalt MAHLER gehörenden westdeutschen Bürger

B Ä C K E R , Hans-Jürgen
geb. am 9. 4. 1939

ergaben, daß der Genannte, wie durch die Passagierliste der "Interflug" bestätigt wird, am 8. 6. 1970 gemeinsam mit MAHLER und weiteren Angehörigen der Gruppierung auf dem Luftwege von Berlin-Schönefeld nach Beirut/Libanon reiste. Fernerhin wurde durch Bildvorlage festgestellt, daß der am 5. 8. 1970 von Westberlin in die Hauptstadt der DDR eingereiste Bürger der VAR, [REDACTED] nicht identisch ist mit dem von BÄCKER genannten Angehörigen der Gruppierung Kurt alias "SAMI", bei dem es sich um einen westdeutschen Bürger handeln soll, dessen Familiennamen BÄCKER nicht kennt.

Während der geführten Vernehmung wurde außerdem geprüft, inwieweit seitens der Gruppierung um MAHLER Verbindungen zu diplomatischen Vertretungen oder anderen Einrichtungen der VR China bzw. zu maoistischen Organisationen bestehen. BÄCKER sagte dazu aus, daß sowohl von MAHLER als auch anderen Angehörigen der Gruppierung die maoistischen Auffassungen und Kontakte zu Vertretern derselben abgelehnt worden seien.

BStU
000014

- 2 -

Ausgehend von dem festgestellten Sachverhalt wurde BÄCKER am 7. 8. 1970, gegen 18.30 Uhr, durch die HA VI über den KPP Berlin-Friedrichstraße nach Westberlin abgeschoben. Die von BÄCKER mitgeführte Schußwaffe und die Munition wurden gemäß § 4 Abs. 1 und § 15 Abs. 2 der Schußwaffenverordnung i. V. m. § 209 StGB durch die Zollorgane eingezogen. Gegen BÄCKER wurde eine Einreisesperre für das gesamte Gebiet der DDR verfügt.

Durch die HA VI wird darüber hinaus gewährleistet, daß MAHLER und die bekannt gewordenen Angehörigen der Gruppierung bei Einreisen in die DDR einer gründlichen Kontrolle unterzogen werden. Beim Auffinden von Waffen werden diese entsprechend den bereits genannten gesetzlichen Bestimmungen ebenfalls eingezogen. Ergeben die Ermittlungen keine Beweise für das Vorliegen weiterer Straftaten, wird mit den betreffenden Personen ebenso wie mit BÄCKER verfahren.

Verteiler:

1. Expl. Gen. Minister
2. Expl. Leitung HA IX
3. Expl. Leitung HA VI
4. Expl. HA IX/8
5. Expl. HA IX/2

W. Wunderlich
Wunderlich
Hauptmann



Hauptverwaltung A
Stellvertreter

Berlin, den 20. 8. 1970

U/17531/70

Vich E 1981/70
21. 8. 70
EX/101/2137/70
22. 8. 70

XX/15
Genossen
Generalmajor Schröder

s. auch Vich E 1953/70
BStU
000016

Aktennotiz über die Einreise der Ulrike Meinhoff vom 18. 8. 1970

Ergänzend zur übersandten Aktennotiz übersende ich den schriftlichen Bericht des Gen. Rau vom Zentralrat der FDJ. Gen. Rau hat keine Kenntnis, daß das MfS im Besitz seines Berichtes ist.

E. Rau
Generalmajor

Sitz des Zentralrats der FDJ

Haus des Zentralrats der FDJ in Berlin, Unter den Linden, ca. 1950

BArch, Bild 183-19204-3311, Fotograf: o. Ang.

Weitergeleiteter Bericht zum Gespräch von Ulrike Meinhof mit Rau (Zentralrat der FDJ), 20.08.1970

Der Bericht des Sekretärs des FDJ-Zentralrats Erich Rau über sein Gespräch mit Ulrike Meinhof am 18.8.1970 wurde ohne sein Wissen von der Hauptverwaltung A an die Abteilung XX (zuständig für Staatsapparat, Kirche und Untergrund) weitergegeben.

BArch, MfS, HA XX, ZMA, Nr. 496, Bl. 16

Stimmung sehr unruhig!

BSU
000017

I n f o r m a t i o n

Am 17. 8. 1970 fand sich Ulrike M. beim Zentralrat der FDJ ein und bat um ein Gespräch mit Günther Jahn. Ulrike M. war nicht bereit, einem Mitarbeiter des Zentralrats ihren Namen zu nennen und anzugeben, worum es sich handelt. Sie erklärte lediglich, daß sie aus Westberlin komme und eine dringende vertrauliche Angelegenheit besprechen möchte. Außerdem sagte sie, daß, wenn keine Möglichkeit bestünde mit Günther Jahn oder mit einem anderen leitenden Genossen zu sprechen, sie zu Genossen Werner Lamberz oder Albert Norden gehen will. Daraufhin wurde sie an mich verwiesen. Mir teilte sie dann mit, daß sie Ulrike M. sei. Der Grund ihrer Vorsprache sei folgender: Sie möchte mit verantwortlichen Genossen in der DDR ein politisches Kontaktgespräch führen. Es ginge ihr und ihren Freunden um einen politischen Meinungs-austausch über die Organisierung des Widerstandes in Westberlin. Außerdem möchte sie mit einem verantwortlichen Genossen der Staatssicherheit spreche, aber vorher möglichst mit einem Funktionär der Partei, der etwas zu sagen habe.

Auf meine Frage, warum sie zum Zentralrat gekommen sei, antwortete sie: Die Genossen Werner Lamberz und Horst Schumann würden sie von früher kennen und die FDJ könnte ihr sicher helfen, mit diesen oder anderen Genossen, mit denen man eine politische Diskussion führen kann, in Verbindung zu kommen. Außerdem fragte sie, ob wir ihr sagen könnten, wo das Büro der Al-Fatah in Berlin seinen Sitz hätte.

Auf meine Frage, wie sie denn in die DDR gekommen sei und wo sie sich zur Zeit aufhalte, erklärte sie: Ihr Aufenthaltsort

- 2 -

BSU
000018

sei Westberlin, sie würde sich dort zusammen mit anderen Freunden verbergen. Ihre beiden Kinder seien bei Bekannten sicher untergebracht. Ulrike M. gab an, daß sie auf einem französischen Paß unter dem Namen Michél Ree in die DDR eingereist sei. Vorher hätte es ihrerseits bereits eine DDR-Durchreise gegeben. Auf meine Bemerkung, daß es nicht Sache der DDR sein kann den Widerstand in Westberlin zu organisieren, und daß es unüberlegt von ihr sei, zum Zentralrat der FDJ zu kommen, da der Zentralrat für sie kein Partner sein könne, antwortete sie: Sie suchen das Gespräch mit Genossen der SED, weil das für sie politisch wichtig wäre. Den Zentralrat der FDJ wollten sie natürlich nicht durch illegale Geschichten im Ausland belasten.

Ulrike M. sprach sich abfällig über die "Intellektuellen Linken" aus und sagte, diese würden nur "theoretische Linien" ausarbeiten, aber nicht bereit sein, den Kampf mitzuführen. Auf meine Bemerkung, daß die Auffassungen und das Wirken vieler Splittergruppen, die zugleich den Antimperialismus und den Antikommunismus auf ihre Fahne geschrieben haben, dem antiimperialistischen Kampf nicht dienlich sei, antwortete sie: Man müßte sich eben über viele Fragen politisch verständigen.

Ich hatte den Eindruck, daß Ulrike M. nach einem Ausweg aus ihrer prekären Lage sucht und ziemlich ratlos ist. Sie machte einen hilflosen Eindruck.

Sie fragte zum Schluß nochmals, ob es mir nicht möglich sei, sofort mit verantwortlichen Genossen Verbindung aufzunehmen und ihren Wunsch weiter zu vermitteln. Ich erklärte ihr, daß mir das nicht möglich ist. Ich würde lediglich meine Genossen informieren und sie könnte evtl. am nächsten Tag nochmals vorbeikommen. Sie erklärte dann, daß sie am 18. 8. 70 gegen 10.30 Uhr wieder vorsprechen wolle. Sie stellte noch die Frage, was

- 3 -

BStU 000019

sie machen kann, wenn sie an der Grenze festgehalten wird. Ich sagte ihr, daß sie selbst wissen muß, was sie auf sich nimmt, wenn sie sich mit falschen Papieren in der DDR aufhält. Ulrike M. meinte, falls sie von unseren Organen aufgehalten würde, was ihr ganz gleichgültig sei, würde sie darum bitten, daß sie mit Genossen der Staatssicherheit sprechen kann. Ich sagte ihr, daß das ihre und nicht die Angelegenheit der FDJ sei. Sie fragte dann lediglich, noch, ob sie in diesem Falle den Genossen sagen könnte, daß sie zum Genossen Rau möchte. Ich antwortete ihr, daß sie das den Genossen natürlich sagen könne.

Das Gespräch mit Ulrike M. dauerte etwa 20 Minuten.

E. Fischer

BStU 000025	11
----------------	----

HA VI/Paßkontrolle
 Abt. Operative Fahndung

Berlin, den 19.8.1970

A k t e n n o t i z

Am 18.8.1970 wurde der HA VI/Paßkontrolle vom Gen. Fischer der HV A mitgeteilt, daß die MEINHOF einen französischen Reisepaß mit den Personalien

RAY, Michele Susanne
 geb. 30.9.1938
 Reisepaß Nr. 6736 - 92

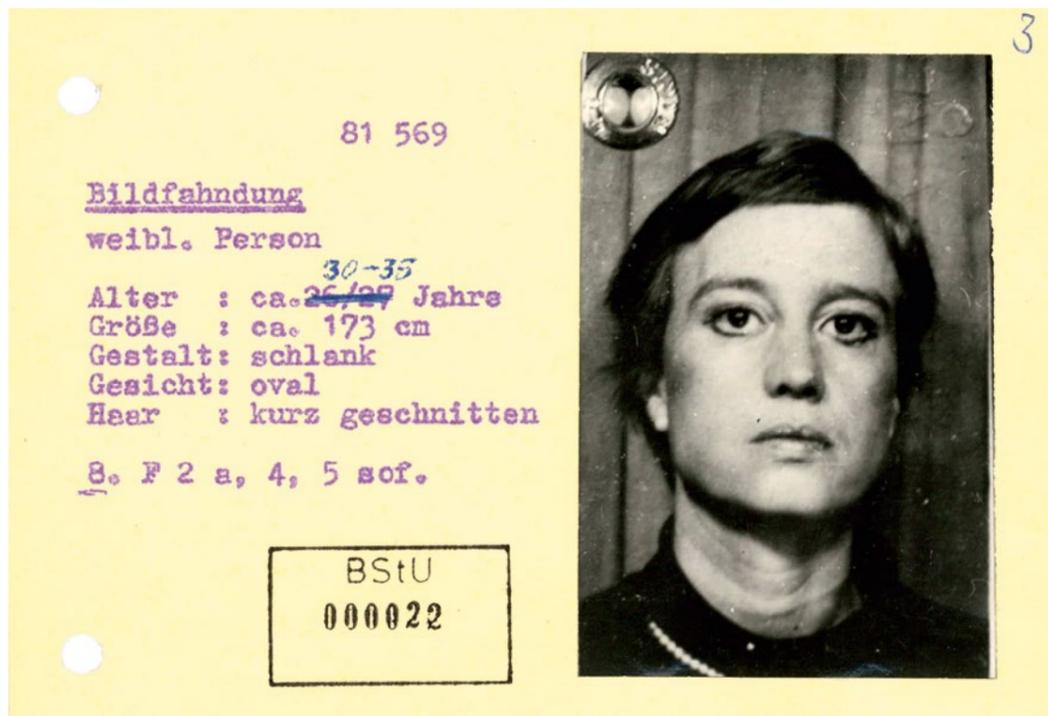
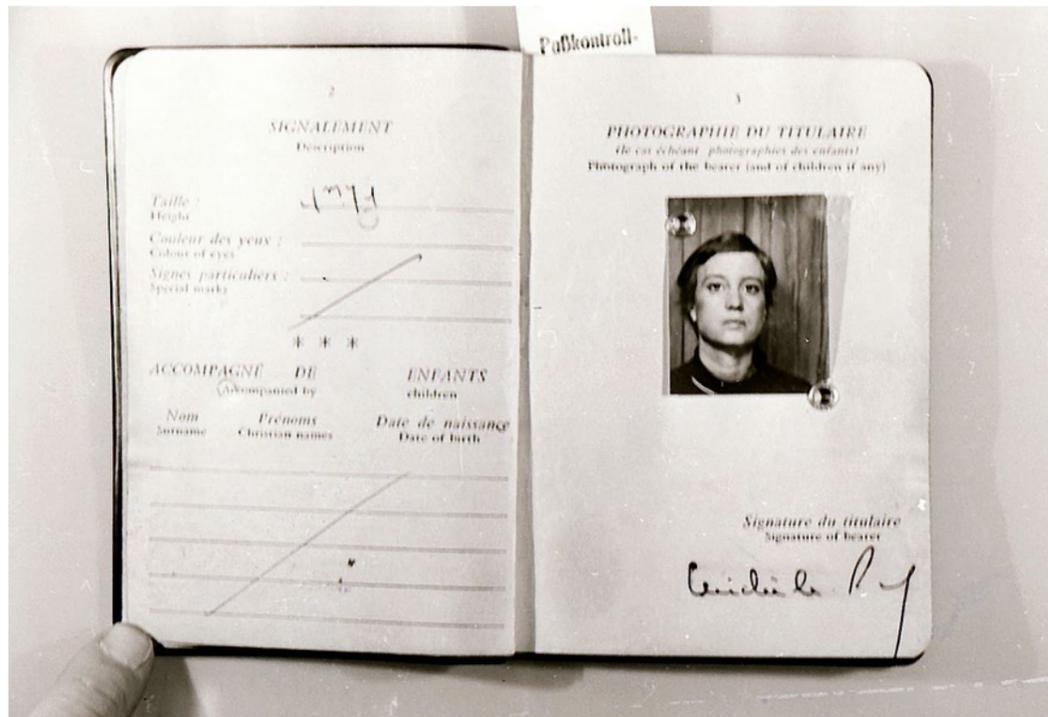
besitzt.

Die M. wurde daraufhin auf Weisung des Leiters Paßkontrolle sofort in Einreisesperre gestellt. Ein Auftrag zur Einleitung der Reisesperre (Ein- und Transitreise) wurde von der HVA, unterzeichnet vom Generalmajor FRUCK, nachgereicht und der Linie SRT zugeleitet. Der Fahndungsauftrag enthielt den Text " Die genannte Person ist auf Weisung des Genossen Minister in Einreisesperre zu stellen". Eine diesbezüglich mit Gen. NEEFE der HV A geführte Rücksprache ergab, daß es richtig Ein- und Transit bzw. Durchreise heißen muß. Gen. NEEFE war bei der Absprache zwischen den Gen. Minister und Gen. FRUCK zugegen.

Weiterhin wurde die Genannte in Bildfahndung gestellt.

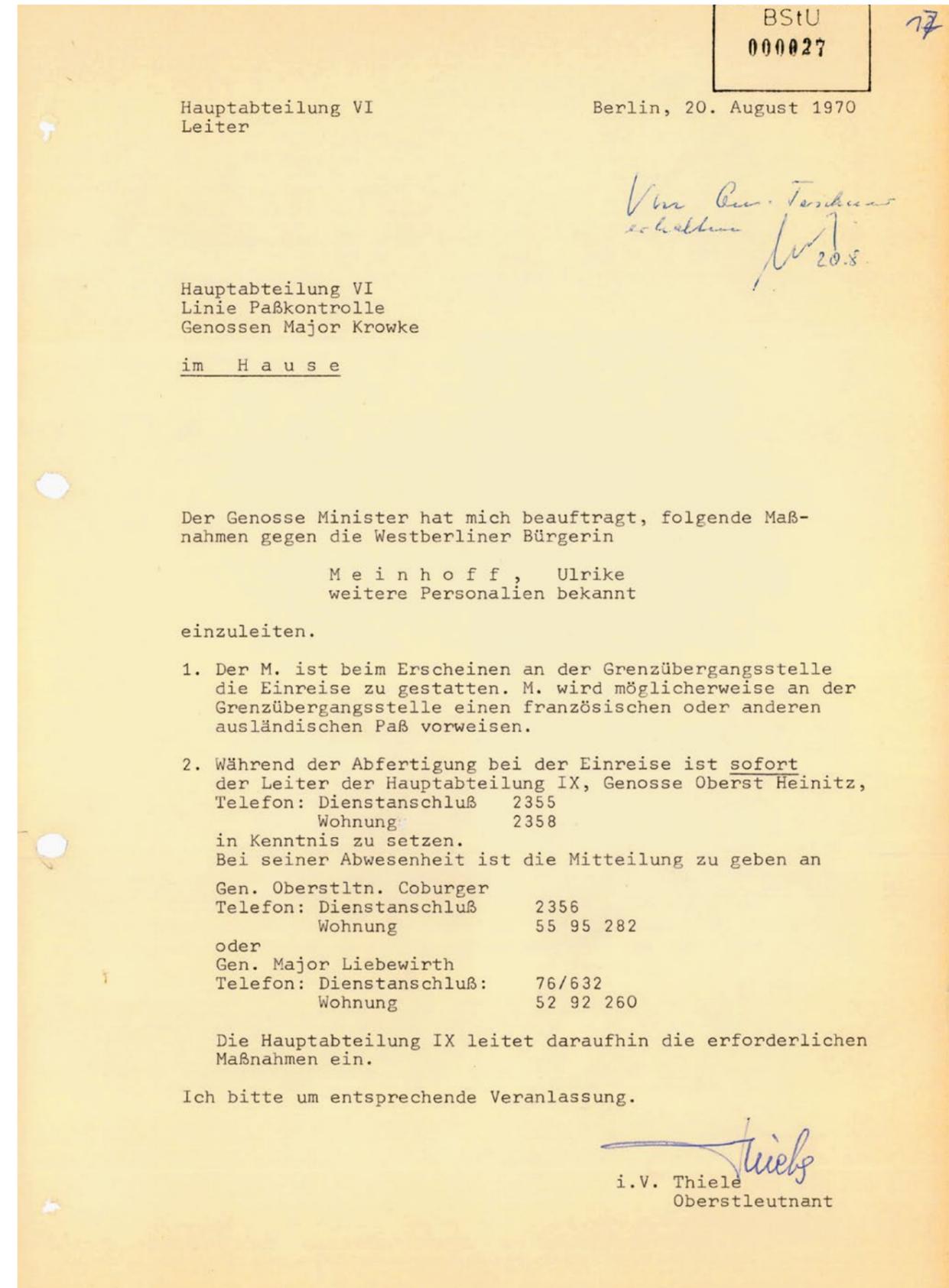
Sander
 Sander, Oltn.

NS: Als Auftraggeber wurde auf dem Fahndungsauftrag der HV A Gen. Oberst HEINITZ Leiter der HA IX genannt.



Abfotografierter französischer Reisepass von Ulrike Meinhof (Michèle Susanne Ray), 19.08.1970
BArch, MfS, AKK, Nr. 10454/76, Bl. 45

Bildfahndung zu Ulrike Meinhof, 1970
Das Fahndungsbild stammt vom kopierten Pass.
BArch, MfS, AKK, Nr. 10454/76, Bl. 22



Weisung von Mielke, Ulrike Meinhof die Einreise zu gestatten und dann von der HA IX verhören zu lassen, 20.08.1970
Einen Tag nach dem Einreiseverbot revidiert Erich Mielke die Entscheidung. Meinhof darf jetzt doch einreisen und soll als Quelle abgeschöpft werden.
Er hat dieses Dokument als erhalten abgezeichnet. Eine erneute Einreise erfolgte dann allerdings nicht.
BArch, MfS, AKK, Nr. 10454/76, Bl. 27

BSU
000079 22

Berlin, den 28. 11. 1973
Beginn: 8.30 Uhr / 14.00 Uhr
Ende: 13.00 Uhr / 19.00 Uhr
5 Expl. >./Ausf.: Schek

Vernehmungsprotokoll

des Beschuldigten

BAUMANN, Michael
geb. am 25. 8. 1947 in Berlin
Beruf: E-Schweißer
zuletzt: ohne Beschäftigung
wohnhaft: [REDACTED]

Frage: In welcher Form wirkten Sie an der Vorbereitung und der am 14. 10. 1971 versuchten Befreiung der inhaftierten Mitglieder der "Roten Armee Fraktion" (RAF) Ingrid SCHUBERT und Irene GOERGENS aus der Frauenhaftanstalt in Westberlin-Tiergarten, Lehrter Straße mit?

Antwort: Im Oktober 1970 waren

Ingrid SCHUBERT
ca. 1944 geboren
Beruf: Medizinalassistentin

und

Irene GOERGENS
ca. 1951 geboren
damals noch Schülerin

in Westberlin durch die Politische Polizei verhaftet und im Mai 1971 wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit der Gefangenenbefreiung des "RAF"-Mitgliedes Andreas BAADER und unbefugten Waffenbesitzes zu sechs Jahren Gefängnis bzw. vier Jahren Jugendhaft verurteilt worden.

Michael Baumann

Vernehmungsprotokoll von Michael „Bommi“ Baumann, 28.11.1973

Die Vernehmung erfolgt durch die Hauptabteilung IX in Berlin-Hohenschönhausen. Michael Baumann berichtet über die Zusammenarbeit mit der RAF und u.a. über die versuchte Gefangenenbefreiung von Ingrid Schubert und Irene Goergens. Das ausführliche Vernehmungsprotokoll ist in der Stasi-Mediathek zu sehen.

BArch, MfS, HA VI, Nr. 1432, Bl. 79

23
BSU
000080

- 2 -

Da sie sich damals neben weiteren Angehörigen der "RAF" für die Befreiung von BAADER eingesetzt hatten, wollten diesmal wir, das heißt, die Gruppe "Tupamaros Westberlin" (TW) ihnen helfen und sie gleichfalls aus der Haft befreien. Bei den damaligen Mitgliedern der "TW" handelte es sich um Thomas WEISBECKER, Peter KNOLL, Annerose REICHE, Heinz BROCKMANN, Georg von RAUCH, Angela LUTHER und mich. Wir waren im Juni/ Juli 1971 bis auf Georg von RAUCH, der im Juli 1971 während der Gerichtsverhandlung geflohen und Angela LUTHER, die nicht vorbestraft war, aus der Haft entlassen worden und wohnten zusammen mit Angela LUTHER in einer von ihr offiziell gemieteten Wohnung in Westberlin-Wedding, [REDACTED]. Inwieweit die Hausnummer stimmt, weiß ich nicht. Bereits seit dem genannten Zeitpunkt erörterten wir in gemeinsamen Absprachen Pläne zur Befreiung von in Haft befindlichen Angehörigen linksradikaler Gruppen. Zunächst beabsichtigten wir in einer koordinierten Aktion an einem Tag gleichzeitig Ingrid SCHUBERT und Irene GOERGENS aus der Haftanstalt in der Lehrter Straße sowie unser Gruppenmitglied

Dieter KUNZELMANN
ca. 1939 geboren
der im Juli 1970 von der Politischen Polizei in Westberlin verhaftet und gegen den im April 1971 Anklage wegen begangener militanter Aktionen erhoben wurde

und den zur "RAF" gehörenden ehemaligen Rechtsanwalt

Horst MAHLER
ca. 1936 geboren,
der zusammen mit SCHUBERT und GOERGENS verhaftet, im Mai 1971 von der Anklage des versuchten Mordes und der Gefangenenbefreiung zwar freigesprochen wurde, aber wegen weiterer militanter Aktionen in Haft bleiben mußte.

Michael Baumann

BArch, MfS, HA VI, Nr. 1432, Bl. 80

- 3 -

BSU
650081

aus der Untersuchungshaftanstalt in Westberlin-Tiergarten, Alt-Moabit 12 a zu befreien. Nachdem Thomas WEISBECKER und Angela LUTHER entsprechende Beobachtungen der genauen Örtlichkeiten und des Sicherungssystems der Moabiter Untersuchungshaftanstalt durchgeführt hatten, verwarfen wir jedoch den Plan zur Befreiung von KUNZELMANN und MAHLER, weil sich dieser auf Grund der Sicherungsanlagen für uns als nicht durchführbar erwies. Daraufhin konzentrierten wir uns in der Folgezeit nur noch auf die Befreiung von SCHUBERT und GOERGENS, zumal uns die Realisierung dieses Vorhabens nach ersten von uns vorgenommenen Observationen der Haftanstalt Lehrter Straße möglich erschien. Im Rahmen der dazu bis Oktober 1971 getroffenen Vorbereitungen kam es ab Mitte August 1971 zur Zusammenarbeit mit Mitgliedern der "RAF", die damals ihren Hauptstützpunkt in Hamburg hatten.

Frage: Sagen Sie im einzelnen über die Zusammenarbeit mit Angehörigen der "RAF" bei den Vorbereitungen zur Befreiung von Ingrid SCHUBERT und Irene GOERGENS aus der Haftanstalt in Westberlin, Lehrter Straße aus!

Antwort: Ich möchte vorausschicken, daß die "RAF" bereits im Juli 1971 Verbindung zu unserer Gruppe aufgenommen hatte. Die Kontaktaufnahme erfolgte im Auftrag der sich in Hamburg aufhaltenden

Gudrun ENSSLIN
ca. 1940 geboren
Beruf: Journalistin
zur Zeit in Westberlin in Untersuchungshaft,

Über die damals in Westberlin weilende Verbindungsperson der "RAF"

Dorothea RIDDER
ca. 1942 geboren
Studentin an der "Freien Universität" in Westberlin,

die Georg von RAUCH aufsuchte. Dieser hielt sich zur damaligen

Michael Ballone

- 4 -

BSU
650082

Zeit illegal in einer Westberliner Wohnung am Tempelhofer Ufer auf, die einem mir namentlich bekannten Schweizer Bildhauer gehörte und die ihm

Werner SAUBER
ca. 1947 geboren
zur Zeit in der BRD und Westberlin
steckbrieflich gesucht,

beschafft hatte. Der Zweck dieser Verbindungsaufnahme bestand in der Absicht, unsere Gruppe der "RAF" anzugliedern, was wir jedoch auf Grund unterschiedlicher Auffassungen über die Arbeitsmethoden der "RAF"-Mitglieder und deren Verhalten ablehnten. Daraufhin schickte die "RAF" etwa 14 Tage später

Bernhard BRAUN
ca. 1946 geboren
zur Zeit in Westberlin in Untersuchungshaft

von Hamburg nach Westberlin, wo er sich mit Georg von RAUCH in einer Gaststätte in der Uhlandstraße traf. Bei diesem Treffen lehnte Georg von RAUCH nochmals eine direkte Eingliederung unserer Gruppe ab. Er machte BRAUN des Weiteren mit unserer Absicht zur Befreiung von SCHUBERT und GOERGENS vertraut und forderte diesen auf, daß uns die "RAF" dabei unterstützt, da es sich ja um ihre Mitglieder handelt. Nachdem sich die "RAF" dazu zunächst allgemein bereit erklärt hatte, fanden zwischen unseren Gruppen von August bis Oktober 1971 mehrere Treffen statt. Für die Organisation dieser Treffen sowie die Besprechung der Einzelheiten zur Vorbereitung unserer Aktion war von seiten der "TW" Heinz BROCKMANN und von seiten der "RAF" Dorothea RIDDER und Bernhard BRAUN verantwortlich. Bereits Anfang August 1971 fand das erste Treffen zwischen Heinz BROCKMANN sowie

Andreas BAADER
ca. 1943 geboren
Beruf: Journalist
zur Zeit in der BRD in Untersuchungshaft

Michael Ballone

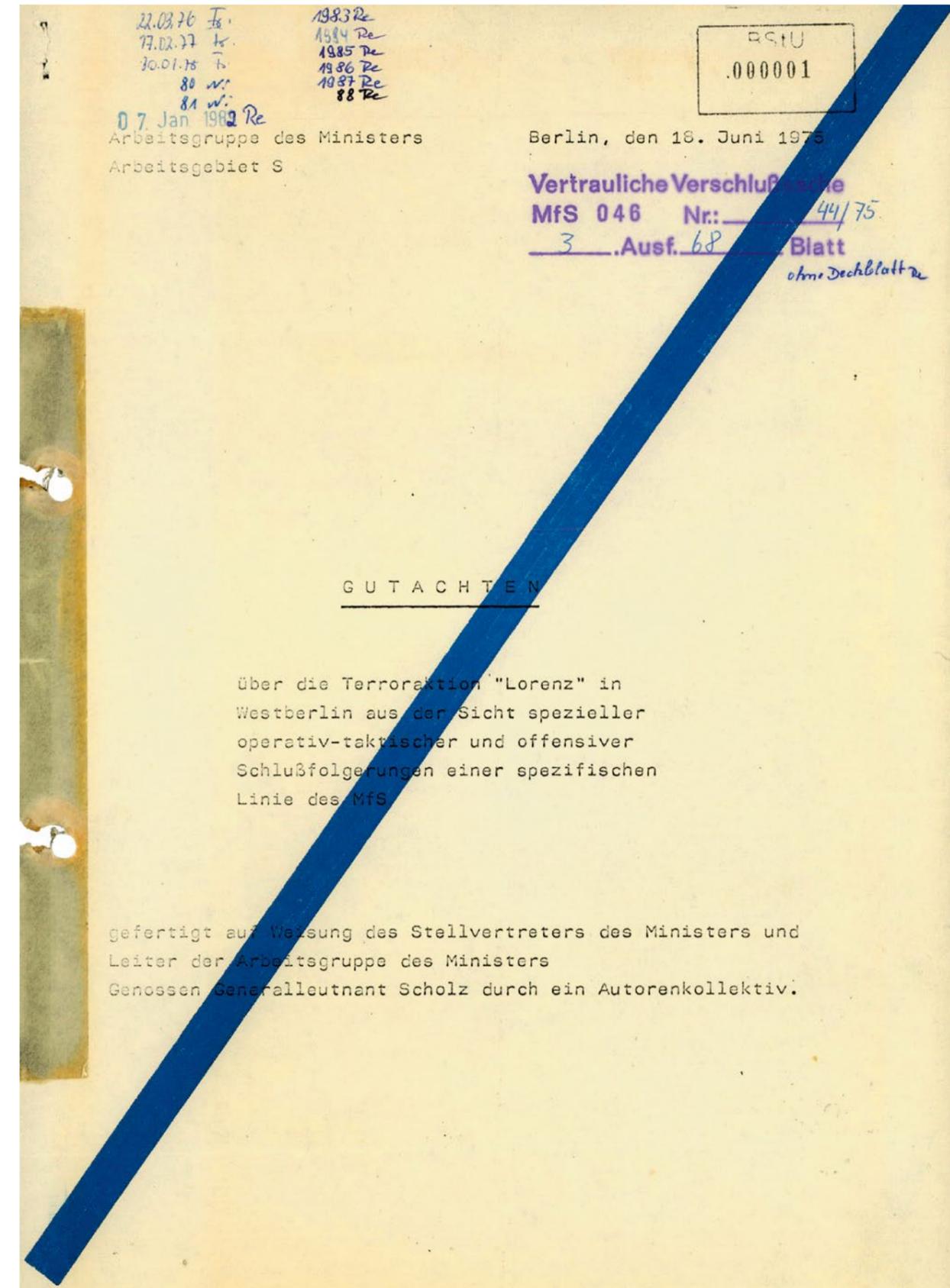
Beobachtung und Aufklärung

Die Staatssicherheit beobachtete den Linksterrorismus in der Bundesrepublik mit Akribie. Sie sammelte Informationen über die Täter, verfolgte deren Aktivitäten und rezipierte auch die öffentliche Wahrnehmung des Linksterrorismus in der Bundesrepublik. Sie gehorchte damit eigenen Sicherheitsinteressen – und wollte insbesondere ausschließen, dass die RAF auch gegen die DDR oder deren Botschaften und Repräsentanten im Ausland aktiv werden könnte. Dazu verglich sie z. B. Anschläge der RAF mit dem Vorgehen anderer linksterroristischer Organisationen, um den Modus Operandi der Täter in Erfahrung zu bringen.

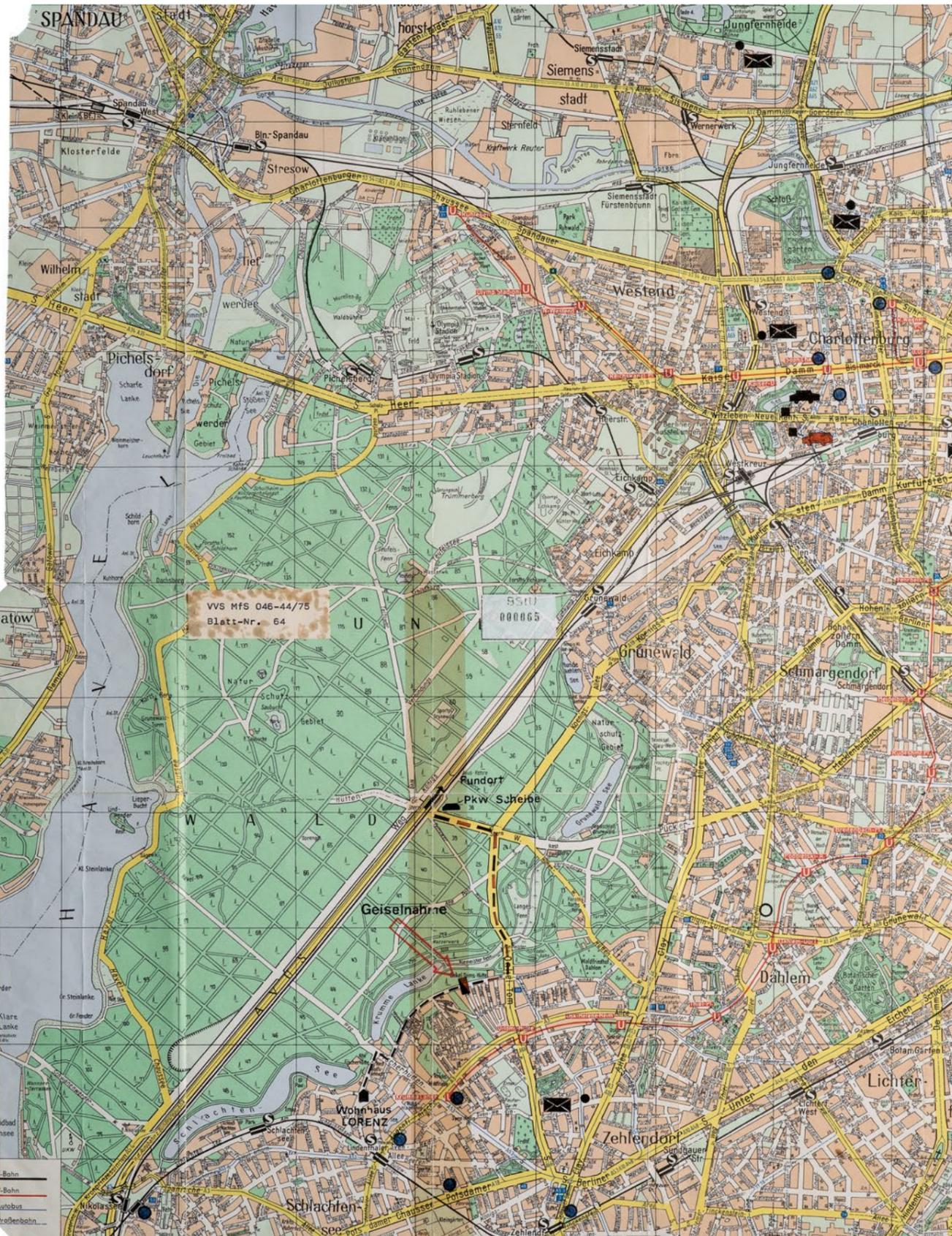
Auch wurde befürchtet, dass die politisch motivierte Gewalt im Westen in irgendeiner Weise, verzögert oder verzerrt, auf die DDR „überschwappen“ könnte. Daher beobachtete die Staatssicherheit auch die persönlichen Verbindungen der Linksterroristen sowie ihrer Rechtsanwälte in die DDR.

Ihre recht genauen Kenntnisse über das Vorgehen der Terroristen erhielt die Staatssicherheit auf verschiedenen Wegen. So nutzte sie ihre geheimen Kontakte zu verschiedenen palästinensischen Gruppen, die mit der RAF kooperierten, um an aktuelle Informationen zu gelangen. Sie verschaffte sich aber auch Zugang zu den Ermittlungsergebnissen der bundesdeutschen Behörden. Mit Hilfe der „Funkaufklärung“, also dem Abfangen von Telefonaten, Telexen oder auch dem Eindringen in Datenbanksysteme, erhielt sie viele interne Informationen. Quellen konnten zudem auch inoffizielle Mitarbeiter (IM) sein, die an verschiedenen Stellen von Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik saßen. Nicht zuletzt wertete die Staatssicherheit westliche Zeitungen sowie Fernseh- und Radioberichte aus.

Die Staatssicherheit zeichnete beispielsweise die Etappen der Entführung des West-Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz im Februar 1975 auf einer Karte detailliert nach. Der Bewegung 2. Juni gelang es durch dieses Kidnapping sechs ihrer Gesinnungsgenossen aus dem Gefängnis freizupressen. Lorenz wurde daraufhin unverletzt freigelassen. Mit der durch ein RAF-Kommando durchgeführten Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer im September 1977 sollten elf RAF-Gefangene freigesetzt werden. Doch die Bundesregierung wollte nicht noch einmal auf eine Erpressung eingehen und spielte auf Zeit. Daraufhin entführte ein palästinensisches Kommando in der gleichen Absicht die Lufthansa-Maschine „Landshut“. Doch die Terroristen wurden in Mogadischu durch die Polizeisondereinheit GSG9 überwältigt bzw. in einem Feuergefecht getötet; alle Passagiere wurden befreit. Daraufhin begingen drei der inhaftierten RAF-Terroristen im Gefängnis Stuttgart-Stammheim Selbstmord und die RAF-Mitglieder im Untergrund ermordeten den entführten Hanns Martin Schleyer. Die Stasi verfasste zu diesen Vorgängen eine Zeitleiste und verglich sie mit der Entführung des italienischen Spitzenpolitikers Aldo Moro ein Jahr später. Erst 1981 eröffnete die Staatssicherheit auch formal einen eigenen „operativen Vorgang“ zur RAF unter dem Titel „Stern I“.

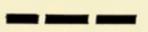


Gutachten über die Terroraktion „Lorenz“ in West-Berlin, 18.06.1975
Das komplette Dokument findet sich in der Stasi-Mediathek.
BArch, MfS, HA XXII, Nr. 5584, Bd. 12, Bl. 1



Karte und Legende aus dem Gutachten der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz in West-Berlin, 18.06.1975
 BArch, MfS, HA XXII, Nr. 5584, Bd. 12, Bl. 65



	Fahrtroute von Lorenz ab Wohnort bis Überfallort
	Fahrtroute nach Geiselnahme bis zur Avus
	Wahrscheinliche Avus_Fahrtroute
	Überfallort
	Punkte, bei denen Mitteilungen und Forderungen hinterlegt wurden
	Polizeidienststellen in der Nähe der Aktionsräume
	Tiefgarage Neue Kantstraße. Versteck des Mercedes-Dienstwagens von Lorenz
	Fundort des Ford-Consul

M 1 : 25 000

BStU

000007

Abteilung XXII

Berlin, den 19. Mai 1977

Lu/MI

Tgb.-Nr.: A/

/77

Z O S

im Hause

Berichterstattung entsprechend der mit den Schreiben des Gen. Minister vom 6. 5. 1977 und 7. 4. 1977 gegebenen Weisungen in Verbindung mit der Großfahndung in der BRD und WB nach dem Attentat auf den Generalbundesanwalt B u b a c k

Zur Gewährleistung der speziellen Aufgabenstellung der Abteilung XXII wurden bezüglich möglicher Auswirkungen der verstärkten Fahndungsmaßnahmen in der BRD und in WB auf die operative Arbeit folgende Maßnahmen eingeleitet sowie Erkenntnisse gewonnen:

1. Die im und nach dem Operationsgebiet arbeitenden inoffiziellen Kräfte wurden unter dem Aspekt der verstärkten Fahndungsmaßnahmen gesondert bezüglich der Vermeidung von Gefährdungen sowie zur Gewinnung von Erkenntnissen zur genannten Problematik eingewiesen. Gleichmaßen wurden die in der DDR tätigen IM, insbesondere in Verbindung mit kriminellen Kreisen stehende IM, schwerpunktmäßig orientiert.

Es gibt bisher keine Anhaltspunkte, daß inoffizielle Quellen der Abteilung XXII vom Gegner erkannt wurden oder sonst gefährdet sind.

2. Im fraglichen Zeitraum wurde Kontakt zu einem Selbstanbieter aufgenommen und geeignete Maßnahmen seiner weiteren Aufklärung und operativen Kontrolle sowie operativen Nutzung im Zusammenwirken mit den MA I und VI sowie der KD Dresden/Land ergriffen.
3. Neu bekanntgewordene terroristische Elemente, verdächtige bzw. bei den gegnerischen Polizeiorganen in Fahndung stehende Personen, insbesondere solche, die bisher nicht in der Abteilung XII für andere DE erfaßt sind, wurden bei der HA VI in die Sonderfahndungskartei eingelegt, um zu verhindern, daß sich solche Personen durch die Einreise in die DDR den Fahndungsmaßnahmen der BRD-Organen zu entziehen versuchen oder durch die Einreise in anderer Weise dem Ansehen der DDR schaden können.

6

BStU

000008

- 2 -

Verbunden mit der Lösung der Aufgaben zu den Aktionen "Konzeption 77" und "Kampfbund 11/77" wurden diese Maßnahmen mit anderen DE, insbesondere der HA PS/AIG, abgestimmt.

4. Auf der Grundlage eigener operativer Erkenntnisse sowie der Aufklärungsergebnisse anderer DE bzw. Linien (HVA, Abt. III u. a.) wurde und wird eine umfassende Auswertung der anarchistischen und sonstigen terroristischen Aktivitäten des Links- und Rechtsextremismus sowie der entsprechenden Maßnahmen der gegnerischen Polizei- und Sicherheitsorgane vorgenommen, um einen ständigen Überblick zur entsprechenden politischen Entwicklung in der BRD und WB zu gewährleisten, bisherige Informationen zu verdichten und Voraussetzungen für weitere politisch-operative Aufklärungs- und Abwehrmaßnahmen zu schaffen.

5. Im Rahmen der Großfahndung in der BRD und WB wurden durch inoffizielle Quellen bekannt, daß auf dem Flughafen West-Tegel verstärkt technische Mittel für die Personenkontrollen eingesetzt werden. Dazu gehören Leibesvisitationen mittels metallanzeigender Sonden, die am Körper entlanggeführt werden und bei Feststellung metallischer Gegenstände akustische Signale geben. Für die Paßkontrolle werden technische Vorrichtungen verwendet, deren Funktion sowohl in dem Erkennen von Paßfälschungen bzw. als auch in der Paßdokumentierung bestehen kann. Der Paß bzw. Personalausweis wird mit dem Lichtbild und den Personalangaben nach unten auf eine ca. A 4 große milchige Scheibe gelegt und ca. 2 bis 3 Sekunden dort belassen.

Diese Mittel und Methoden sind einzureihen in die verstärkten Bemühungen der gegnerischen Polizei- und Sicherheitsorgane, technische Verfahren für Fahndungsmaßnahmen nutzbar zu machen, u. a. auch durch fälschungssichere Ausweise und Kfz-Kennzeichen zu entwickeln

174

BSTU
0278Bezirksverwaltung Dresden
Abteilung II/1/3

Dresden, den 15.10.1977

Abschrift vom Tonband

Stimmungsbericht!

Als die Entführung Schleyer bekannt wurde, war in der Bevölkerung überall großes Mitgefühl. Zum jetzigen Zeitpunkt kann man sagen, daß dieses schon wieder abgeklungen ist, da man von Seiten der Regierung erstens Presseverbot gegeben hat und zweitens nach Meinung der Bevölkerung solche Akte zu lasch behandelt würden. Die Bevölkerung ist verunsichert, sie fordert den Durchgriff einer starken Hand, indem man man so einen Entführer oder Terrorist an die Wand stellt. Es soll ein abschreckendes Beispiel geschaffen werden. Darüberhinaus sind die jetzigen Sicherheitsmaßnahmen dermaßen verstärkt worden, die wohl von der Bevölkerung z.Zt. eingesehen werden, andererseits jedoch den Staatshaushalt belasten und zu Lasten der Steuerzahler gehen. Es ist sogar führenden Persönlichkeiten und Politikern selbst zuwider. So konnte ich selbst feststellen, auf unser Zentralverbandstagung, daß der Abgeordnete Dollinger von der CDU mit zwei Mann Begleitschutz anreiste, offen zum Ausdruck brachte, daß es ihm auch lästig sei, dauernd von Schatten umgeben zu sein. Oberbürgermeister Rommel von Stuttgart hat einen ständigen Begleitschutz, Ministerpräsident Filbinger verfügt über 3 Mann und so setzt sich das weiter fort. Hinsichtlich der Sicherungsmaßnahmen ist eine spürbare Verstärkung eingetreten. Bei uns in Stuttgart werden ständig das Amtsgericht, Landgericht patrouilliert mit 2 Posten des Grenzschutzes, es werden sogar Rechtsanwaltsbüros bewacht, welche die Pflichtverteidiger der BAADER - MEINHOF Gruppe sind. Ich konnte mich selbst davon überzeugen, daß in Stuttgart-Vaihingen, wo wir ein Haus verwalten, und in der Nähe der Generalbundesanwalt Rebmann wohnt, dessen Haus mit 2 Panzerwagen und entsprech. Grenzpolizeiaufgebot bewacht wird. Ebenso sind die Flugplätze mit Grenzschutz verstärkt worden, es wird eine scharfe Paß - u. Leibesvisitation vorgenommen. Die Überzahl der Bevölkerung ist der Meinung, daß Schleyer geopfert werden sollte, denn die 11 Terroristen herauszulassen, wäre totaler Wahnsinn. Damit wäre der Anarchie Tür und Tor geöffnet.

Berlin, den 14.10.1977

gez. Hermann

Abteilung XXII

Berlin, den 27. Oktober 1977

BSTU
000324Zusammenfassung der Ereignisse im Zusammenhang mit der Entführung des Dr. Hanns Martin Schleyer5. 9. 77

17.28 Uhr:

BRD-Unternehmerpräsident Dr. Hanns Martin Schleyer wurde in Köln auf der Fahrt in seine Zweitwohnung von Mitgliedern der RAF, „Kommando Siegfried Hausner“, entführt.

Ein Pkw "Mercedes" und ein auf die Straße rollender Kinderwagen versperren die Weiterfahrt. Fünf Terroristen eröffnen das Feuer auf die Begleitmannschaft.

- drei Sicherheitsbeamte und der Fahrer des Schleyer werden erschossen
- Schleyer wird in einem weißen "VW"-Bus entführt.

18.40 Uhr:

- Großfahndung wird ausgelöst

6. 9. 77

- BKA Wiesbaden wird Wortlaut der Forderungen der Entführer zugestellt (Freilassung von 11 RAF-Mitgliedern und 100 000 DM für jeden)

7. 9. 77

- BKA erhält Video-Band, auf dem Schleyer eine Erklärung der Terroristen verliest

8. 9. 77

- Nachrichtensperre wird verhängt
BKA fordert Einschaltung einer Kontaktperson.

9. 9. 77

- der Genfer Rechtsanwalt Denis Payot erklärt sich bereit, als Kontaktperson zu fungieren

11. 9. 77

- Nachricht der Entführer mit Forderungen an Bundesregierung über Payot mitgeteilt, das BKA verlangt von den Entführern neues Lebenszeichen der Geisel

- 2 -

BStU
000325

12. 9. 77 - P a y o t hat Bundesregierung Nachricht der Entführer mit genauen Direktiven und Terminen übergeben.
- Über Rundfunk antwortet das BKA um 21.00 Uhr den Entführern.
15. 9. 77 - BKA übermittelt an Anwalt P a y o t neue Nachricht.
- Neues Video-Band mit Lebenszeichen von S c h l e y e r erreicht die Behörden über P a y o t .
16. 9. 77 - Erneut Nachricht der Bundesregierung über P a y o t an Entführer weitergeleitet.
17. 9. 77 - Kontakte zwischen Behörden und Entführern bestehen weiterhin. P a y o t leitet von beiden Seiten Nachrichten weiter.
- Staatsminister W i s c h n e w s k i verhandelt in Algerien, Libyen, Irak und Südjenen über eine Aufnahme der möglicherweise freigeprüften Terroristen.
19. 9. 77 - Erneuter Kontakt zwischen Entführern und Behörden. Einzelheiten werden nicht bekannt.
- BKA teilt mit, daß Begleiter von Schleyer noch 11 Schüsse auf die Entführer abgeben konnten.
21. 9. 77 - W i s c h n e w s k i ist weiterhin unterwegs, um in verschiedenen arabischen Staaten über die Aufnahme der voraussichtlich 11 freigeprüften Terroristen zu verhandeln.
22. 9. 77 - Seit 3 Tagen schweigen die Entführer.
- Der Terrorist Knut F o l k e r t s wird in den Niederlanden verhaftet, nachdem er beim Fluchtversuch einen Polizisten erschossen hat. Seine Begleiterin (es handelt sich wahrscheinlich um Brigitte M o h n - h a u p t) konnte entkommen.
- Es wird vermutet, daß F o l k e r t s an der Schleyer-Entführung und am Buback-Attentat beteiligt war.

- 3 -

BStU
000326

23. 9. 77 - BKA übermittelt den Entführern eine neue Nachricht
25. 9. 77 - Ein neues Lebenszeichen S c h l e y e r s trifft bei den Behörden ein (Video-Band).
26. 9. 77 - Durch eine Indiskretion wurde bekannt, daß S c h l e y e r auf einem Schiff in Holland gefangen gehalten werden soll. Auf einem Video-Band sollen Bootsmotoren- und Wassergeräusche ausgemacht worden sein.
28. 9. 77 - Entführer wenden sich mit neuen Forderungen an die Bundesregierung - sofortige Einstellung der Fahndung und Aufgabe der Taktik, Zeit zu gewinnen.
- Bild von S c h l e y e r mit der Aufschrift "Seit 20 Tagen Gefangener der RAF" war Forderungen beigelegt.
30. 9. 77 - Der Bundesrat verabschiedet das Kontaktsperrgesetz.
- Auf Betreiben der BRD-Regierung wurde der untergetauchte Baader-Meinhof-Anwalt C r o i s s a n t in Paris verhaftet.
8. 10. 77 - S c h l e y e r schreibt einen Brief an die französische Zeitung "Liberation", in dem er auf eine Entscheidung der Bundesregierung drängt,
- beiliegend ein Foto S c h l e y e r s mit Schild und Aufschrift "Seit 31 Tagen Gefangener"
10. 10. 77 - Die Bundesregierung hinterlegt bei P a y o t eine als "wesentlich" bezeichnete Nachricht für die Entführer.

- 4 -

BStU
000327

13. 10. 77 - Vier Luftpiraten entführen eine Maschine der Lufthansa (vgl. gesonderte Darstellung).
14. 10. 77 - Die Luftpiraten fordern die Freilassung der 11 Baader-Meinhof-Häftlinge und 2 in der Türkei in Haft befindlichen Palästinensern.
- Entführer von S c h l e y e r melden sich bei P a y o t
Ultimatum: Freilassung der 11 Häftlinge bis zum 16. 10. 77, 9.00 Uhr oder S c h l e y e r wird erschossen.
15. 10. 77 - Sohn des S c h l e y e r, Hanns Eberhard, stellt Antrag an das Bundesverfassungsgericht, daß die BRD-Regierung gezwungen werden soll, den Forderungen der Entführer nachzugeben.
16. 10. 77 - Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichtes gibt diesem Antrag nicht statt.
- Ultimatum läuft ab, ohne daß die Forderungen der Terroristen erfüllt werden.
18. 10. 77 - Angehörige der GSG 9 stürmen in Mogadischu die entführte Lufthansamaschine und befreien alle Geiseln.
- B a a d e r, E n s s l i n, R a s p e werden in ihren Zellen in Stuttgart-Stammheim tot aufgefunden.
- Nach offiziellen Mitteilungen soll es sich um Selbstmord handeln. Diese Version wird von den Anwälten versucht zu widerlegen.
- Die Gefangene M ö l l e r wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in ihrer Zelle aufgefunden.
19. 10. 77 - Der Tod S c h l e y e r s wurde durch die Entführer dem Stuttgarter DPA-Büro und der "Liberation" mitgeteilt. Daraufhin konnte seine Leiche in Mülhausen (Elsaß) in einem abgestellten Pkw "Audi" gefunden werden.
- Obduktionsergebnis: S c h l e y e r wurde am 18. 10. 1977 von hinten erschossen.

BStU
000114

Hauptabteilung PS I
A I G

Berlin, 08. Juni 1978

Zusammenfassende Darstellung der Moro-Entführung im Vergleich mit der Entführung Schleyers

Am 16. März 1978 wurde in einem Vorort Roms der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Partei (DC) Italiens auf dem Weg von seiner Wohnung zum Parlament überfallen und entführt.

Die Tatausführung für den Anschlag übernahm die neofaschistische Organisation "Rote Brigaden", die unter Verbreitung pseudorevolutionären Gedankengutes umfangreiche Terrorhandlungen in Italien durchführt.

Ablauf und Begehungsweise des Anschlages stellen eine Kopie der Entführung des Präsidenten der BRD Unternehmerverbände, Schleyer, dar. Darüber hinaus lassen einige Handlungen erkennen, daß von den Tätern eine detaillierte Auswertung der Schleyer-Entführung vorgenommen wurde.

Tatablauf:

Um 09.15 Uhr fährt Moro von seiner Wohnung, einem Villenvorort Roms, ab. Außer Moro befinden sich der Kraftfahrer und ein Begleiter im Wagen. Dem Wagen Moros folgt ein Sicherheits-Kfz., besetzt mit dem Kraftfahrer und 2 Sicherheitskräften.

Von einem nicht genau bekannten Zeitpunkt an, fährt ein Fiat 128 mit Diplomaten-Kennzeichen vor dem Wagen Moros.

An einer Kreuzung (ca. 1500 Meter von der Wohnung Moros entfernt) leitet der vor Moros Wagen fahrende Fiat 128, ohne offensichtlichen Grund, eine Vollbremsung ein, in deren Folge es zu einem leichten Auffahrunfall kommt (Moros Wagen auf dem Fiat und der Sicherungswagen auf dem Wagen Moros).

Im gleichen Moment eröffnen mehrere Täter aus Maschinenpistolen das Feuer auf die beiden Fahrzeuge.

Zwei Täter springen aus dem Wagen, der Moros Fahrzeug blockiert hatte. Vier bis fünf Täter treten hinter der Hecke eines am Tatort befindlichen Cafe's hervor, in dem sie sich bis kurz vor dem Anschlag aufgehalten hatten.

Gleichzeitig fährt, von hinten kommend, ein Fahrzeug der Täter auf Höhe Moros Wagen. Moro wird in dieses Fahrzeug hineingezerrt und entführt.

BStU
000115

2

In einem weiteren Fahrzeug der Täter, das sich dem Tatort nähert, fliehen die übrigen Terroristen.

Durch die ca. 70 abgegebenen Schüsse werden die beiden Kraftfahrer und zwei Sicherungskräfte sofort getötet, eine weitere Sicherungskraft verstirbt kurze Zeit darauf an den Folgen der Verletzungen.

Die Gesamtzeit, von der Blockierung der Fahrzeuge bis zur Flucht der Täter mit ihrem Entführungsoffer, beträgt ca. eine Minute.

Noch deutlicher als bei der Schleyer-Entführung wurde die langfristige und stabsmäßige Vorbereitung des Anschlages sichtbar.

Das zeigt sich u.a. an folgenden Faktoren:

1. Nach Erkenntnissen der italienischen Polizei- und Sicherheitsorgane waren ca. 40 Personen an der Vorbereitung und Durchführung des Anschlages beteiligt. Ein besonderes Merkmal war das arbeitsteilige Vorgehen der Täter. Die Aufklärung und Vorbereitung des Anschlages erfolgte durch Angehörige der "Roten Brigaden", die ihren Wohnsitz in Rom haben. Die unmittelbare Tatausführung erfolgte mit hoher Wahrscheinlichkeit durch Angehörige der "Roten Brigaden", die die ihren Wohnsitz außerhalb Roms haben und bisher nicht im Blickfeld der Polizei standen.
2. Die von den Tätern benutzten Fahrzeuge waren gestohlen und mit polizeilichen Kennzeichen versehen, die seit längerer Zeit aus unterschiedlichen Gründen an die Polizei zurückgegeben wurden.
3. Die von den Tätern benutzten Tatwaffen sind Privatpersonen bzw. italienischen Streitkräften gestohlen worden.

BStU
000116

3

4. Um mögliche Zeugen auszuschalten, hatten die Täter in der Nacht vor der Tat einem Blumenhändler, der täglich seinen Stand an der Tatortkreuzung aufbaute, alle vier Reifen seines Wagens zerstochen.
5. Unmittelbar vor dem Anschlag wurde durch die Täter das Telefonnetz der Umgebung außer Betrieb gesetzt.
6. Zur Sicherung des Fluchtweges besetzte ein Täter in der Uniform der italienischen Verkehrspolizei die Kreuzung am Tatort.
7. Einige Täter hielten sich vor der Tat in einem Cafe an der Kreuzung auf. Sie trugen die Uniform der italienischen Fluggesellschaft "Al Italia". Ihre Maschinenpistolen trugen sie in Diensttaschen, wie sie diese Fluggesellschaft verwendet.
8. Zur Ausschaltung von Faktoren, die den Tatablauf hätten beeinträchtigen können, hatten die Täter zwei Sicherungsposten eingesetzt.
9. Als Ablenkmanöver für die Polizei hatten die Täter unweit des Tatortes einen Pkw mit einer Zeitzünderbombe abgestellt.

Im Vergleich der Moro- mit der Schleyer-Entführung ergeben sich folgende Übereinstimmungen:

1. Die Bewegung der Persönlichkeiten mußte entsprechend ihres Programms zu diesem Zeitpunkt und auf dieser Fahrstrecke erfolgen.
2. Beide Persönlichkeiten wurden durch ein Sicherungsfahrzeug begleitet.
3. Die Tatorte befanden sich an Fahrstrecken mit relativ geringem Personen- und Fahrzeugverkehr (Villenviertel).
4. Die Blockierung der Fahrzeuge erfolgte durch die Vortäuschung einer normalen Verkehrssituation.
5. Die Täter eröffneten sofort das Feuer auf die Fahrer und Sicherungskräfte.
6. Die Persönlichkeiten wurden in einem Fahrzeug der Täter entführt.

BStU
000117 4

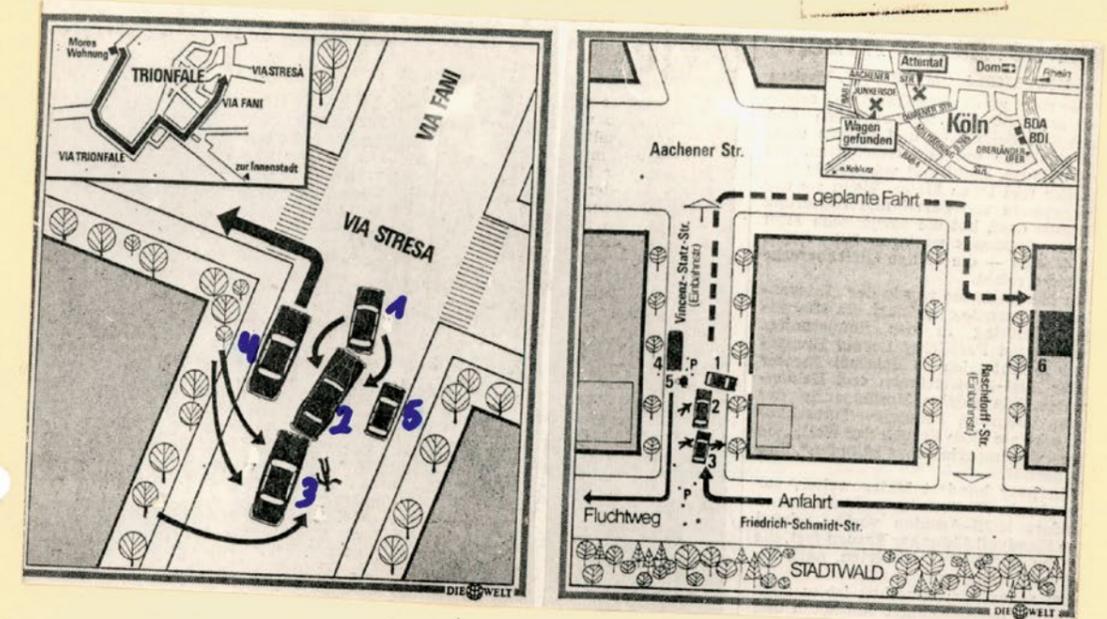
7. Wenige Kilometer vom Tatort entfernt erfolgte das Umsteigen in andere Fahrzeuge.
8. Der Aufenthaltsort der Täter mit dem Entführten blieb unerkannt.
9. Die Täter töteten die entführten Persönlichkeiten.
10. Die getöteten Persönlichkeiten wurden in einem Pkw im Stadtgebiet abgestellt.
11. Die Mitteilungen der Entführer wurden jeweils in mehrfacher Ausfertigung verschiedene Institutionen gleichzeitig zugestellt.
12. Der Inhalt, der den Mitteilungen beigefügten handschriftlichen Briefe, waren im wesentlichen deckungsgleich.

Unter Beachtung der Tatsache, daß der angreifende Täter in der Regel immer im Vorteil ist, könnten folgende Faktoren die Durchführung der Anschläge begünstigt haben.

1. Kraftfahrer und Sicherungskräfte vermuteten hinter den gestellten Verkehrssituationen keine gegnerische Absicht. Demzufolge gab es von ihnen keine Reaktion zur Abwendung der Gefahr.
2. Von den Sicherungskräften (fünf bei Moro und vier bei Schleyer) gelang es jeweils nur einer Sicherheitskraft, einige ungezielte Schüsse abzugeben.
3. Bei Schleyer wurde offensichtlich mit zu hoher Geschwindigkeit in eine vorher nicht einsichtbaren Straße eingebogen und zu nahe an ein auf der Straße vorhandenes Hindernis herangefahren.
4. Bei Moro wurde offensichtlich mit einem zu geringeren Sicherheitsabstand zum vorausfahrenden Kfz. (dem späteren Blockierungsfahrzeug) gefahren.

BStU
000118

Tatort - Skizzen



Moro-Entführung

Schleyer-Entführung

Legende:

- Entführung Moros
1. Blockierungsfahrzeug der Täter mit gefälschtem CD-Kennzeichen
 2. Kfz. der Persönlichkeit
 3. Kfz. der Sicherungskräfte
 4. Kfz. der Täter, mit dem Moro entführt wurde
 5. von Tätern abgestellte Kfz. mit Sprengsatz
- Pfeile - Bewegungsrichtung der Täter

BSU
000119

Von den Tätern übermittelte Fotos ihrer Entführungsopfer



Entführungs-Opfer Aldo Moro



Entführungs-Opfer Hanns-Martin Schleyer

Abteilung XXII Berlin, 13. 10. 1978

Aufstellung
über DDR-Verbindungen operativ bedeutsamer Personen

Name, Vorname Erfassungsverhältnis	Operativ bedeutsame Anhaltspunkte	Bemerkungen, Vorschläge zur Entscheidung
1. BARZ, Ingeborg (RAF) - erf. BV K-W-St KD Freiberg	. Aufenthalt seit 1972 unbekannt; in internationaler Fahndung des Gegners - Verwandte in der DDR-Hauptstadt - hatte Verbindung zu: [REDACTED] erf. für BV Rostock VI tätig: Berleiter, Achternströmbar Warnemünde (Warnemünde ist Knotenpunkt der Reisetätigkeit von Extremisten in nordische Länder)	Aufklärung zur eventuellen operativen Nutzung
2. BECKER, Verena ("2. Juni" und "RAF") erf. HA PS/AIG [REDACTED] WB) - erf. Abt. XXII	in der BRD inhaftiert, lebenslange Freiheitsstrafe [REDACTED] in "Beobachtender Fahndung" des Gegners - 5 Geschwister, darunter weitere in "BEFA 7" - aktive Verbindungen zu Großeltern und weiteren Verwandten in der DDR-Hauptstadt	op. Aufklärung der DDR-Verbindungen
3. BOOCK, Peter (RAF) Ehefrau: [REDACTED] ("RAF" und "2. Juni") - beide erf. Abt. XXII	- in Jugoslawien in Auslieferungshaft mit MOHNHAUPT, WAGNER, HOFMANN [REDACTED] - B., Peter hat Verwandte und Bekannte (Jugendfreunde) in Dessau und im Bezirk Halle, mehrfache Einreisen; bot sich 1971 dem MfS als Informant an;	pol. op. bedeutsam: - wenn keine Auslieferung von Exilkroatien an Jugoslawien erfolgt, könnte diese Gruppe von Jugoslawien freigelassen werden op. Aufklärung zur vorbeugenden Gefahrenabwehr bzw. op. Nutzung

Name, Vorname Erfassungsverhältnis	Operativ bedeutsame Anhaltspunkte	Bemerkungen, Vorschläge zur Entscheidung
18. LUTHER, Angela ("RAF" und "2. Juni") erf. Abt. XXII	. Aufenthalt seit 1972 unbekannt, in internat. Fahndung des Gegners - Verdacht auf Geheimdienstkontakte - Verbindungen zu Angehörigen des Berliner Ensembles und der Volksbühne - Einreisen des Bruders der B. in die DDR ([REDACTED])	op. Aufklärung
19. MÄHLÄNDER, Alfred ("Bewegung 2. Juni") erf. HA PS/AIG	- lebt in Untergrund - Verbindung in die DDR-Hauptstadt	op. Aufklärung
20. MAHLER, Horst (ehem. "RAF") erf. HA PS/AIG	- in WB inhaftiert - Verbindung zu Eltern und Bekannten der Ehefrau MAHLER, Ruth [REDACTED]	op. Aufklärung
21. MAHN, Siegfried MAHN, Karin ("2. Juni") - beide erf. HA PS/AIG	- unter Beobachtung der WB-Polizei, Verdachtsmomente der Zusammenarbeit mit Geheimdiensten - DDR-Verwandtschaft des MAHN, Siegfried in [REDACTED]	op. Aufklärung
22. MEYER, Till ("Bewegung 2. Juni") erf. Abt. HVA	- in WB inhaftiert - Verbindungen in die DDR-Hauptstadt	im op. Bearbeitung Abt. XXII

Aufstellung über Verbindungen von RAF-Mitgliedern in die DDR, 13.10.1978

Das komplette Dokument findet sich in der Stasi-Mediathek.

BArch, MfS HA XXII, Nr. 780, Bd. 9, Bl. 1, 5

174

SLK 0370
2117 IIII

Abteilung XXII/1 Berlin, 8. 10. 1980

BStu
000175

V S ^{repr.} am
18. Juni 1981

Kl.

ZPDB
AG 5
FA

AUSKUNFTSBERICHT

zum führenden Mitglied der "RAF" - K L A R , Christian

Die Person

✓ K L A R , Christian
geb. am: 20. 5. 1952 in Freiberg/Breisgau
Familienstand: ledig
Staatsangeh.: BRD
Aliasnamen: "Hans Georg Schmied"
"Kay Ringuing Larsen"
in der Abt. XII erfaßt für Abt. XXIII

wurde durch das Bundeskriminalamt als besonders gefährlicher Gewaltverbrecher in Fahndung gestellt. Fahndungsmaßnahmen laufen auch durch die Interpol. Koordinierungsmaßnahmen zur Festnahme wurden durch die Polizei der BRD, Schweiz und Österreich ausgearbeitet.

KLAR wird westlichen Pressemeldungen zufolge mit nachfolgenden terroristischen Aktivitäten in Verbindung gebracht:

- Teilnahme an der Besetzung des Hamburger Büros "Amnesty International" ✓
Das Ziel dieser Aktion, an welcher ebenfalls die Personen ✓
✓ SCHULZ, Detlef; ALBRECHT; ✓ SONNEBERG und andere teilnahmen, bestand in der Erreichung besserer Haftbedingungen für die "BAADER-MEINHOF-GRUPPE". ✓
- 1976 soll KLAR bei einem Waffenhändler in Basel den Pistolenlauf erworben haben, der sich an der Waffe befand, mit der ✓
✓ sich RASPE in seiner Zelle in Stammheim erschoss.
- Im Januar 1977 soll er einen schweizerischen Zollbeamten bei einem gewaltsamen Grenzdurchbruch bei Lörrach gemeinsam mit dem [REDACTED] schwer verletzt haben. ✓

175

2BStu
000176

- Attentat auf Generalbundesanwalt BUBACK und dessen Begleiter
- Tötung von PONTI, Jürgen
- Entführung und Tötung von Hans-Martin SCHLEYER
Anmietung des PKW unter dem falschen Namen SCHMIED, Hans Georg, in welchem später die Leiche von SCHLEYER gefunden wurde.
- Im Sommer 1978 wurden von KLAR, Adelheid SCHULZ und Willy-
✓ Peter STOLL mehrere Hubschrauberflüge in der BRD durchgeführt. Dabei wurden
 - . die Wohnung des CDU-Vorsitzenden KOHL
 - . das BKA
 - . das Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg
 - . die Haftanstalt Frankenthal, in welcher KRÖCHER, WISNIEWSKI und MÜLLER einsitzen

und andere bedeutsame Objekte bzw. Wohnungen von führenden Persönlichkeiten der BRD beobachtet. Beim Flug am 6. 8. 1978 wurden sie durch Kräfte des BKA observiert, konnten jedoch angeblich nicht identifiziert werden. Die Observation wurde von ihnen erkannt und sie konnten sich einer Festnahme entziehen. Die nach ihnen eingeleitete Großfahndung blieb ohne Erfolg.

✓ Zu diesen Hubschrauberaktionen konnte ermittelt werden, daß sie zur Befreiung von Stefan WISNIEWSKI durchgeführt wurden. Da W. in der Haftanstalt nicht die notwendigen Bedingungen geschaffen hatte, führte die Aktion nicht zum Erfolg.

- Teilnahme am Bombenattentat auf den Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa - General HÄGG - am 25. 6. 1979

Zur Persönlichkeitsentwicklung des KLAR ist bekannt, daß er nach Erreichung des Abiturs Biologe werden wollte, jedoch ein Studium in der Fachrichtung Geschichte und Philosophie begann. Während des Studiums lernte er SONNEBERG kennen. Bis zu diesem Zeitpunkt engagierte sich K. in politischer Richtung nicht. Bewunderung brachte er aber damals schon dem Kampf von Che Guevara, BAADER und MEINHOF entgegen. In Karlsruhe wohnte er mit SONNEBERG und FOLKERTS zusammen.

✓ Verbindungen bestehensseit ca. 8 Jahren zu seiner Freundin ✓
✓ SCHULZ, Adelheid und zu SCHMITZ, Sabine - der Freundin von ✓
SONNEBERG. ✓

176

BSu
000177

1973/74 wurde KLAR zweimal bei Demonstrationen festgenommen. 1974 trat er vor dem Bundesgerichtshof Karlsruhe gegen die Isolationsfolter auf.

Die bisher bekannten Informationen lassen den Schluß zu, daß KLAR mit der zunehmenden Faschisierung in der BRD nicht einverstanden ist. Aus diesem Grund kam es zur Konfrontation mit den Behörden und zu Demonstrativhandlungen. Seit dem Zusammentreffen mit HAAG ging KLAR zu den Anarchisten über und kann seit 1974 zur "RAF" gezählt werden. KLAR ist zum "harten Kern" der "RAF" zu rechnen.

Im Zusammenhang mit den im Juli 1980 tödlich verunglückten Mitgliedern der "RAF" Juliane PLAMBECK und Wolfgang BEER wird durch das BKA nach KLAR und SCHULZ verstärkt gefahndet.

Wie aus Berichten westlicher Massenmedien hervorgeht, wurden KLAR und SCHULZ zu Beginn dieses Jahres in Hamburg vom zuständigen Landesamt für Verfassungsschutz über mehrere Tage hinweg observiert, jedoch nicht festgenommen. Aufgrund dieser sogenannten Fahndungsspanne forderte die CDU/CSU eine Sondersitzung des Bundestagsinnenausschusses, wobei besonders heftige Angriffe gegen den Innenminister BAUM gerichtet wurden.

Die Analyse aus den bekannten Informationen ergibt, daß KLAR umfangreiche Kenntnisse auf dem Gebiet Konspiration besitzt. Trotz intensiver Fahndungsmaßnahmen wurde er bisher noch nicht ermittelt. Nach jeder Aktion konnte er sich einer Festnahme entziehen.

Er beherrscht weiterhin die Handhabung von Waffen verschiedenster Art. KLAR benutzt bei seinen Reisen mehrere falsche Reisedokumente.

Hinweise auf Verbindungen und Kontakte in die DDR liegen nicht vor.

Verbindungen und Kontakte im Operationsgebiet bestehen zu folgenden Personen:

VIETT, Inge ✓
POHL, Helmut ✓
BEER, Henning ✓

177

SLK 0370
ZMA III/1

Abteilung XXII/1

Berlin, 8. 10. 1980

BSu
000178VSI gepr. am
18. Juni 1981 KörZPDB
H65
FA

AUSKUNFTSBERICHT

zum führenden Mitglied der "RAF" - VIETT, Inge

Die Person

VIETT, Inge ✓
geb. am: 12. 1. 1944 in Sternwarde
wh. gewesen: [REDACTED]

Staatsangeh.: BRD
Deckname: "Maria"
in der Abt. XII erfaßt für Abt. XXII

zählte zu den führenden Mitgliedern der "Bewegung 2. Juni" ✓
Aufgrund verschiedener terroristischer Aktivitäten ist die VIETT durch gegnerische Sicherheitsorgane zur internationalen Fahndung mit sofortiger Festnahme ausgeschrieben.

Aus inoffiziellen Hinweisen und Veröffentlichungen westlicher Massenmedien wurde bisher folgendes zur Person der VIETT bekannt:
Die VIETT, Inge wuchs als jüngstes von 8 Kindern bei ihrer Mutter

wohn.: [REDACTED]

unter schwierigen sozialen Verhältnissen auf. Einen Teil ihrer Kindheit soll sie auch in Heimen verbracht haben. Nach dem Volksschulabschluß nahm sie 1960 eine Lehre als Kindergärtnerin auf, die sie jedoch nicht beendete. Nach einem Praktikum wechselte sie 1962 zur Sportschule Kiel über, um den Beruf einer Gymnastiklehrerin zu erlernen. 1969/70 kam die VIETT nach Westberlin und schloß sich dort der Gefangenenhilfsorganisation

"SCHWARZE HILFE" ✓

an.

178

BSiU
2 000179

In dieser Zeit wohnte sie in deren Stützpunkt

Über die "SCHWARZE HILFE", in der sie bald entscheidenden Einfluß gewann, bekam sie Kontakt zu den seinerzeit in Westberlin bestehenden "TUPAMAROS" sowie zur Nachfolgeorganisation der "BAADER-MEINHOPF-Gruppe" - "Rote Armee Fraktion".

Im Zusammenwirken bzw. mit Unterstützung dieser Kräfte soll die VIETT bis zum Jahre 1972 mehrere Banküberfälle, Sprengstoffattentate und andere terroristische Aktionen organisiert haben. Am 2. Februar 1972 beteiligte sich die VIETT gemeinsam mit der mutmaßlichen Terroristin BECKER, Věrena an einem Sprengstoffattentat auf den britischen Yachthafen in Westberlin, bei dem ein Bootsbauer getötet wurde. Aus operativen Hinweisen wurde bekannt, daß der Tod eines Westberliner Bürgers nicht beabsichtigt war.

In der Folgezeit plante die Gruppe um die VIETT ihre Aktivitäten auch auf das Gebiet der BRD auszuweiten. Am 7. 5. 1972 wurde sie in Koblenz gemeinsam mit SCHMÜCKER, SOMMERFELD und KNUPE bei der Vorbereitung eines Attentates auf das türkische Konsulat in Bad Godesberg festgenommen.

Am 20. 7. 1973 gelang der VIETT die Flucht aus der Untersuchungshaftanstalt Westberlin-Moabit. Sie ging in die Illegalität und schloß sich der zwischenzeitlich gebildeten "Bewegung 2. Juni" an. Während dieser Zeit soll die VIETT gemeinsam mit dem REINDERS, Ralf illegal in einem Villenviertel in Westberlin gelebt haben.

Die VIETT steht bei den gegnerischen Sicherheitsorganen in dringendem Verdacht, bis an ihrer erneuten Festnahme im Jahre 1975 an folgenden Terroranschlägen beteiligt gewesen zu sein:

- 4./5. 6. 1974 Ermordung des "Verräters" Ulrich SCHMÜCKER (Die VIETT hat dabei angeblich der Gruppe "Kommune Wolfsburg" um Ilse JANDT, verh. SCHWIPPER, den Auftrag eines "Femegerichtes" zur Tötung des der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz verdächtigsten SCHMÜCKER übergeben.)
- 10. 11. 1974 Attentat auf den Westberliner Kammergerichtspräsidenten von DRENKMANN durch eine sogenannte "RAF"-Kampfgruppe Westberlin.
- 27. 2. 1975 Entführung des Westberliner CDU-Vorsitzenden LORENZ (Die VIETT soll dabei Fahrerin des Entführungsfahrzeuges gewesen sein.)

179

BSiU
000180
3

Am 9. 9. 1975 wurde die VIETT zusammen mit Ralf REINDERS erneut festgenommen. Während ihrer Haftzeit trat sie im sogenannten "SCHMÜCKER-Prozess" als Zeugin auf. Die VIETT befürwortete den Mord an SCHMÜCKER und bedrohte dabei den mitangeklagten Hauptbelastungszeugen Jürgen BODEUX.

Am 7. Juli 1976 gelang der VIETT gemeinsam mit Monika BERBERICH, Juliane PLAMBECK und Gabriele ROLLNICK ein erneuter Ausbruch aus der Haftanstalt Westberlin-Moabit. Seitdem lebt die VIETT im Untergrund und bekleidet eine führende Stellung in der "Bewegung 2. Juni".

Von den gegnerischen Sicherheitsorganen wird die VIETT der Teilnahme an zahlreichen Terroranschlägen verdächtigt. Aufgrund angeblich beweiskräftiger Spurensicherung durch den Gegner soll sie aktiv an den Attentaten auf BUBACK, PONTO und SCHLEMYER beteiligt gewesen sein. Weiterhin hat sie angeblich die Entführung des österreichischen Industriellen PALMERS geleitet, der aufgrund einer Lösegeldzahlung von mehr als 4 Mio. DM nach 4 Tagen freigelassen wurde.

Die VIETT soll auch die gewaltsame Befreiung von Till MEYER im Mai 1978 aus der Untersuchungshaftanstalt Moabit geplant und organisiert haben.

Nach offiziellen und inoffiziellen bekanntgewordenen Informationen des Gegners soll die VIETT über umfangreiche Verbindungen in die Schweiz, nach Frankreich und zu einer "Operationsbasis" in Oberitalien verfügen, sowie zahlreiche internationale Kontakte unterhalten.

Letztmalig trat die VIETT im Juli 1980 in Erscheinung. Angeblich fuhr sie in einem Wagen hinter den kurz darauf tödlich verunglückten Anarchoterroristen Juliane PLAMBECK und Wolfgang BEER.

Die VIETT gehört neuesten inoffiziellen Informationen zufolge zu den führenden Mitgliedern der neuformierten "RAF".

1 Million DM Belohnung Dringend gesuchte Terroristen

Albrecht, Susanne
28.5.52
1,76 groß, besondere Merkmale:
wulstige Lippen, Sommersprossen

Krabbe, Friederike
21.11.50
1,72 groß

von Dyck, Elisabeth
11.10.50
1,69 groß

Maler-Witt, Silke
21.11.50
1,71 groß

Mohnhaupt, Brigitte Margret Ida
24.8.49
1,80 groß, besonderes Merkmal:
kurzschichtig, benötigt beim Autofahren
und bei Dunkelheit eine Brille

Plambeck, Juliane
16.7.52
1,70 groß

Vieth, Inge
12.1.44
1,55 groß, besondere Merkmale:
1 cm lange Haare am rechten Zungen-
lappen, kurze X-Bühne

Spittel, Angelika
12.2.52
1,64 groß, besonderes Merkmal:
diese Schrägstriche stehen
auffallend auseinander

Sternebeck, Sigrid
19.6.49
1,69 groß

Klar, Christian
20.5.52
1,82 groß, besonderes Merkmal:
deutlich sichtbarer Adamsapfel

Schulz, Adelheid
27.2.59
1,62 groß, besonderes Merkmal:
auf der rechten Wange 2 Muttermale

Heißler, Rolf Gerhard
2.8.48
1,75 groß, besondere Merkmale:
ebensgroße Wimpern (Muttermal)
haben dem linken Mundwinkel unter-
halb des rechten Schrägstrichs und
am rechten Nasenrücken ebenfalls
Muttermal

Wagner, Rolf Klemens
30.8.44
1,75 groß, besonderes Merkmal:
Brillenränder am linken Unterkiefer
etwa 3 cm lange Narbe

Stoll, Willy Peter
2.8.50
1,73 groß, besonderes Merkmal:
deutlich sichtbarer Adamsapfel

Lang, Jörg
14.9.49
1,70 groß

Neu in die Fahndung aufgenommen sind:

Helbing, Monika Brigitte
16.11.53
1,70 groß

Friedrich, Baptist-Ralf
30.11.46
1,81 groß, besonderes Merkmal:
am linken Stirn- und Wangenrand
langgroße Haarbüschelungen

Hofmann, Sieglinde
14.3.46
1,57 groß

Wisniewski, Stefan
8.4.53
1,85 groß

Boock, Peter
3.9.51
1,72 groß

Für Hinweise, die zur Ergreifung einer der gesuchten Personen führen, sind je 50 000 DM (insgesamt 1 Million DM) Belohnung ausgesetzt, die unter Ausschluß des Rechtsweges zuerkannt und verteilt werden. Sie sind nicht für Personen bestimmt, zu deren Berufspflichten die Verfolgung strafbarer Handlungen gehört.

Vorsicht Schußwaffen!

Hinweise, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt das Bundeskriminalamt, Abt. TE Bonn-Bad Godesberg, Tel. (022 21) 35 20 41, oder jede andere Polizeidienststelle entgegen.

Fahndungsplakat der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik lobte 1977 eine Million DM Belohnung für dringend gesuchte Terroristen aus, u.a. für Brigitte Mohnhaupt, Inge Vieth, Christian Klar, Adelheid Schulz. Die Plakate hingen in großer Anzahl an vielen öffentlichen Orten aus.

BArch, Plak 006-001-056, Grafiker: o. Ang., Datierung: 1974/1982 ca.

165
SLH 0570
ZMF IIII

Abteilung XXII/8
Berlin, 1. 4. 1981
fö-sche

BStU
000166

VSH gepr. am
18. Juni 1981 Kö.

ZPDB
OV "Stern I"

ERÖFFNUNGSBERICHT zum Operativ-Vorgang "Stern I" XV/2205/81

Der OV "Stern I" wird mit dem Ziel angelegt, Sicherheitsrisiken und Gefahren für die DDR und ihre Verbündeten, die sich aus den Aktivitäten einer terroristischen Gruppierung ergeben, einzuschränken bzw. zu verhindern.

Im OV "Stern I" wird die

✓ "Rote Armee Fraktion"

operativ bearbeitet.
Bisher ist zu dieser Gruppierung bekannt:

Nach dem Scheitern der von linksradikalen Studenten und Intellektuellen getragenen "Außenparlamentarischen Opposition" (APO) Ende der 60er Jahre bildete sich unter der Führung von Horst MAHLER, Ulrike MEINHOF und Andreas BAADER aus Anhängern der APO in der BRD und WB eine Gruppe, die den illegalen bewaffneten Kampf gegen das kapitalistische System propagierte und anwandte. Mitglieder des Kerns dieser Gruppierung ließen sich in palästinensischen Ausbildungslagern in Jordanien militärisch schulen und organisierten nach ihrer Rückkehr 1970 in der BRD und Westberlin Terrorakte, die ständig größere Ausmaße annahmen. Zu nennen sind insbesondere:

- Aktionen zur Beschaffung von Geld durch Überfälle auf Banken und Geldtransporte;
- Aktionen zur Beschaffung von Waffen und Munition durch Kauf, Einbruch und Überfall;
- Aktionen zur Beschaffung von Hilfsmitteln (wie Reisepässe, Ausweise, Stempel usw.) durch Einbruch und Diebstahl;
- Aktionen zur eigenen Absicherung und "bewaffneten Propaganda", wie Entführung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens;
- Aktionen zur bewaffneten Demonstration und "Einleitung von Bewußtseinsprozessen", wie Bombenanschläge gegen den Springer-Verlag, gegen amerikanische Truppen, gegen die Justiz und Exekutive sowie Liquidierung von Repräsentanten des kapitalistischen Systems in der BRD (Buback, Ponto, Schleyer).

Eröffnungsbericht zum Operativ-Vorgang „Stern I“ zur Überwachung von RAF-Mitgliedern, 01.04.1981

BArch, MfS, HA XXII, Nr. 19309, Bl. 166

166

BSU
000167
2

Noch während der "ersten Phase" der "RAF" 1970 bis 1972 gelang es den Sicherheitsorganen der BRD, mit großangelegten Fahndungsaktionen nahezu alle Beteiligten aufzuspüren, festzunehmen und zum Teil zu hohen Freiheitsstrafen zu verurteilen.

1972 galt die ursprüngliche "Baader-Meinhof-Gruppe" als zerschlagen.

In der Folgezeit wurde jedoch immer wieder versucht, die "RAF" neu zu organisieren und ihre terroristische Tätigkeit zu reaktivieren bzw. Nachfolgeorganisationen oder neue Gruppen zu bilden, die nach dem "Stadt-Guerilla"-Konzept der "Roten Armee Fraktion" handeln.

Die inhaftierten Führungskräfte der "RAF" versuchen, insbesondere über sympathisierende Rechtsanwälte, weiterhin die Terroraktionen und logistischen Aktivitäten der Nachfolgegruppen zu steuern und konzeptionell zu beeinflussen. Aus dem Kreis der Sympathisanten und Unterstützern, die vor allem in der "Spontiszene", Knasthilfegruppen und "Rote-Hilfe"-Organisationen aktiv waren, wurde ständig das Potential der "RAF" neu aufgefüllt. Mit dem Aktivwerden neuer, junger Kräfte, die ihre Legalität aufgaben und sich "RAF"-Kommandogruppen anschlossen, wurde eine Intensivierung der Aktionen sichtbar.

Als führende Kraft der "RAF"-Nachfolgeorganisation wurde der Rechtsanwalt Siegfried HAAG bekannt, der im November 1976 in der BRD festgenommen wurde.

Nach dem Scheitern der mit der Tötung von SCHLEYER verbundenen Flugzeugentführung nach Mogadischu und dem Tod von BAADER, ENSSLIN, RASPE und MEINHOF in der Haftanstalt Stammheim sowie der Lossagung MAHLER's vom Terrorismus, schätzten gegnerische Sicherheitsorgane ein, daß sich die "RAF" im Stadium einer Neukonsolidierung befindet.

Aktuelle Erkenntnisse besagen, daß nach dem Zusammenschluß mit der "Bewegung 2. Juni" im Jahr 1980 nachfolgend genannte Personen feste Mitglieder der neu formierten "RAF" sind:

✓ *KLAR*, Christian
geb. am: 20. 5. 1952 in Freiburg/Breisgau
Staatsangeh.: BRD

✓ *VIETI*, Inge
geb. am: 12. 1. 1944 in Sternwarde
Staatsangeh.: BRD

✓ *BÄCK*, Henning
geb. am: 30. 9. 1958 in Hamburg
Staatsangeh.: BRD

167

BSU
3000168

✓ *POHL*, Helmut
geb. am: 14. 9. 1948 in Marienbad
Staatsangeh.: BRD

✓ *SCHULZ*, Adelheid
geb. am: 31. 3. 1955 in Lörrach
Staatsangeh.: BRD

Nach vorliegenden Angaben sind gegenwärtig die Hauptziele der "RAF":

- Der Hauptfeind ist der USA-Imperialismus und seine Handlanger und Interessenvertreter in der BRD.
- Die Hauptmethode der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus ist der bewaffnete Kampf, wobei auch legale politische Aktivitäten angestrebt werden.
- Zielobjekte sind vor allem Einrichtungen und Personen des USA-Militärapparates in der BRD sowie deren Helfer aus der BRD.

Im Rahmen der Reisetätigkeit der Gruppe wurden auch die Territorien der DDR und anderer sozialistischer Staaten berührt. Dabei wurden ver- bzw. gefälschte Reisepässe verwendet und somit der § 213, Abs. 1 und 3 StGB verletzt.

[Signature]
Vokgt
Major

[Signature]
Zaumseil
Oberleutnant

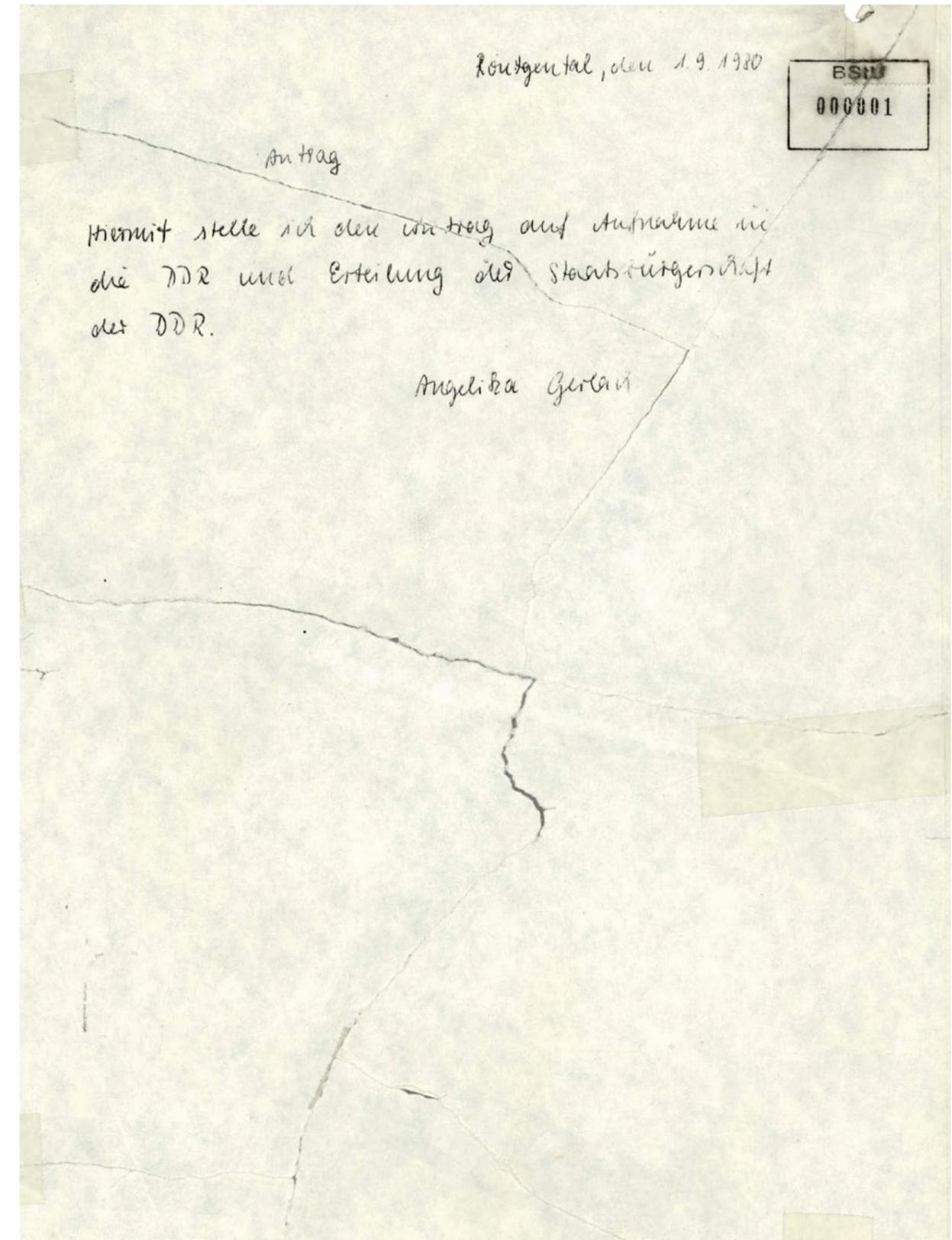
Projekt Übersiedlung

Im Mai 1978 wurde Inge Viett, Mitglied der linksterroristischen Bewegung 2. Juni, an einem Grenzübergang von West-Berlin nach Ost-Berlin angehalten. Vermutlich war sie an der kurz zuvor erfolgten Befreiung ihres Gesinnungsgenossen Till Meyer aus der Haftanstalt Berlin-Moabit beteiligt gewesen. Jedenfalls reiste sie in seiner Begleitung. Der Leiter der Abteilung XXII des MfS („Terrorabwehr“), Harry Dahl, wurde zum Gespräch an der Grenze hinzugerufen. Viett und Dahl vereinbarten dabei freies Geleit für die Linksterroristen nach Anschlägen in der Bundesrepublik bzw. West-Berlin.

Als Inge Viett zwei Jahre später, nach Auflösung der Bewegung 2. Juni, Mitglied der RAF wurde, brachte sie ihre guten Kontakte zur Staatssicherheit mit ein. So wurde diese zum Gesprächspartner, als die Gruppe nach einem Aufnahmeland für acht Mitglieder suchte, die den „bewaffneten Kampf“ beenden und aussteigen wollten. Das MfS machte der RAF dann das überraschende Angebot, diese in die DDR aufzunehmen. Die Stasi verbarg die im Westen dringend gesuchten Ex-Terroristen tatsächlich aktiv vor der bundesdeutschen Fahndung und ermöglichte ihnen mit Hilfe neuer Identitäten ein Leben ohne polizeilichen Verfolgungsdruck in der DDR. Die „Neubürger“ mit frischem Namen und neuen Lebensläufen wurden in „operativen Personenkontrollen“ (OPK) „bearbeitet“, also beobachtet und kontrolliert, sowie später auch als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) angeworben. Henning Beer sollte 1982 und Inge Viett 1983 folgen, sodass insgesamt 10 ausgestiegene RAF-Terroristen in der DDR untertauchen konnten.

Die Dokumente zu Silke Maier-Witt, Monika Helbing und Susanne Albrecht zeigen die Details ihrer „Legenden“, der frei erfundenen Versionen ihrer Lebensläufe. Die ausgestiegenen Terroristen sollten sich eine Biografie ausdenken, die keine Rückschlüsse auf ihre eigentliche Identität zuließ. Zur Legende gehörte dann meist, dass die Eltern verstorben waren und sie häufig den Wohnort gewechselt hätten. Auf diese Weise wäre es nur schwer möglich gewesen, ihre Angaben zu überprüfen, falls sie im Westen bekannt werden sollten.

Der Legende zufolge stammten sie aber dennoch auch aus dem Westen, weil alles andere für die neuen Kollegen und Nachbarn in der DDR kaum überzeugend gewirkt hätte. Als Grund für den Wechsel in die DDR wurden politische und persönliche Motive angeführt. Um sicherzustellen, dass die Legenden „funktionierten“ und niemand Verdacht schöpfte, wurden die Ex-Terroristen auf vielfältige Art und Weise überwacht: Durch IM in ihrem Umfeld, aber auch durch die Volkspolizisten im Wohngebiet oder Vorgesetzte, die im Rahmen der offiziellen Zusammenarbeit von staatlichen Stellen mit der Staatssicherheit Informationen über sie lieferten, ohne zu wissen, um wen es sich in Wirklichkeit handelte.



Antrag von „Angelika Gerlach“ (Silke Maier-Witt) auf Staatsbürgerschaft der DDR, 01.09.1980

Die Unterlage wurde von der Stasi zerrissen und in der manuellen Rekonstruktion im Stasi-Unterlagen-Archiv wieder zusammengesetzt.
BArch, MfS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 1



Zentrales Aufnahmeheim Röntgental, um 1989

Die RAF-Terroristen durchliefen nur pro forma ein Aufnahmeverfahren. Die Mitarbeiter der HA XXII versäumten dabei aber nicht, den Aussteigern die Gegebenheiten vor Ort zu zeigen, damit sie darüber – im Fall der Fälle – glaubwürdig berichten konnten.

BArch, MfS, HA VII, Nr. 4549, Bild 5

Silke Maier-Witt

Die mutmaßliche RAF-Terroristin auf einem Fahndungsfoto des Bundeskriminalamts vom 8. Dezember 1977.

© dpa-Bildarchiv

BSTU
000002 15

Lebenslauf

Ich wurde am 14. April 1950 als Tochter des Postamtmanns Horst Gerlach, geboren am 2.11.1918 in Stuttgart, und seiner Frau, der Sekretärin Gerlinde Gerlach, geb. Nerten, geboren am 8.9.1920 in Aachen, in Den Haag, Niederlande, geboren.

Ich bin das zweite Kind meiner Eltern. Mein Bruder, Klaus Gerlach, geboren am 12.3.1940 in Hamburg, starb am 4.12.1944 an Typhus.

Meine Eltern sind beide tot. Meine Mutter starb am 28.4.1961 an einem Gehirntumor, mein Vater kam am 25.11.1975 bei einem Autounfall ums Leben.

Bis zum Tode meiner Mutter lebte ich mit meinen Eltern in Hamburg, wo ich auch zur Schule ging. vom 2. bis zum 6. Lebensjahr besuchte ich einen Halbtagskindergarten, von Ostern 1956 bis Juli 1958 die Volksschule am Misseseedeck, Hamburg 65, bis Ostern 1960 dann die Volksschule am Krotbuskamp, Hamburg 60. Nach bestandener Prüfung ging ich bis Mai 1961 auf das Gymnasium Helene-Lange-Schule in Hamburg.

Nach dem Tode meiner Mutter, im Mai 1961, verzogen wir nach Stuttgart, wo ich bis zum Abitur im März 1969 das naturwissenschaftlich-neusprachliche Karls-Gymnasium besuchte.

Fiktiver Lebenslauf von „Angelika Gerlach“ (Silke Maier-Witt), 08.10.1980

BArch, MfS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 2

-2-

BSIU
000003

16

Meine Empörung über den Vernichtungskrieg der USA gegen das vietnamesische Volk führte dazu, daß ich mich an der sich dagegen entwickelnden Protestbewegung beteiligte und versuchte, breitere Teile der Bevölkerung der BRD über den menschenverachtenden Charakter des imperialistischen Staates zu informieren und zum gemeinsamen Handeln dagegen zu agitieren.

Meinen Lebensunterhalt bestritt ich in dieser Zeit mit Aushilfsarbeiten in Fabriken und Büros, als Verkäuferin usw.

Da ich glaubte, mit dem Beruf des Arztes meine politischen und beruflichen Vorstellungen verbinden zu können, bewarb ich mich 1972 um einen Studienplatz für Medizin und machte ein vorbereitendes, 5-monatiges Praktikum in der neurologischen Privatklinik Dr. Schaller, in Herrenberg, Schwarzwald. In dieser Klinik wurde ich als Krankenpflegerin eingesetzt.

Aufgrund der bestehenden Zulassungsbeschränkungen für Medizin erhielt ich keinen Studienplatz, studierte aber dennoch drei Semester lang Medizin an der Universität Heidelberg.

Wegen der fehlenden Zulassung und aufgrund der Erfahrung, daß auch die Medizin im Imperialismus gegen die Menschen eingesetzt wird,

-3-

BSIU
000004

17

gab ich 1974 mein Ziel, Ärztin zu werden, auf.

Ich setzte mich für die Unterstützung der revolutionären Befreiungsbewegungen ein, und bemühte mich, über ihren Kampf und über die Bekämpfungsmöglichkeiten der imperialistischen Staaten Informationen zu verbreiten.

Neben der politischen Arbeit verdiente ich weiterhin mein Geld durch gelegentliche Arbeit in Fabriken, Büros usw.

Im den Jahren 74/75 versuchte ich im Rahmen eines sozialpsychologischen Projekts für sozial gefährdete Jugendliche noch einmal, berufliche Arbeit und politische Arbeit zu verbinden. Ich erkannte aber, daß gesellschaftliche Veränderung auf diesem Wege nicht zu erreichen ist, daß Veränderung nur im Angriff gegen das imperialistische System möglich ist.

Da ich in der BRD keine Möglichkeit sah, mich auch nicht in diesen Staat integrieren wollte, entschloß ich mich schließlich, die BRD zu verlassen und in einem befreiten Land den Aufbau des Sozialismus zu unterstützen. Daraufhin fing ich an, mir im Selbststudium, mit begrenzter praktischer Ausbildung, Grundlagen der Labordiagnostik mit Schwerpunkt Parasitologie und Grundkenntnisse der Tropenkrankheiten anzueignen.

- 4 -

BSIU
000005

In der genannten Auseinandersetzung mit dem schwierigen Kampf der befreiten Länder um den Aufbau eines sozialistischen Staates wurde mir die Bedeutung der sozialistischen Staaten, vor allem der UdSSR, für die Existenz dieser befreiten Länder bewusst, und mein Interesse für die Geschichte dieser Staaten wurde geweckt.

Der erfolgreiche Kampf, den die DDR schon seit 30 Jahren um den Aufbau des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden, gegen alle Angriffe des Imperialismus führt, ihre eindeutige Haltung an der Seite der revolutionären Bewegungen und befreiten Länder, beeindruckten mich.

Das alles führte zu dem Entschluß, um die Aufnahme als Staatsbürger der DDR zu bitten, um mich auf diese Weise am Kampf für den Frieden, für den Aufbau des Sozialismus gegen den Imperialismus zu beteiligen.

Berlin, den 8.10.1980 Angelika Gerlach

BSIU
000008

Lebenslauf

Am 28. 10. 1953 wurde ich als Tochter des Elektrikers Erich Köhler und der Friseurin Gerda Köhler geb. Frey in Brüssel geboren. Mein Vater wurde am 31. 5. 1926 in München geboren, er ist am 4. 9. 1970 in Stuttgart gestorben. Meine Mutter wurde am 2. 11. 1927 in Stuttgart geboren, sie ist am 20. 7. 1978 in Stuttgart gestorben.

Ich bin bei meiner Großmutter Frieda Frey in Stuttgart aufgewachsen. 1960 kam ich in die Grundschule, 1964 habe ich die Aufnahmeprüfung fürs Gymnasium gemacht. Von 1964-1974 besuchte ich das Eduard-Prörke-Gymnasium in Stuttgart, an dem ich im Sommer 1974 Abitur gemacht habe.

Als Schülerin bin ich 1969 mit der Studentenbewegung in Berührung gekommen und habe mich mit den Forderungen der Studenten für bessere Studienbedingungen solidarisiert. Ich habe an verschiedenen Arbeitskreisen, die von Studenten organisiert waren, teilgenommen, in denen über eine Kritik an einzelnen Bereichen des kapitalistischen Systems: Schule und Universität eine Kritik am gesamten kapitalistischen System entwickelt wurde.

BSU
000009

In dieser Zeit habe ich an Demonstrationen und Protestveranstaltungen gegen die NPD und gegen den Krieg der USA in Vietnam teilgenommen. Seit 1973 habe ich in einer Frauengruppe für die Abschaffung des Abtreibungsverbot, die Abschaffung des § 218 gearbeitet.

Weil ich in all diesen politischen Aktivitäten keine Möglichkeit für eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD gesehen habe, habe ich mich entschlossen, nach dem Abitur, im Herbst 1974 nach Frankreich zu gehen.

Dort habe ich in Paris bei einer französischen Familie im Haushalt gearbeitet und 2 Kinder betreut. Gleichzeitig habe ich an der Academie Française Französisch gelernt. Ich war nach Frankreich gekommen, weil ich gut fand, daß Frankreich keine faschistische Vergangenheit hat, und weil es dort eine Widerstandsbewegung gegen die Nazis gegeben hatte. Während meines Aufenthaltes ist mir aber über Fernsehen, Zeitungen und Bücher klar geworden, daß Frankreich genau wie die BRD ein imperialistisches Land ist, und in der Fortsetzung seiner Tradition als Kolonialmacht eine aggressive Politik

BSU
000010

gegen die Länder der 3. Welt betreibt.

Im Herbst 1976 bin ich in die BRD zurückgekehrt, um eine Ausbildung als Krankenschwester zu machen. Weil die nächsten Ausbildungskurse aber erst im Frühjahr 1977 begonnen haben, habe ich zunächst ein halbes Jahr als Praktikantin im Krankenhaus gearbeitet. Dabei habe ich Grundkenntnisse in innerer Medizin, Chirurgie, Orthopädie und Gynäkologie erworben.

Ich habe die Ausbildung zur Krankenschwester nicht angefangen, weil das Integration in ein Gesundheitswesen bedeutet hätte, dessen oberstes Kriterium nicht die Gesundheit der Menschen, sondern reine Dienstbarkeit fürs Kapital ist.

Um meinen Lebensunterhalt zu bestreiten, habe ich seit Juni 1977 in Frankfurt verschiedene Teilzeitbeschäftigungen ausgeübt: als Kellnerin, Putzfrau und Betreuerin von alten, an Krebs erkrankten Menschen, wobei ich meine praktischen Fähigkeiten in Altenpflege vertieft habe.

4 - 9 -

ES
000011

Ich habe mich schon seit längerer Zeit mit dem Kampf der befreiten Länder in der 3. Welt beschäftigt, und nach Möglichkeiten gesucht, diesen Kampf zu unterstützen.

Weil ich mein berufliches Ziel als Krankenschwester zu arbeiten in einem sozialistischen Land verwirklichen will, und weil ich in einem Land leben will, das auf der Seite der befreiten Länder und Befreiungsbewegungen der 3. Welt gegen den Imperialismus kämpft, habe ich mich entschlossen, in die DDR zu gehen.

Berlin, den 9. 10. 80

Elke Köhler

VPKA Eisenhüttenstadt
ABV - Abschnitt 10

-, d. 30. 01. 84 16

BS: 1
000016

E - Bericht
=====

zur Person Winter, Elke, geb. am 28.10.1953,
wohnhaft in Eisenhüttenstadt, G-Walter-Str. 40

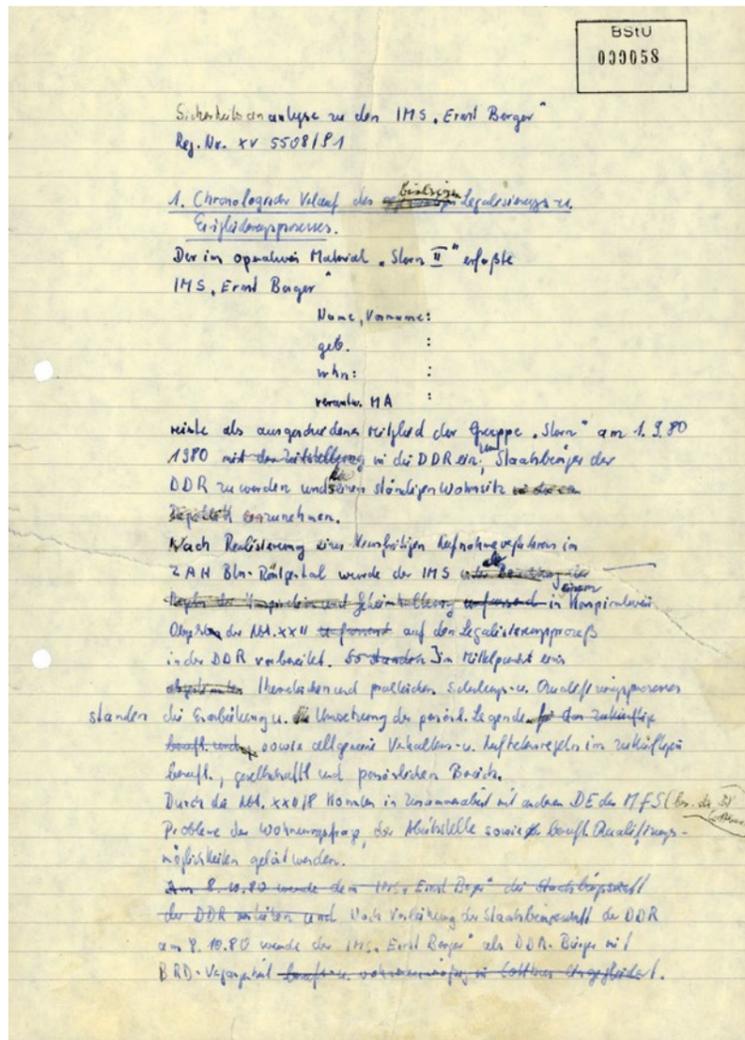
Die o.g. Bürgerin ist verheiratet und hat mit ihrem Ehemann ein Kind [REDACTED]

Sie lebt mit ihrer Familie in geordneten familiären und sozialen Verhältnissen. In der Hausgemeinschaft wird sie als freundlich und höflich eingeschätzt, jedoch in ihrem Verhalten zu den anderen Hausbewohnern auch als etwas zurückhaltend. Ihren Pflichten als Hausbewohner kommt die Familie Winter nach. In der Hausgemeinschaft hat die o.g. Bürgerin einen guten Leumund. In politischer Hinsicht trat sie bisher nicht negativ in Erscheinung. Jedoch ist bisher auch keine gesellschaftliche Mitarbeit irgendwelcher Art zu verzeichnen. Sie verhält unserem Staat gegenüber loyal. Verbindungen in die BRD, andere kapital. Staaten, oder nach Berlin-West, oder zu hier arbeitenden ausländischen Staatsbürgern sind bisher nicht bekannt geworden. Auch keine Anzeichen dafür. Soweit bekannt, arbeitet die o.g. Bürgerin als Krankenschwester im Krankenhaus Eisenhüttenstadt. Ihren Äußerungen nach ist sie in der Vergangenheit wöchentlich ein Mal nach Frankfurt/Oder zur beruflichen Qualifizierung gefahren. Ihr Ehemann arbeitet als Arzt am Krankenhaus Eisenhüttenstadt. Er hat ebenfalls einen guten Leumund in der Hausgemeinschaft und tritt in politischer Hinsicht nicht negativ in Erscheinung.

Lepel
Oltm. der VP

Bericht eines Abschnittsbevollmächtigten über die RAF-Terroristin Monika Helbing („Elke Winter“), 30.01.1984

Bei diesem Bericht handelt es sich um eine routinemäßige Überprüfung von Bürgern in der DDR. Weder die Polizei noch der Empfänger des Berichts dürften von der wahren Identität „Elke Winters“ gewusst haben.



Sicherheitsanalyse zu den IMS „Ernst Berger“ Reg. Nr. XV 5508/81

1. Chronologischer Verlauf der [durchgestrichen:
gegenwärtigen] bisherigen Legalisierungs- u.
Eingliederungsprozesses.

Der im operativen Material „Stern II“ erfaßte
IMS „Ernst Berger“

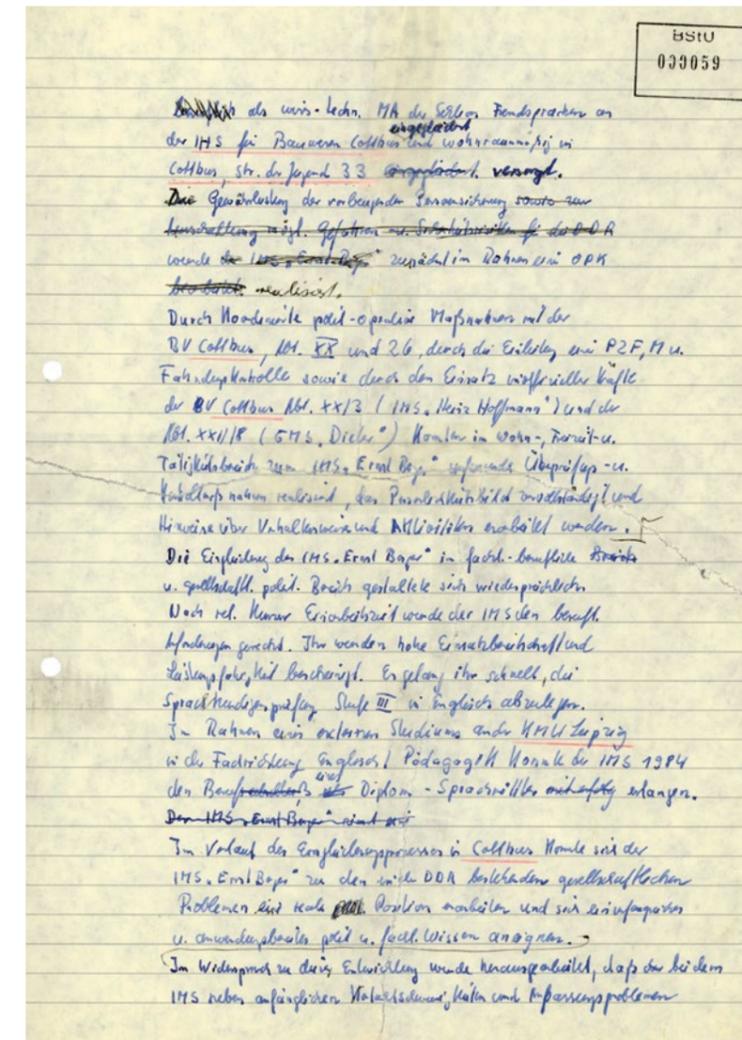
Name, Vorname:
geb.:
whn.:
verantw. MA:

reiste als ausgeschiedenes Mitglied der Gruppe „Stern“
am 1.9.80 1980 [durchgestrichen: mit der Zielstellung]
in die DDR ein, um Staatsbürger der DDR zu werden
und seinen ständigen Wohnsitz [durchgestrichen:
Republik] einzunehmen.

Nach Realisierung eines kurzfristigen Aufnahmeverfahrens
im ZAH Bln-Röntgental wurde der IMS [durchgestrichen:
unter Berücksichtigung der Regeln der Konspiration und
Geheimhaltung umfassend] in einem konspirativen
Objekten der Abt. XXII [durchgestrichen: umfassend] auf
den Legalisierungsprozeß in der DDR vorbereitet. [durchgestrichen:
So standen] Im Mittelpunkt eins [durchgestrichen:
abgestimmten] theoretischen und praktischen Schulungs- u.
Qualifizierungsprozesses standen die Erarbeitung u. [durchgestrichen:
die] Umsetzung der persönl. Legende [durchgestrichen:
für das zukünftige berufl. und], sowie allgemeine Verhaltens- u.
Auftrittsregeln im zukünftigen berufl., gesellschaftl. und
persönl. Bereich.

Durch die Abt. XXII/8 konnten in Zusammenarbeit mit
anderen DE des MfS (bes. der BV Cottbus) Probleme der
Wohnungsanfrage, der Arbeitsstelle sowie [durchgestrichen:
der] berufl. Qualifizierungsmöglichkeiten gelöst werden.

[durchgestrichen: Am 8.10.80 wurde dem IMS „Ernst
Berger“ die Staatsbürgerschaft der DDR verliehen und] Nach
Verleihung der Staatsbürgerschaft der DDR am 8.10.80 wurde
der IMS „Ernst Berger“ als DDR-Bürger mit BRD-Vergangenheit
[durchgestrichen: berufs- u. wohnungsmäßig in Cottbus
eingegliedert].



[durchgestrichen: beruflich] als wiss.-techn. MA der
Sektion Fremdsprachen an der IHS für Bauwesen
Cottbus eingegliedert und wohnungsmäßig in Cottbus,
Str. der Jugend 33 [durchgestrichen: eingegliedert.]
versorgt.

Die Gewährleistung der vorbeugenden Personensiche-
rung [durchgestrichen: sowie zur Ausschaltung mögl.
Gefahren- u. Sicherheitsrisiken für die DDR] wurde
[durchgestrichen: der IMS „Ernst Berger“] zunächst
im Rahmen eine OPK [durchgestrichen: bearbeitet.]
realisiert.

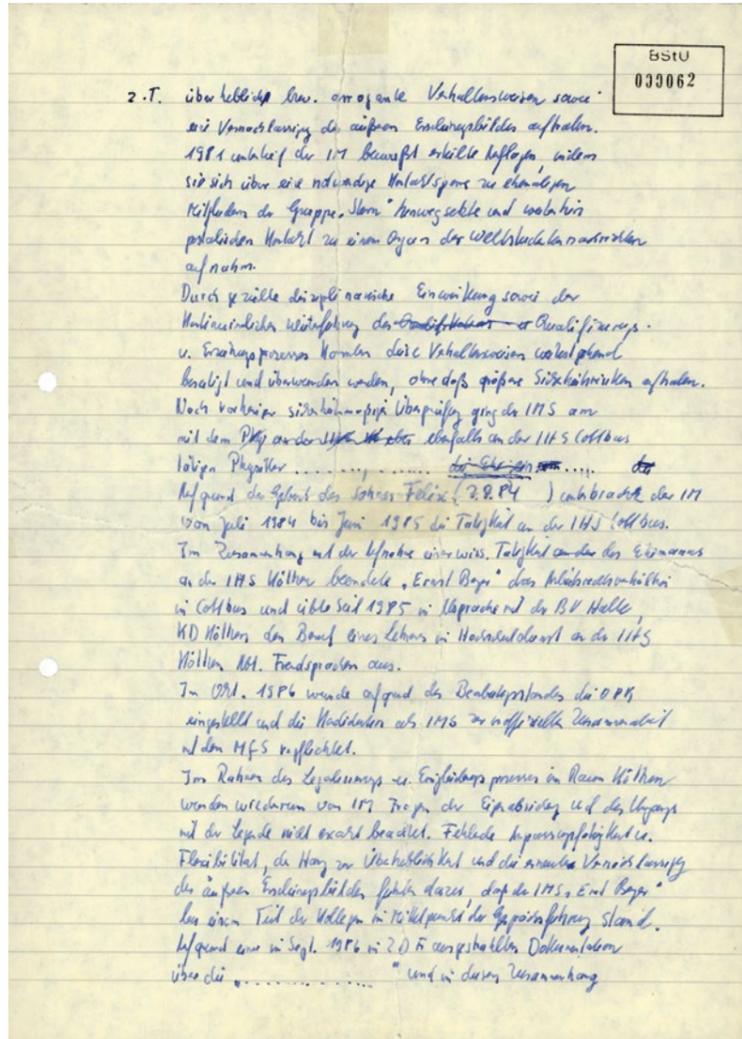
Durch koordinierte polit-operative Maßnahmen mit der
BV Cottbus, Abt. XX und 26, durch die Einleitung eine
PZF, M u. Fahndungskontrolle sowie durch den Einsatz
inoffizieller Kräfte der BV Cottbus Abt. XX/3 (IMS
„Heinz Hoffmann“) und der Abt. XXII/8 (GMS „Dieter“) konnten
im Wohn-, Freizeit- u. Tätigkeitsbereich zum IMS „Ernst Berger“
umfassende Überprüfungs- u. Verhaltensmaßnahmen
realisiert, das Persönlichkeitsbild vervollständigt und
Hinweise über Verhaltensweise und Aktivitäten erarbeitet
werden.

Die Eingliederung des IMS „Ernst Berger“ in fachl.-
berufl. [durchgestrichen Bereich] u. gesellschaftl. polit. Bereich
gestaltete sich widersprüchlich. Nach rel. kurzer Einarbeitszeit
wurde der IMS den berufl. Anforderungen gerecht. Ihr wurden
hohe Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit bescheinigt.
Es gelang ihr schnell, die Sprachkundigenprüfung Stufe III
in Englisch abzulegen.

Im Rahmen eines externen Studiums an der KMU Leipzig
in der Fachrichtung Englisch / Pädagogik konnte der IMS
1984 den Beruf [durchgestrichen: sabschluß] eines
Diplom-Sprachmittler [durchgestrichen: mit erfolg] erlangen.
[durchgestrichen: Der IMS „Ernst Berger“ nimmt eine]

Im Verlauf des Eingliederungsprozesses in Cottbus
konnte sich der IMS „Ernst Berger“ zu den in der DDR
bestehenden gesellschaftlichen Problemen eine reale
[durchgestrichen: polit] Position erarbeiten und sich ein
umfangreiches u. anwendungsbereites polit u. fachl. Wissen
aneignen.

Im Widerspruch zu dieser Entwicklung wurde
herausgearbeitet, daß [durchgestrichen: der] bei dem
IMS neben anfänglichen Verhaltensschwierigkeiten und
Anpassungsproblemen



z.T. überhebliche bzw. arrogante Verhaltensweisen sowie eine Vernachlässigung des äußeren Erscheinungsbildes auftraten. 1981 unterließ der IM bewußt erteilte Auflagen, indem sie sich über eine notwendige Kontaktsperre zu ehemaligen Mitgliedern der Gruppe „Stern“ hinwegsetzte und weiterhin postalischen Kontakt zu einem Organ der Weltstudentennachrichten aufnahm.

Durch gezielte disziplinarische Einwirkung sowie der kontinuierlichen Weiterführung des [durchgestrichen: Qualifikations- u] Qualifizierungs- u. Erziehungsprozesses konnten die Verhaltensweisen weitestgehend beseitigt und überwunden werden, ohne daß größere Sicherheitsrisiken auftraten. Nach vorheriger sicherheitsmäßiger Überprüfung ging der IMS am mit dem [durchgestrichen: unleserlich] ebenfalls an der IHS Cottbus tätigen Physiker [durchgestrichen: die] Ehe ein]..... [durchgestrichen: die] Auf Grund der Geburt des Sohnes Felix (3.8.84) unterbracht der IM von Juli 1984 bis Juni 1985 die Tätigkeit an der IHS Cottbus. Im Zusammenhang mit der Aufnahme einer wiss. Tätigkeit [durchgestrichen an der] des Ehemanns an der IHS Köthen beendete „Ernst Berger“ das Arbeitsverhältnis in Cottbus und übte seit 1985 in Absprache mit der BV Halle, KD Köthen den Beruf eines Lehrers im Hochschuldienst an der IHS Köthen Abt. Fremdsprachen aus.

Im Okt. 1986 wurde aufgrund des Beobachtungsstandes die OPK eingestellt und die Kandidaten als IMS zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit den MfS verpflichtet.

Im Rahmen des Legalisierungs- u. Eingliederungsprozesses im Raum Köthen wurden wiederum vom IM Fragen der Eigenabsicherung und des Umgangs

mit der Legende nicht exakt beachtet. Fehlende Anpassungsfähigkeit u. Flexibilität, der Hang zur Überheblichkeit und die erneute Vernachlässigung des äußeren Erscheinungsbildes führten dazu, daß der IMS „Ernst Berger“ bei einem Teil der Kollegen im Mittelpunkt der Gesprächsführung stand. Aufgrund einer im Sept. 1986 in ZDF ausgestrahlten Dokumentation über die „.....“ und in diesen Zusammenhang



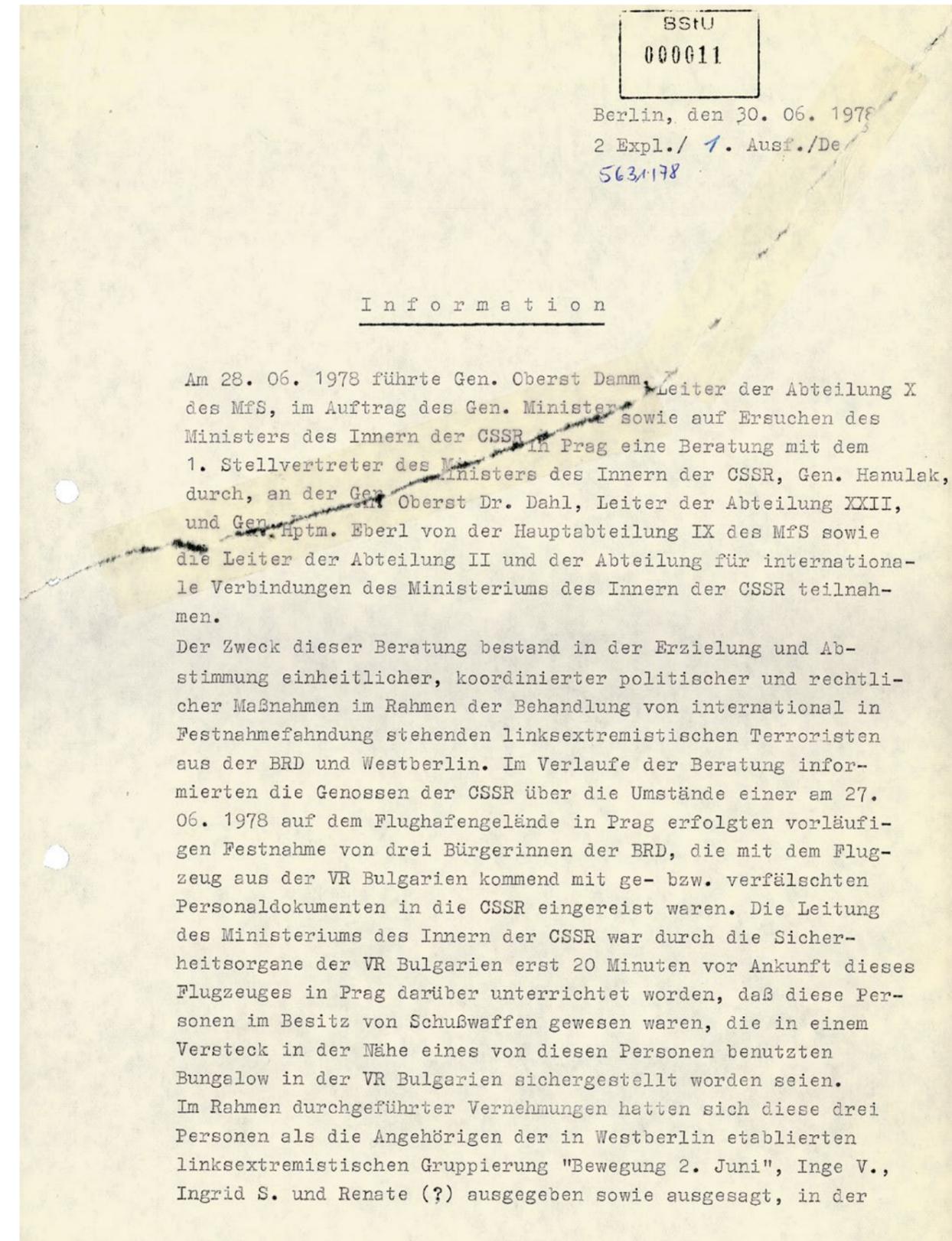
Unterstützung

Anfang der achtziger Jahre wurden die Kontakte zwischen den Terroristen und der Staatssicherheit enger. Die zunächst problemlose Aufnahme der RAF-Aussteiger nährte die Hoffnung beider Seiten auf stärkere wechselseitige Unterstützung. Schon zuvor hatte die Staatssicherheit zum Beispiel 1978 für die Freilassung von Terroristen gesorgt, als diese nach der Befreiung des inhaftierten Terroristen Till Meyer in West-Berlin auf der Flucht in Osteuropa festgenommen worden waren. Mehrfach ließ das MfS dabei auch die bundesdeutsche Fahndung ins Leere laufen, indem sie „falsche Fährten“ legte. Eine „Information“ hält die konkreten Umstände fest, unter denen die Staatssicherheit drei Terroristinnen, die in der ČSSR festgesetzt waren, in ihre Obhut übernahm.

In einer weiteren „Information“ vom Mai 1979 stellt das MfS umfassend die „Aktivitäten von Vertretern der palästinensischen Befreiungsbewegung in Verbindung mit internationalen Terroristen zur Einbeziehung der DDR bei der Vorbereitung von Gewaltakten in Ländern Westeuropas“ zusammen. Im hier abgebildeten Ausschnitt des Dokumentes werden die Verbindungen zwischen Linksterroristen aus der Bundesrepublik, die im Jargon der Stasi nun „anarcho-terroristische Kräfte“ heißen und palästinensischen Gruppierungen deutlich. Erkennbar ist auch, dass die DDR für diese Gruppierungen als hilfreiches Hinterland fungierte und deren Aktivitäten zumindest duldete.

In der ersten Hälfte der 80er Jahre gewährten die Offiziere der MfS-Abteilung XXII („Terrorabwehr“) sogar aktiven RAF-Mitgliedern Unterschlupf im „Objekt 74“. Hierbei handelte es sich um eine konspirative Unterkunft bei Briesen, auf halbem Wege zwischen Ost-Berlin und Frankfurt/Oder. In dem rustikalen ehemaligen Forsthaus kamen nun zwei bis drei Mal jährlich die selbsternannte „revolutionäre Avantgarde“ aus der Bundesrepublik unter, die RAF. Neben politischen Diskussionen wurden die aktiven Terroristen sogar auf einem nahe gelegenen Schießplatz im Umgang mit einer Panzerfaust trainiert. Mit der gleichen Waffe verübte die RAF 1981 auch ihren Anschlag auf den NATO-General Frederick Kroesen, der leicht verletzt überlebte. Ob die Schießübung vor oder nach dem Anschlag stattfand, konnte vor Gericht nie geklärt werden.

Im Stasi-Unterlagen-Archiv befinden sich so gut wie keine Dokumente, die Aufenthalte der aktiven RAF-Terroristen im „Objekt 74“ belegen. Die Vorgangsakte zu diesem Objekt hat allerdings ein Vorblatt, das die Besuche im „Forsthaus“ einzeln auflistet, wenn auch nur unter Verwendung der Decknamen von IM und Operativen Vorgängen. Zudem gibt es Skizzen vom Objekt und etliche Fotos, von denen nicht klar ist, wann genau und warum sie aufgenommen wurden.



Information über Freilassung der Personen Viett, Siepmann, Nikolai in der ČSSR auf Initiative der Stasi, 30.06.1978

Die Unterlage wurde von der Stasi zerrissen und in der manuellen Rekonstruktion im Stasi-Unterlagen-Archiv wieder zusammengesetzt.
BArch, MfS, HA XXII, Nr. 19188, Bl. 11

- 2 -

BStU
000012

Vergangenheit an mehreren terroristischen Gewaltakten beteiligt gewesen zu sein, u. a. am 27. 05. 1978 an der gewaltsamen Befreiung von Till M. aus der Haftanstalt in Westberlin-Moabit, und sich zuletzt mit T. M. sowie weiteren Mitgliedern dieser Gruppierung in der VR Bulgarien aufgehalten zu haben. Über die Umstände der am 22. 06. 1978 in der VR Bulgarien erfolgten Festnahme von Till M., Gabriele R., Gudrun S. und Angelika G. erlangten sie keine konkrete Kenntnis, da sie sich zeitweilig getrennt hatten. Trotz der den bulgarischen Sicherheitsorganen konkret bekannt gewesenen Tatsache, daß sie mit zur Gruppe um T. M. gehörten, seien sie nicht ebenfalls festgenommen bzw. dazu vernommen worden.

Aus Sicherheitsgründen hatten sie sich jedoch entschlossen, die VR Bulgarien zu verlassen. Zum Zwecke der Feststellung bzw. Bestätigung ihrer Identität hatten Inge V. und Ingrid S. unabhängig voneinander die Genossen der CSSR gebeten, sich mit den Genossen des MfS in Verbindung zu setzen, zu denen sie in der Vergangenheit bereits Kontakt hatten.

Im Ergebnis der Beratung wurde ausgehend von der übereinstimmenden Position der Leitung des Ministeriums des Innern der CSSR sowie des MfS aus politischen Gründen auf keinen Fall eine Auslieferung dieser Personen an die BRD vorzunehmen, die Festlegung getroffen, die drei genannten Personen dem MfS zu übergeben. Dafür wurde als offizieller Anlaß genutzt, daß diese Personen bereits am 27. 05. 1978 mit gefälschten Personaldokumenten von Westberlin durch die DDR in die CSSR eingereist waren und daß deshalb eine Zurückweisung der Personen in die DDR erfolgt.

Gen. Hanulak gab die Zusicherung, daß die Sicherheitsorgane der VR Bulgarien über den Verbleib dieser drei Personen keine Kenntnis erhalten. Wie er äußerte, werde er sich über die völlig ungenügende und kurzfristige Informierung bei den bulgarischen Sicherheitsorganen beschweren.

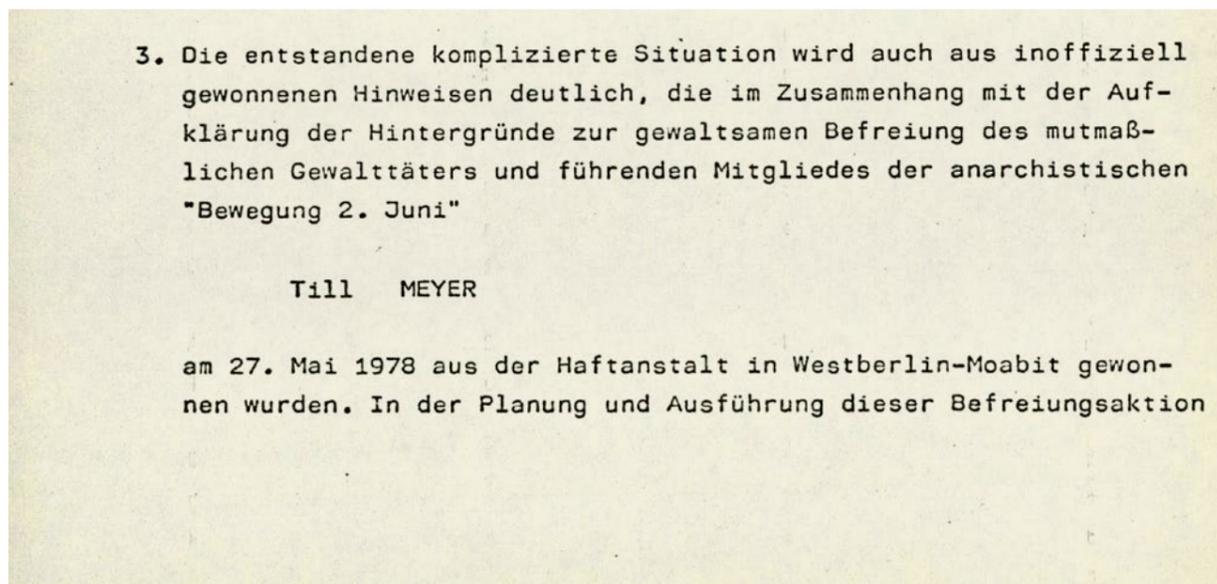
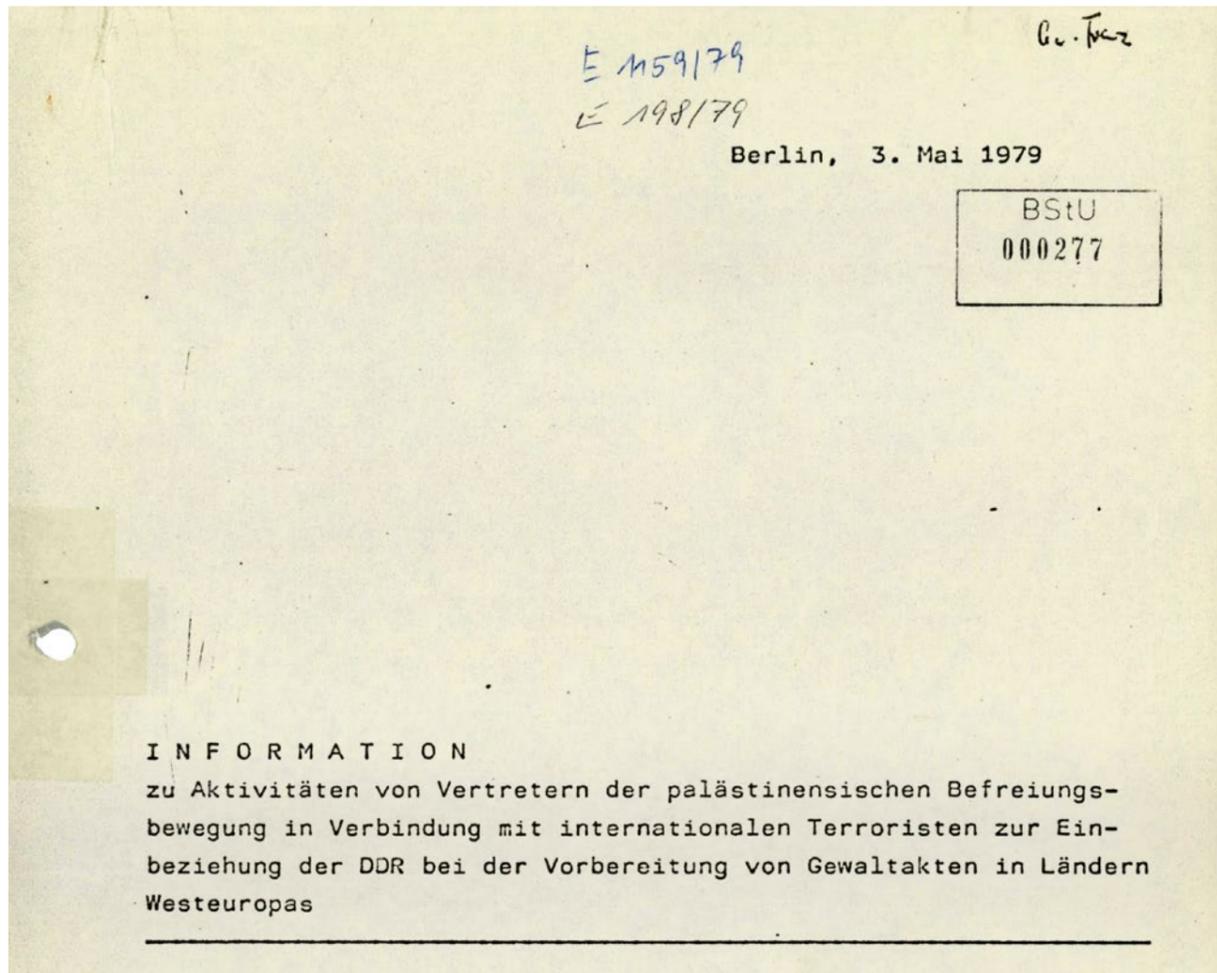
- 3 -

BStU
000013

Im Verlaufe der Beratung brachten die Genossen des MfS der CSSR ihr Unverständnis und ihre Ablehnung über bzw. zu der in der VR Bulgarien erfolgten Festnahme von T. M. und dessen anschließende Auslieferung in die BRD zum Ausdruck. In Realisierung der getroffenen Festlegung wurden die drei BRD-Bürgerinnen am Grenzübergang Schmilka von Gen. Oberst Pahl und Gen. Hptm. Eberl übernommen und in ein konspiratives Objekt transportiert.

Verteiler

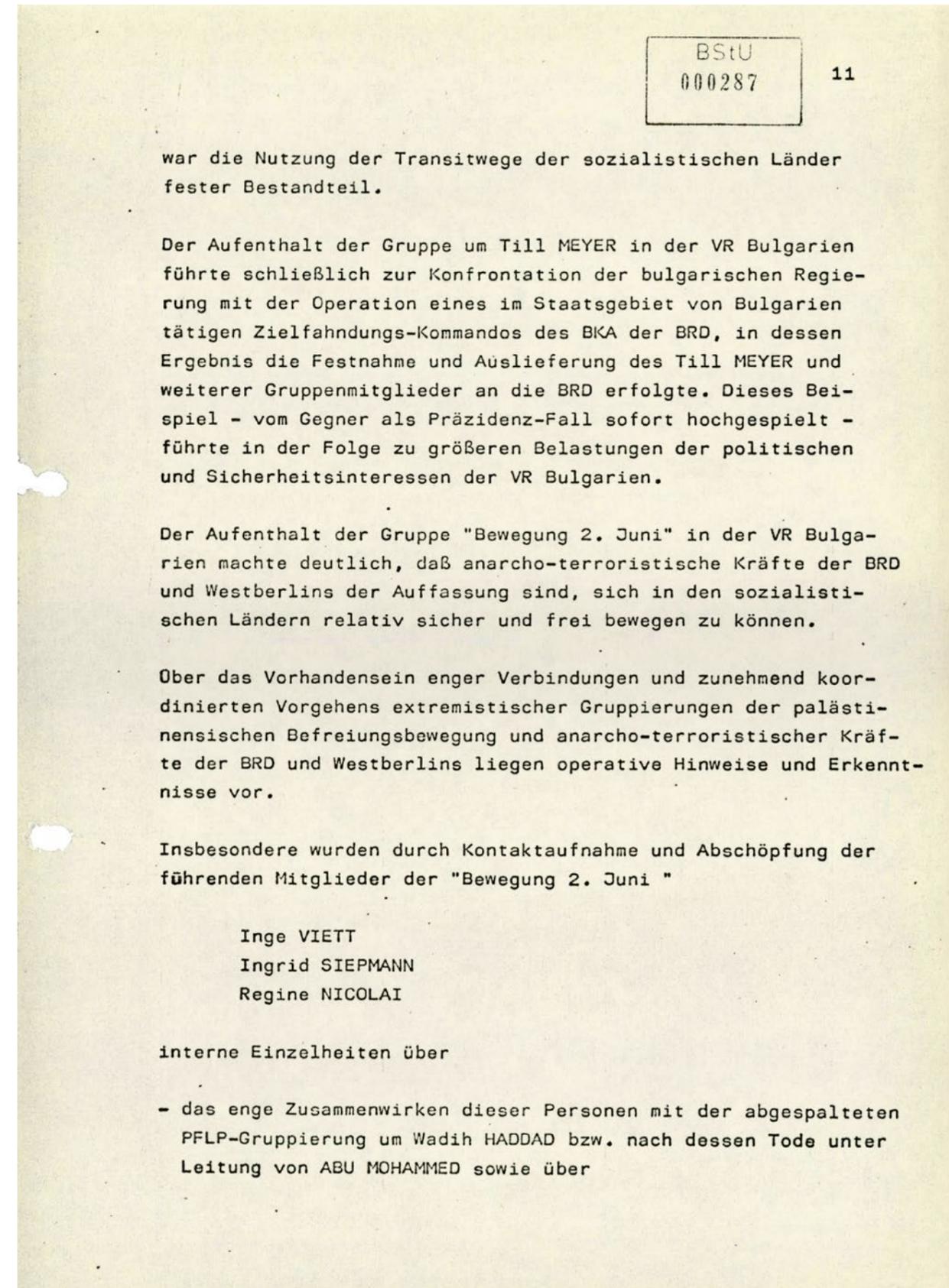
1. Expl. Ltr. der Abt. X
2. Expl. Ltr. der HA IX



Information zu Aktivitäten von terroristischen Gruppen, 03.05.1979

Die Sammelmappe der Abteilung XXII/8 – zuständig für linksextremistische Organisationen – enthält ausführliche Informationen verschiedener Quellen zu Aktivitäten und Personen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und deren Unter- und Nebenorganisationen. Das Dokument ist in voller Länge in der Stasi-Mediathek zu sehen.

BArch, MfS, HA XXII, Nr. 18613, Bl. 277, 286



BStU
000288 12

- Differenzen bzw. eine konträre Haltung gegenüber der PLO bekannt.

Als Reaktion auf den sogenannten Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten ist jedoch eine erneute Annäherung dieses extremistischen Flügels an die PLO nicht auszuschließen.

Am Tage der Befreiung des Till MEYER aus der Westberliner Haftanstalt Moabit wurde diesen Personen die Durchreise im Transit, aus Westberlin kommend in Richtung CSSR, gestattet, nachdem sie bei der Grenzpassage in die Hauptstadt der DDR identifiziert wurden. Alle drei Personen waren im Besitz verfälschter Pässe.

Am 21. Juni 1978 hielten sie sich in der VR Bulgarien auf, entgingen jedoch der bereits genannten Aktion des Zielfahndungskommandos des BKA der BRD.

Am 27. Juni 1978 wurden die VIETT, SIEPMANN und NICOLAI in Prag durch tschechische Sicherheitsorgane festgenommen und dem MfS übergeben.

In der Zeit vom 28. Juni bis 12. Juli 1978 waren sie in der DDR in einem konspirativen Objekt untergebracht und wurden anschließend unter operativer Kontrolle nach Bagdad/Irak ausgeflogen, wo sich nach eigenen Angaben ihre Operationsbasis befindet.

Am 25. Juni 1978 wurde auf eine bulgarische Firmenvertretung in Paris ein Sprengstoffanschlag verübt, bei dem großer Sachschaden entstand. Nach westlichen Presseberichten bekannte sich eine Gruppe "Internationale revolutionäre Solidarität" zu diesem Anschlag, den sie als Reaktion auf die Auslieferung des Till MEYER durch Bulgarien an die BRD bezeichnete. Durch loyale Behandlung der Personen VIETT, SIEPMANN und NICOLAI und entsprechende Beeinflussung durch das MfS wurde erreicht, daß weitere

BStU
000289 13

schwerwiegende Angriffe auf die VR Bulgarien unterblieben.

4. Es besteht Veranlassung, die konspirativen Versuche zur logistischen Nutzung des Territoriums der DDR für terroristische Aktivitäten in Westeuropa mit den derzeitig verstärkten Bemühungen offizieller PLO-Vertreter für eine Zusammenarbeit zwischen dem Organ "PLO-Sicherheit" und dem MfS in Verbindung zu bringen. Offensichtlich mit dem Ziel, mit Hilfe der DDR als Verbündeten ihre als "Kriegshandlungen" deklarierten Aktionen gegen anti-palästinensische, zionistische Zentren sowie gegen das verräterische SADAT-Regime verstärkt durchzuführen, wurden weitgehende



BArch, MfS, HA XXII, Nr. 18613, Bl. 289

Inge Viett
Portrait der RAF-Terroristin am 09.09.1975 kurz nach ihrer Festnahme in West-Berlin.
© picture alliance; Fotograf: Günter Bratke

Deckname: Falke Reg. Nr.: XV 2177/77

Nachweis über die Nutzung der konspirativen Wohnung / des konspirativen Objektes – ohne IMK

Es ist ein lückenloser Nachweis zu führen, welcher IM / GMS wann in der KW / KO verkehrte.

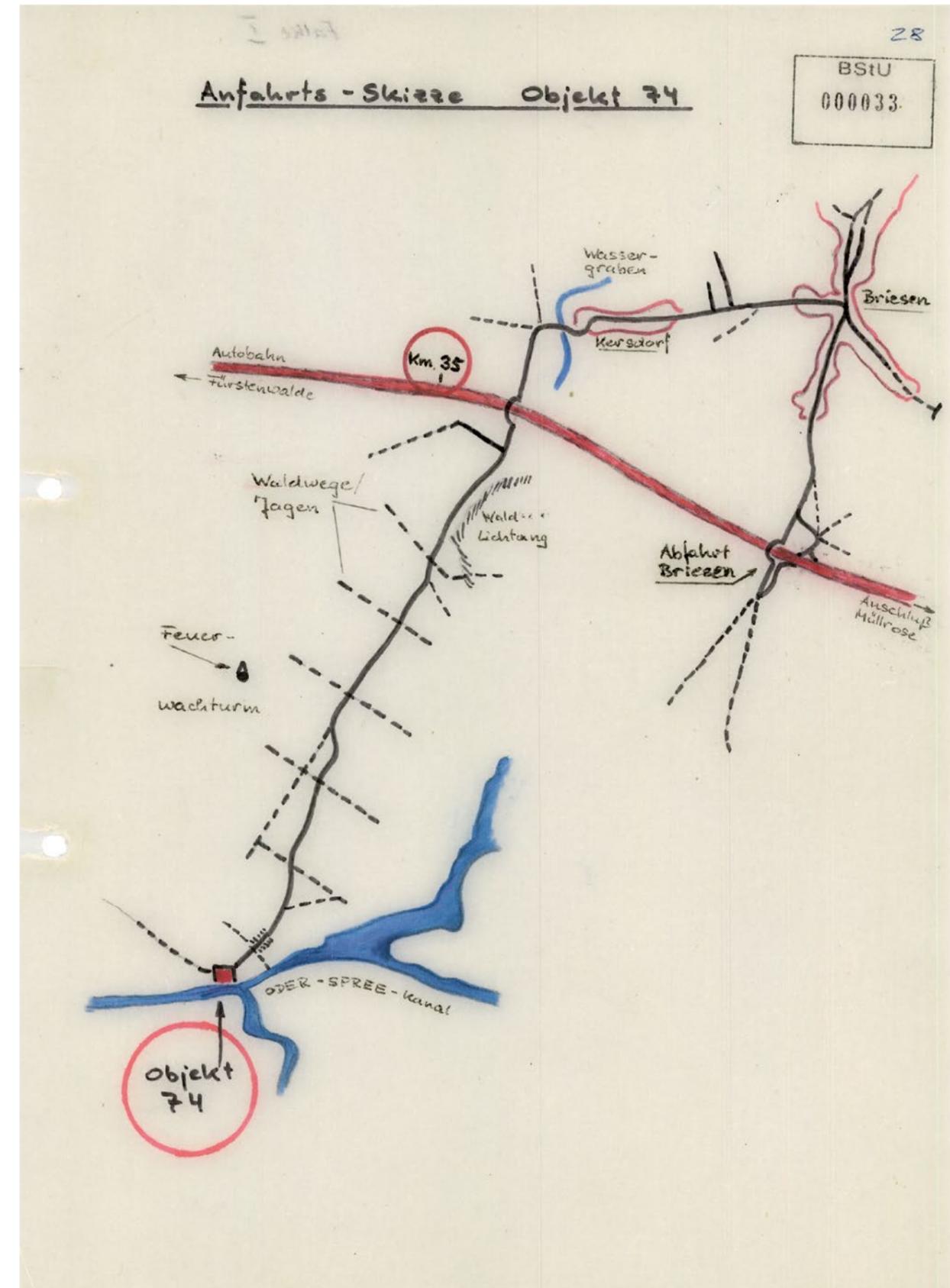
BSTU
000018

Datum	Deckname des IM/GMS	Reg. Nr.	Name bzw. Deckname des Treffdurchführenden
<u>1980</u>			
1.-4.8.80	OV „Stern 1“ (1P.)	XV 2205 81	Hptm. Zannseil
19.8.-22.8.80	OV „Stern 2“ (1P.)	XV 1992 81	-k-
1.9.-14.10.80	-k- (2-5P.)	-k-	-k-
19.11.-12.12	OV „Stern 1“ (1P.)	XV 2205 81	-k-
<u>1981</u>			
-	IMB „Roland“	XV 3966 78	Uttm. Becking
-	Op. Maßnahme „König“	-	OSL Voigt / Hpt. Pachmuthal
-	KP „Friedrich“	XV 7325 82	
14./15.3.	OV „Stern 2“ (2P.)	XV 1992 81	Hptm. Zannseil
11.-22.9.	IMB „Anna und Franz Baade“ (2P.)	XV 4904 81 XV 4905 81	Hptm. Orskij -k-
25.-27.9.	OV „Stern 2“ (8P.)	XV 1992 81	Hptm. Zannseil
<u>1982</u>			
12.2.-20.3.	OV „Stern 1“ (3P.)	XV 2205 81	Hptm. Zannseil
5.-13.3.	OV „Stern 1“ (1P.)	-k-	
14.-8.5.	IMB „Holger Berger“	XV 5377 82	Hptm. Lindner
10.-15.5.	KP „Ber“ (2P.)	XV 4686 83	Oldm. Stasch
12.-14.7.	-k- (1P.)	-k-	Oldm. Stasch
23.-31.8.	IMB „Anna und Franz Baade“	XV 4904 81 XV 4905 81	Hptm. Orskij
13.18.9.	KP „Ber“ (3P.)	XV 4686 83	Oldm. Stasch
23./24.9.	IMB „Holger Berger“	XV 5377 82	Hptm. Lindner
29./31.10.	OV „Stern 2“ (8P.)	XV 1992 81	Hptm. Zannseil
8.-13.11.	KP „Ber“ (3P.)	XV 4686 83	Oldm. Stasch
14.11.-5.1.	-k- (2P.)	-k-	-k-
3.-5.12.	IMB „Karin Berger“	XV 2385 83	OSL Voigt
<u>1983</u>			
6.-11.1.	KP „Ber“ (2-4P.)	XV 4686 83	Oldm. Stasch
6.3.-27.7.	KP „Friedrich“		Hptm. Kiepling, Hptm. Künninger Oldm. Kloor, Oldm. Scheid

Auszug aus dem Besucherbuch des konspirativen „Objektes 74“, 1980 bis 1985

Bei den Operativen Vorgängen „Stern I“ und „Stern II“ handelt es sich um die Bezeichnung der RAF-Mitglieder. „Stern I“ waren die noch aktiven Mitglieder, „Stern II“ die in der DDR untergetauchten. Bei den Familienangehörigen „Berger“ handelte es sich um Decknamen für verschiedene (ehemalige) RAF-Mitglieder.

BArch, MfS, AIM, Nr. 264/91, Bl. 18



Anfahrtskizze zum „konspirativen Objekt 74“, 1970-1989

BArch, MfS, AIM, Nr. 264/91, Bl. 33



1



2



3



4

Außen- und Innenaufnahmen des konspirativen „Objektes 74“, ca. 1989
 Zu welchem Zweck die Aufnahmen auf dem Gelände gemacht worden sind, ist nicht klar belegt.

- 1: BArch, MfS, HA IX, Fo, Nr. 593, Bild 229
 2: BArch, MfS, HA IX, Fo, Nr. 593, Bild 221
 3: BArch, MfS, HA IX, Fo, Nr. 593, Bild 255
 4: BArch, MfS, HA IX, Fo, Nr. 593, Bild 248



5



6



7



8

- 5: BArch, MfS, HA IX, Fo, Nr. 593, Bild 286
 6: BArch, MfS, HA IX, Fo, Nr. 593, Bild 263
 7: BArch, MfS, HA IX, Fo, Nr. 593, Bild 275
 8: BArch, MfS, HA IX, Fo, Nr. 593, Bild 280

Verschleierung und Distanzierung

Für die Staatssicherheit erwies es sich schwieriger als gedacht, die zehn ehemaligen RAF-Mitglieder in der DDR vor der westlichen Fahndung zu verbergen. Denn viele DDR-Bürger schauten Westfernsehen oder reisten im Rentenalter oder aus dienstlichen Gründen in die Bundesrepublik, wo in den siebziger und achtziger Jahren unzählige Fahndungsplakate an vielen öffentlichen Orten hingen. Über die Zeit stellten so einige DDR-Bürger Ähnlichkeiten zwischen im Westen steckbrieflich gesuchten Tätern und den „neuen“ Arbeitskollegen, Nachbarn oder Bekannten fest.

1986 wurden so unabhängig voneinander bei drei Ex-Terroristinnen in der DDR Hinweise auf ihre wahre Identität offenkundig: Susanne Albrecht, Silke Maier-Witt und Inge Viett. Hier zeigt eines der ausgewählten Dokumente zugleich die Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Geheimdienst KGB, hier Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR (KfS) genannt. Denn dieses hatte aus seiner Spionage gegen bundesdeutsche Nachrichtendienste Informationen zu Silke Maier-Witt erhalten, die dann dem MfS übermittelt wurden. Maier-Witt und Viett erhielten wieder neue Identitäten. Susanne Albrecht hingegen war mit einem DDR-Bürger verheiratet und konnte keine neue Legende erhalten. Bei allen drei Frauen prüfte das MfS regelmäßig, ob in ihrem Umfeld erneut über ihre wahre Vergangenheit gemutmaßt wurde und versuchte, aufkeimende Gerüchte zu zerstreuen. Wären die untergetauchten Ex-Terroristen endgültig „aufgeflogen“, hätte der Ruf der DDR schweren Schaden genommen; die aktive Komplizenschaft zwischen RAF und Staatssicherheit barg inzwischen ein großes Risiko für die DDR-Regierung.

Das Verhältnis der Staatssicherheit zur aktiven RAF hatte sich inzwischen merklich abgekühlt. Die RAF hätte sich noch mehr Unterstützung gewünscht, die Staatssicherheit hingegen hatte gehofft, die Linksterroristen mehr „vor den eigenen Karren spannen“ zu können. Überhaupt ging die Staatssicherheit in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre bei der Duldung und Unterstützung von Terrorgruppen (wie denen um Abu Nidal oder „Carlos“) nicht mehr so weit wie zu Beginn der Dekade. Darin war sich der ostdeutsche Geheimdienst auch mit seinen osteuropäischen „Bruderorganen“ (etwa in Ungarn und der ČSSR) weitgehend einig.

Dennoch ließ die Staatssicherheit auch die nächste RAF-Generation nicht aus dem Blick. Dokumentiert ist dies u. a. in der operativen Personenkontrolle (OPK) „Klausen, Gerhard“, die den RAF-Terroristen der dritten Generation, Wolfgang Grams, betraf. Ein Ausschnitt dokumentiert u. a. die Sichtweise des MfS auf die aktive RAF nach einem Hungerstreik im Jahre 1984. Aus MfS-Sicht galt es nunmehr, über das Handeln der Terroristen Bescheid zu wissen, ohne diese allzu offen zu unterstützen.

228

Abteilung XXII/8

Berlin, 21. 1. 1985
zau-sche

BStU
000229

Bestätigt: Jiiden

111/1
1484

ERÖFFNUNGSBERICHT zur OPK "Klausen, Gerhard"

1. Personalien

Name: ..Grams.....

Vorname: ..Wolfgang.....

geb. am/in: 6. 3. 1953 / Wiesbaden

zuletzt wh.: [REDACTED]

2. Zum Sachverhalt

Mit Wirkung vom 22. 10. 1984 wurde G. zur Zielfahndung ausgeschrieben. Er wird vom Gegner verdächtigt, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein. Gegen ihn wurde durch die GBA Karlsruhe ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und bereits am 10. 9. 1984 ein Haftbefehl erlassen.

Er war Mitglied der "Roten Hilfe" Wiesbaden und danach der "Antifa"-Gruppe in Wiesbaden. Hauptinhalt der Arbeit dieser Gruppen war die Betreuung und Unterstützung der inhaftierten Mitglieder der "RAF". Er war maßgeblich an der Organisation von Treffen mit anderen Gruppen der BRD, z. B. der "Antifa"-Gruppe in Düsseldorf, beteiligt. Außerdem stellte er seinen PKW für Sprühaktionen zur Unterstützung der Gefangenen zur Verfügung. Nach Aussagen der KP "Jürgen" unterhielt er auch Verbindung zu den Büros der Rechtsanwälte [REDACTED] und [REDACTED].

In Vorbereitung der Herausgabe des Buches "RAF-Texte" ist er zu mehreren Absprachen mit dem Verleger nach Dänemark gefahren.

229

BSu
000230
2

Aufgrund dieser Aktivitäten stand er unter polizeilichen Beobachtung (PB 07) gegnerischer Sicherheitsorgane. Nach größeren Aktionen der "RAF" wurde er mehrfach kurzzeitig festgenommen. Die letztbekannte Verhaftung des G. erfolgte nach der Erschießung des ehemaligen "RAF"-Mitgliedes

STOLL, Willy-Peter

am 9. oder 10. 0. 1978 in Wiesbaden.

Im Notizbuch des STOLL sollen die gegnerischen Sicherheitsorgane u. a. auch einen Hinweis auf den G. gefunden haben. G. stand im Verdacht, als Kurier zwischen der "RAF" und legalen Unterstützern gearbeitet zu haben. Ob eine Verurteilung erfolgte, wurde nicht bekannt.

Zu der damaligen Wiesbadener Gruppe gehörten desweiteren:

- HOGEEELD, Birgit
()

- MAASKE, Dag

- Karin
()

- Biggi - Birgit oder Brigitte
()

- Christel
()

Alle weiblichen Personen sind etwa gleichaltrig und stammen alle aus Koblenz oder Umgebung.

Während dieser Zeit hatte der G. den Spitznamen

GAKS.

3. Zielstellung der OPK

1. Erarbeitung von Beweisen für die Mitgliedschaft des G. in einer terroristischen Organisation des OG.
2. Erarbeitung von Informationen zur politischen Zielstellung dieser Organisation, insbesondere der Aufklärung von Aktivitäten, die sich gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder richten bzw. eine Einbeziehung des Territoriums der DDR oder anderer sozialistischen Staaten vorsehen.

230

BSu
000231
3

Ziel ist es, vorbeugend Maßnahmen einzuleiten, um daraus entstehende Gefahren und Risiken für die DDR oder die anderen sozialistischen Länder abzuwehren.

3. Aufklärung von politisch-operativ bedeutsamen Verbindungen des G. in die DDR und Einleitung der operativen Bearbeitung dieser Personen.

Abteilung XXII/8

Berlin, 21. 3. 1985
zau-seeBStU
000111STRENG GEHEIM!

ABSCHLUßBERICHT

zum Hungerstreik der Gefangenen der "RAF"

Am 4.12.1984 begannen 29 inhaftierte ehemalige Mitglieder der "RAF" sowie 10 Gefangene aus dem sogenannten "anti-imperialistischen Widerstand" einen unbefristeten Hungerstreik. In einer wenige Tage später veröffentlichten Hungerstreikerklärung wurden als Ziele genannt:

- Zusammenlegung der inhaftierten "RAF"-Mitglieder und anderer inhaftierter Personen aus dem sogenannten "antiimperialistischen Widerstand" in große Gruppen,
- Abschaffung der Kleingruppen- und Einzelisolation und der lückenlosen skustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle,
- Aufhebung der Kommunikationssperre, speziell in Bezug auf Besuche, Postsendungen, Bücherbezug, politische Information und freie politische Diskussion.

Mit diesen Forderungen sollten der Erhalt der politischen Identität dieser Inhaftierten und die Verbesserung ihrer Haftbedingungen erreicht werden.

Da insbesondere in den letzten 2 Jahren die Haftbedingungen durch die BRD-Justizorgane weiter verschärft wurden, ist seit Anfang 1984 mit einem neuerlichen Hungerstreik dieser Gefangenen gerechnet worden. Die Verschärfung der Haftbedingungen betraf besonders die Erteilung von Besuchsge-nehmigungen, die generelle Einführung der Trennscheibe bei Besuche (ausgenommen waren zuletzt nur die Anwälte und Familieangehörige) sowie eine stärkere Zensur des Postempfanges und eine weitere Einschränkung des Buch- und Zeitschriftenbezuges.

BStU
000116

6

- mit dem Hungerstreik konnte die "RAF" ihre Handlungsfähigkeit durch die Rekrutierung von 10 neuen Mitgliedern wieder herstellen,
- der Hungerstreik und die im Zusammenhang entwickelten Aktivitäten, diene dem Gegner zur weiteren Durchsetzung von Repressivmaßnahmen gegenüber den linken Kräften in der BRD, zur umfassenden Erweiterung seiner Erkenntnisse über Personen des Unterstützer- und Sympathisantenkreises der "RAF" und zur Anheizung des Antikommunismus einschließlich der Diffamierung und Diskriminierung der sozialistischen Staaten,

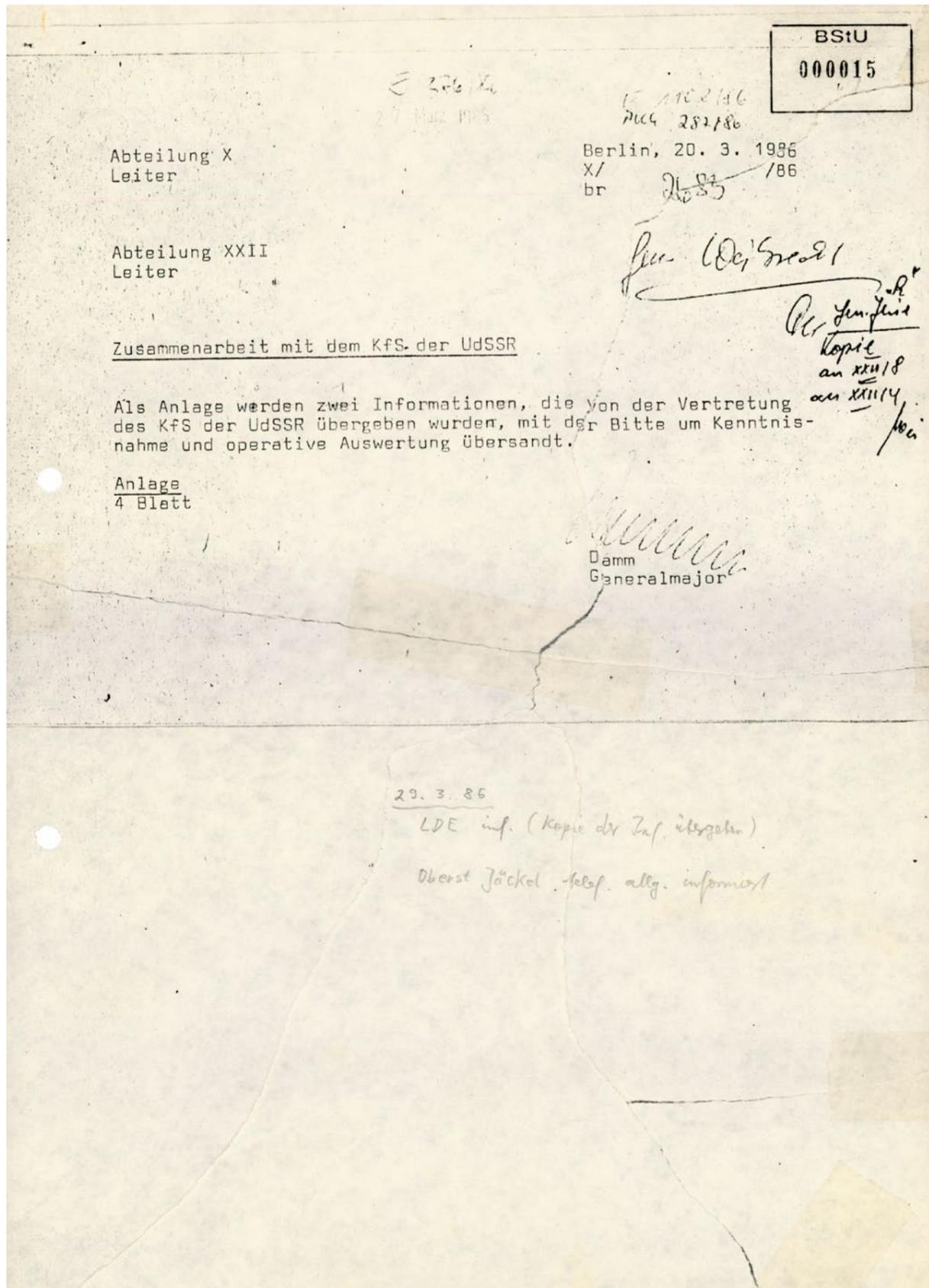
- die während des Hungerstreiks veröffentlichten Erklärungen der "RAF", "Action directe" und "CCC" dienten der USA und BRD dazu, das gemeinsame Vorgehen gegen den sogenannten "Euroterroris-mus" bei den westeuropäischen Nato-partnern durchzusetzen.

In Auswertung des Hungerstreikes ergeben sich für die weitere politisch-operative Arbeit nachfolgende Schlußfolgerungen:

- Die neu erkannten "RAF"-Mitglieder, die aktiven Unterstützer und Sympathisanten werden zur Verhinderung von Diskriminierungs- und Diffamierungsmaßnahmen des Gegners gegenüber der DDR unter operative Personenkontrolle gestellt. Zu diesen Personen sind differenzierte Fahndungsmaßnahmen auf der Grundlage von erarbeiteten Entscheidungsvarianten zu realisieren.
- Das zum militanten und extremistischen Umfeld der "RAF" vorhandene Material ist zielgerichtet, unter Einsatz der IM und operativen Kontakte im Operationsgebiet weiter zu verdichten und zur Entscheidungsvorbereitung, hinsichtlich der aktiven operativen Bearbeitung aufzubereiten.
- In den Treffs mit Kontaktpersonen und inoffiziellen Mitarbeitern aus dem Operationsgebiet muß konsequent die Politik der DDR vertreten werden. Das hat differenziert und abgestimmt, entsprechend dem ideologischen Standpunkt des Partners und dem Stand der Beziehungen zu erfolgen.
- Durch die Unterstützer der "RAF" wird die neue Politik der "RAF" allseitig befürwortet und der Ausgang des Hungerstreiks als Erfolg gewertet.

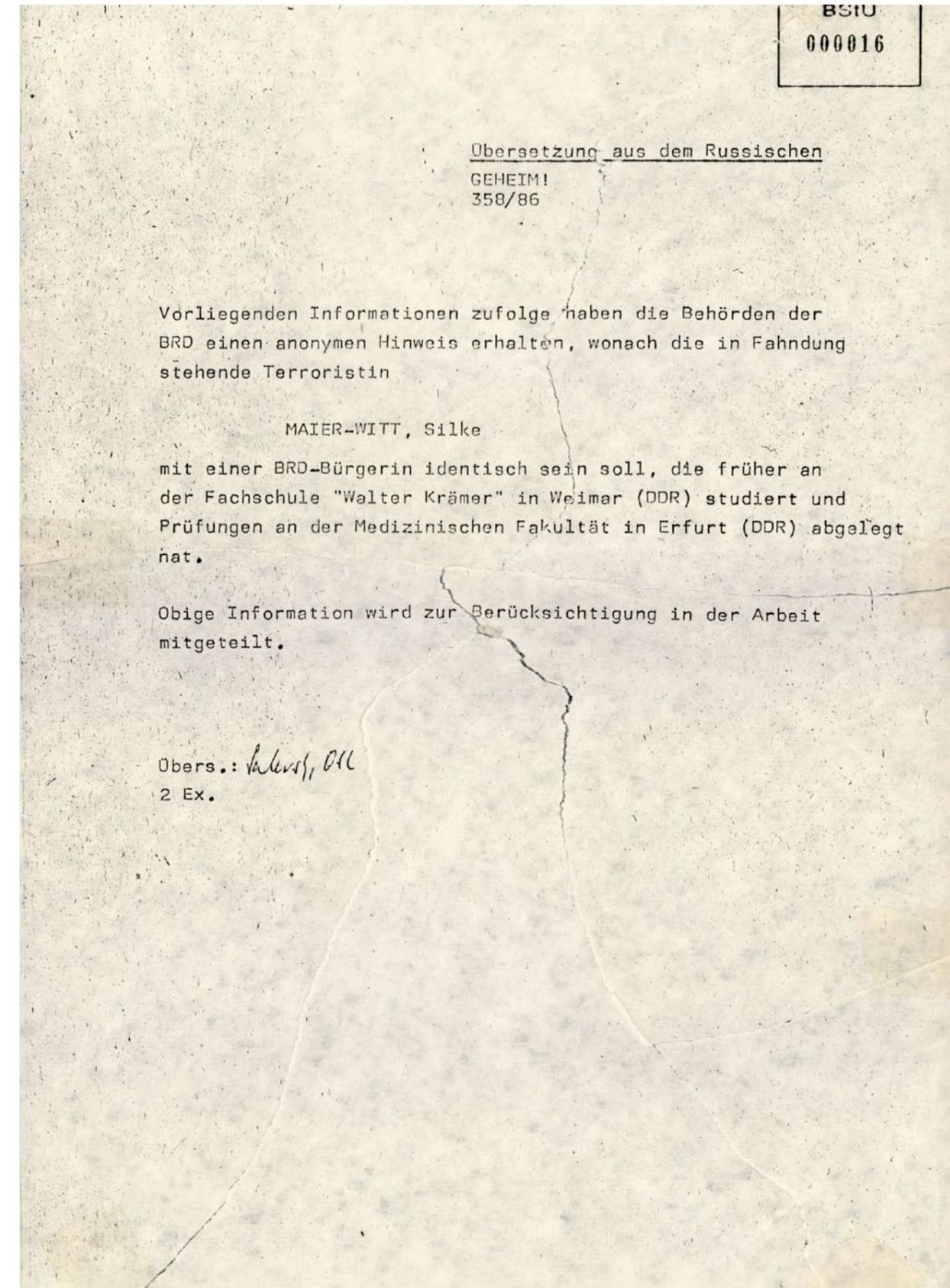
Ihr Ziel ist es jetzt, daß diese Aktivierung in einem kontinuierlichen Prozeß umgewandelt wird, d.h., daß die militanten Aktionen in Qualität und Quantität fortgeführt werden. Es muß auch davon ausgegangen werden, daß sich einzelne Aktionen entsprechend der neuen "RAF"-Politik bewußt gegen Menschen richten.

- Da andere militante linksextremistische Gruppen und Kräfte, die ihre Aktionen auch gegen die Realisierung des NATO-Hoch-rüstungskurs richten, die neue "RAF"-Politik - bewußte Vernich-tung von Menschenleben - ablehnen, ergeben sich Ansatzpunkte einer stärkeren Differenzierung bei der politisch-operativen Bearbeitung dieser Kräfte.

**Hinweis zur Enttarnung von Silke Maier-Witt, 20.03.1986**

Das aus dem Russischen übersetzte Dokument stammt von der sowjetischen Geheimpolizei (KGB). Die Staatssicherheit vernichtete es teilweise; durch manuelle Rekonstruktion des Stasi-Unterlagen-Archivs wurde es wieder zusammengesetzt.

BArch, MfS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 15



BArch, MfS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 16

BStU
000046

Abteilung XXII/8 Berlin, 23. 7. 1986
zau-sche

STRENG GEHEIM!

B E R I C H T

zum Stand der Neueingliederung des IMS "Anja Weber"

Am 27. 3. 1986 wurde durch das KfS der UdSSR bekannt, daß gegnerischen Sicherheitsorganen ein anonymer Hinweis vorliegt, wonach sich ein ehemaliges "RAF"-Mitglied (Name genannt) als BRD-Bürgerin unter einem Pseudonym (Name genannt) in der DDR aufhält. Sofort eingeleitete Überprüfungen ergaben zweifelsfrei, daß es sich tatsächlich um o. g. IMS aus dem Material "Stern II" handelt.
(Eine gleichlautende Information kam von der HVA am 18. 7. 86.)

Zur Schadensbegrenzung, insbesondere, um die Erarbeitung von Beweisen durch den Gegner zu verhindern, wurde festgelegt:

1. Der IM wird sofort von Erfurt abgezogen.
Das Arbeits- und Ausbildungsverhältnis wird zum frühestmöglichen Zeitpunkt unter Legende beendet. Vorhandene Unterlagen für ihren Aufenthalt in Erfurt werden eingezogen oder vernichtet; besonders diejenigen, die eine Identifikation ermöglichen.
2. Die Identität wird in Zusammenarbeit mit der Abt. E beendet (Löschung des EDV-Datensatzes usw.).
3. Die Neueingliederung erfolgt unter neuer Identität als gebürtige DDR-Bürgerin.

BStU
000047
2

Eingeleitete Erstmaßnahmen

Am 28. 3. 1986 wurde ein Kurztreff mit dem IMS "Anja Weber" durchgeführt, um notwendige Verhaltenshinweise zu geben. In der Zeit vom 31. 3. - 8. 4. 1986 wurde der IMS "Anja Weber" in der IMK-KW "Alfred" der Abt. XXII/8 untergebracht und das weitere Vorgehen präzisiert.

Um eine Entnahme von Fingerabdrücken aus der Wohnung des IMS "Anja Weber" vorbeugend zu verhindern, wurde die Wohnung in der Zeit vom 1. - 2. 4. 1986 gesäubert.

Am 8. 4. 1986 reichte der IMS "Anja Weber" die Kündigung in der Medizinischen Akademie Erfurt ein. Als Legende wurden persönliche Gründe - Verzug zum Freund und beabsichtigte Heirat - angegeben.

Am 9. 4. 1986 unterrichtete der IMS "Anja Weber" die Medizinische Fachschule Weimarer von der Kündigung und dem damit verbundenen vorzeitigen Abbruch des Ausbildungsverhältnisses.

Vorhandene Daueraufträge wurden storniert (Miete, Energie, Versicherung, Postzeitungsvertrieb).

Durch die 14tägige Kündigungsfrist war mit Wirkung vom 22. 4. 1986 das Arbeitsverhältnis beendet. Aufgrund des zustehenden Resturlaubes war der 15. 4. 1986 der letzte Arbeitstag.

Am 16. 4. 1986 erfolgte der Abzug des IM aus Erfurt und die Unterbringung in der IMK-KW "Alfred" der Abt. XXII/8. Die weitere Unterbringung erfolgte in der Zeit vom 21. 4. - 15. 5. 1986 im konspirativen Objekt "74" der Abt. XXII und in der Zeit vom 15. 5. - 17. 7. 1986 in der IMK-KW "Kate" der Abt. XXII/3. Zur Zeit ist der IM wieder im Objekt "74" der Abt. XXII untergebracht.

Maßnahmen zur Feststellung und Abwehr von Überprüfungshandlungen des Gegners sowie zur Aufklärung des anonymen Hinweisgebers

Oberprüfungen in Zusammenarbeit mit der Abt. XX der BV Erfurt ergaben, daß als anonymen Hinweisgeber mit hoher Wahrschein-

BStU
 000048

3

lichkeit der ehemalige DDR-Bürger

geb.: [REDACTED]
 jetzt wh.: [REDACTED]

angesehen werden kann.
 Der [REDACTED] suchte am 24. 3. 1984 die ständige Vertretung der BRD in der DDR auf und wollte durch einen angekündigten Hungerstreik seine Übersiedlung in die BRD erzwingen. Am 26. 3. 1984 wurde [REDACTED] vor der ständigen Vertretung der BRD verhaftet. Seine Ausweisung erfolgte im April 1985.

Bis zu seiner Verhaftung arbeitete er als [REDACTED] in der [REDACTED] der [REDACTED] und absolvierte ein Fernstudium an der [REDACTED].

In [REDACTED] war er im selben Lehrgang, wie der IMS. Außer dem gemeinsamen Besuch der Lehrveranstaltungen hatte der IMS keine weiteren Kontakte zum [REDACTED].

Zur weiteren Bearbeitung des [REDACTED] wurden in Zusammenarbeit mit der BV Erfurt, Abt. XX folgende Maßnahmen eingeleitet:

- M-Kontrolle, um eine evtl. Nutzung der Rückverbindungen des W. für weitere Überprüfungshandlungen festzustellen.
- Instruierung vorhandener IM der Abt. XX der BV Erfurt im Bereich der Frauenklinik (letzte Arbeitsstelle des IM) an Hand eines konkreten Informationsbedarfes zur Feststellung von Aktivitäten des [REDACTED].

Zur Feststellung und Verhinderung von gegnerischen Aufklärungshandlungen in Bezug auf die Wohnung des IM wurde der Mietvertrag des IMS gekündigt und ein Mitarbeiter der Abt. VIII der BV Erfurt als Nachmieter festgelegt. Dessen Umzug erfolgte am 26. 6. 1986.
 Der Genosse der Abt. VIII wurde eingewiesen, bei evtl. Nachfragen zum Vormieter Maßnahmen zur Identifizierung der nachfragenden Person einzuleiten.
 Als weitere Kontrollstelle wurde der Hausbuchbeauftragte - IM der KD Erfurt - unter Legende beauftragt.

Zur Feststellung zielgerichteter Überprüfungen des Gegners zum neuen Aufenthaltsort wurde eine Kombination in Cottbus eingeleitet. Vom IM wurde bewusst die neue Deckadresse (Adresse eines IM der Abt. XXII der BV Cottbus) in der Kaderabteilung sowie beim Hausbuchbeauftragten hinterlegt.

BStU
 000049

In Zusammenarbeit mit der Abt. VII der BV Cottbus erfolgt die Ummeldung nach Cottbus sowie die Abmeldung in Erfurt.

Auf der VP-Meldestelle sowie in der KMK in Cottbus werden Kontrollmaßnahmen eingeleitet.
 Die Kaderakte wird ebenfalls durch einen zuverlässigen IM der BV Cottbus von der Medizinischen Akademie Erfurt abgezogen. Durch diese Kombination wird gewährleistet, daß alle möglichen Überprüfungen des Gegners zum weiteren Verbleib des IM bei speziell beauftragten IM auflaufen und kontrolliert werden können.

Für die Zeit bis zur Neueingliederung wurde der IM mit einem fiktiven Personalausweis sowie einem SVK-Buch unter den Personalien

Beyer, geb. Gerschah, Sylvia, Angebina
 geb.: 18. 10. 1948 in Moskau

ausgestattet.

Weiterführende Maßnahmen

Aufgrund einer [REDACTED] erfolgt durch die Abt. X des ZMD eine medizinische Untersuchung des IM zur Festlegung von Maßnahmen für die weitere gesundheitliche Betreuung.

Die Neueingliederung erfolgt unter den Personalien des fiktiven Personalausweises.
 Als Eingliederungsbezirk wird der Bezirk Schwerin (evtl. Bezirk Karl-Marx-Stadt) vorgeschlagen.
 Zur Abklärung vorhandener Möglichkeiten und Präzisierung ist ein Gespräch zwischen dem Stellv. Leiter der Abt. XXII, Gen. Oberst Jäckel und dem Leiter der BV Schwerin vorgesehen.
 Nach diesem Gespräch wird ein detaillierter Eingliederungsvorschlag erarbeitet.

Abteilung XXII/8

Berlin, 14. 3. 1988
pe-röBSIU
000062

V e r m e r k

zur Anfrage des BRD-Juristen Renger nach der Person
Gerlach, Angela
(Inf. des Gen. Oberst Pfütze der HA IX/10)

Während eines Empfangs am 3.3.88 in der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR bat der ehemalige Staatssekretär im Justiz-Ministerium der BRD Renger (SPD), Mitglied der bilateralen Kommission zur Erarbeitung eines Rechtshilfeabkommens DDR - BRD, das ihm seit mehreren Jahren persönlich bekannte Mitglied der Kommission und stellvertretenden Hauptabteilungsleiter für internationale Verbindungen im Ministerium für Justiz der DDR, Oberthür, um Unterstützung.

Renger informierte in dem persönlichen, nicht offiziellen Gespräch über folgendes:
Seit 1979 fahnden BRD-Behörden wegen Beteiligung an einem terroristischen Mord nach der Person

MAIER-WITT, Silke
geb. am 21.1.1950 in Nagold.

Nach Erkenntnissen der BRD-Behörden soll diese als Person

Gerlach, Angela

in der DDR leben.

Im März 1983 soll sie an der Fachschule "Walter Krämer" in Weimar studiert haben. Anschließend habe sie ihr Studium an der Medizinischen Akademie Erfurt fortgesetzt. Ende Februar 1986 soll sie, obwohl sie zu den Besten ihres Seminars gehörte, überraschend ihr Studium abgebrochen haben. Seit dieser Zeit sei sie nicht mehr gesehen worden.

Renger bat Gen. Oberthür bei der Klärung der Fragen, ob es sich bei der G. um die gesuchte Terroristin handeln könne und wo sich die G. zur Zeit aufhalte. Gen. Oberthür gab keinerlei Zusage, rechnet aber damit, daß bei der nächsten Sitzung o.g. Kommission der Renger auf seine Anfrage zurückkomme.

Durch Gen. Oberthür wurde der stellvertretende Generalstaatsanwalt der DDR, Burckert, vom Sachverhalt informiert. Dieser gab die Information an Gen. Oberst Pfütze weiter und veranlaßte, daß von seiten der Staatsanwaltschaft zunächst keine Prüfungshandlungen eingeleitet wurden.

BSIU
000003

Mf. XXII/8

Bm, 5.5.88

Bericht über den Stand der Neueingliederung des
IMS „Anja Weber“, Reg.Nr. XV 55 1118-1 im
Bezirk Neubrandenburg

Auf Grundlage der bestätigten Konzeption der Neueingliederung
des IMS „Anja Weber“ wurde in Abstimmung mit den
zuständigen Dienststellen der BV Neubrandenburg und entsprechend
den Sicherheitsanforderungen der IMS im Bezirk Neubrandenburg
wahr- u. arbeitsmäßig ergründet und versorgt.

Seit Okt. 1987 ist der IMS „Anja Weber“ mit neuer
Identität als DDR-Bürgerin der BRD - Bezug als Leiter
des wissenschaftlichen Bibliothek im VEB Pharma Neubrandenburg

151

in Abstimmung mit der

Neubrandenburg

o. St. 22.

opferen von Diensten

1. XVIII Konzeption

die Eingliederung des IMS „Anja Weber“

die sicherheitsgefährdende Probleme

die dabei die Umstände

führung des Betriebes verurs.

o. Bezug u. zu ehemaligen

alle der DDR werden bisher

BSTU
006004

Aufgrund des Einsatzes vorhandenem IM der BV Nbg, NET, XVII
 konnte die Absicht des IM sowie die Erarbeitung von op.
 verbessernden Informationen zur Person weitestgehend gewährleistet
 werden.

Noch wichtigerer Einsatzzweck hielt der IM S. Mja Weber*
 im Arbeitsbereich ruhig und unauffällig in Erscheinung.
 Sie besitzt eine positive Arbeitsstellung und bemüht sich, den
 betrieblichen Anforderungen gerecht zu werden. Sie wendet hohe
 Einsatzbereitschaft, Eigeninitiative und politisches Verantwortungsbewusstsein
 beachtet. Im Kollektiv ist sie geachtet und anerkannt.

Seit der Eingliederung des IM S. in Neubrandenburg
 wurden wirksame Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit
 des IM S. unter ~~Menschlichkeit mögliche~~ Sicherheits einleitet und
 realisiert.

Die Treffdurchführung wurde verstärkt zur Lufttransportierung und
 Transportierung genutzt. Dabei standen Probleme der Kommunikation,
 Anwendung und Umsetzung der erarbeiteten Lage- und
 das Verhalten und Auftreten im Wohn-, Freizeit- u. Arbeitsbereich
 sowie die Eigenabsicherung des IM S. im Vordergrund.

Zur ~~Überwachung des Personumfelds des IM S. im Wohn-~~
 Zur umfassenden Überwachung des Personumfelds des IM S. wurden
 Nachvoll- u. Überprüfungsmaßnahmen einleitet und durchgeführt.
 Bei der Suche nach geeigneten inoffiziellen Kontakten
 zur Kontaktabklärung des IM S. Mja Weber* konnten perspektivische
 Kontaktpersonen erarbeitet und entwickelt werden.
 So wurde der operative Kontakt zu Personen des Wohn- u. Arbeitsumfelds
 des IM S. Mja Weber* hergestellt und ausgebaut.

BSTU
006005

Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen kann Distanziertheit
 kann eingestuft werden, dass der Prozess der Wiedereingliederung
 des IM S. Mja Weber* in Neubrandenburg als prägend der
 beständigen Konzeption planmäßig erfolgt und gegenwärtig
 keine Gefahrenmomente und Sicherheitsrisiken auftreten.

Seite 2 Nr. 64 Mittwoch 20. Juni 1990 Preis: 50 Pfennig

nordkurier

Unabhängige Tageszeitung für Mecklenburg, Vorpommern und die Uckermark

Die Vergangenheit holte sie ein

RAF-Terroristen in Neubrandenburg gefaßt!

Einsatzgruppe des Zentralen Kriminalamtes und örtliche Polizeikräfte schlugen am Montag zu: Silke Maier-Witt alias Sylvia Beyer und Henning Beer alias Dieter Lenz in der Bezirksstadt verhaftet




Für nordkurier recherchierten Detlef Granzow, Rita Hilde, Monika Jacobs, Fritz Krüger und Cornelia Langbecker

Henning Beer ist am Montagabend gegen 19.50 Uhr vor seinem Neubrandenburger Haus als bisher achtmal mutmaßlicher RAF-Terrorist innerhalb kürzester Zeit in der DDR festgenommen worden. Der 31-jährige Beer hielt sich seit dem 29. Juli 1982 auf DDR-Territorium auf, lebte seitdem unter dem Namen Dieter Lenz und arbeitete als Dispatcher im Unternehmen Geothermie Neubrandenburg. Ihm werden ein Sprengstoffanschlag auf die US-Airbase Ramstein und die Vorbereitung eines Mordversuchs und Sprengstoffanschlags vor einer Diskothek in Rotha (Spanien) zur Last gelegt. Ebenfalls am Montag gegen 14.20 Uhr wurde die mutmaßliche RAF-Terroristin Silke Maier-Witt, die im VEB Pharma Neubrandenburg unter dem Namen Sylvia Beyer arbeitete, festgenommen. Zu ihrer Verhaftung hatte erstmals ein Hinweis eines ehemals leitenden Mitarbeiters des früheren MfS beigetragen. Vorgeworfen werden der in der Bundesrepublik steckbrieflich Gesuchten der versuchte Anschlag auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe im August 1977 sowie die Beteiligung an der Geiselnahme und Tötung des Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer und vier seiner Begleiter im September 1977.

Wolfgang Nett, Abteilungsleiter Rohsalzproduktion im VEB Pharma, war Zeuge der Verhaftung der Sylvia Beyer, die in diesem Betrieb als Abteilungsleiterin Information/Dokumentation bis vorgestern arbeitete: »Wir waren mitten in Verhandlungen mit Vertretern einer schwedischen Firma. Frau Beyer dolmetschte. Nach dem Mittag war eine Besichtigung der Produktionsanlagen vorgesehen. Direkt im Bereich Fermentation traten von verschiedenen Seiten Beamte an uns heran, zeigten kurz ihre Ausweise und verhafteten Frau Beyer. Sie nahm es sehr gefaßt auf. Vielleicht hatte sie nach den Meldungen der letzten Tage schon damit gerechnet. Ich könnte mir vorstellen, daß sie ein paar mulmige Tage gehabt hat.« Im Betrieb wird Sylvia Beyer bescheinigt, daß sie eine fleißige und angenehme Kollegin war. Bei ihrer Einstellung im Jahre 1987 legte sie beste Referenzen vor. Ihr handschriftlich vorliegender Lebenslauf scheint angesichts der jetzt bekanntgewordenen RAF-Mitgliedschaft mehr als zweifelhaft. Geboren am 18. 10. 1948 in Moskau, POS von 1955 bis 1963, danach EOS in Senftenberg, später Pädagogikstudium, welches aus gesundheitlichen Gründen abgebrochen wurde...

Hier arbeitete Sylvia Beyer bis zum Montag. kurierfoto: Martin Holze

Fortsetzung auf Seite 2

Tutower sollen ihre Konserven selber essen

Staatsgarantien

Für Kindergeld

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
Abt. E	Abteilung Erlaubniswesen (Abteilung der Volkspolizeikreisämter)
Abt. II	Spionageabwehr
Abt. VII	Abwehrarbeit, Schnittstelle zwischen Ministerium des Innern und Deutsche Volkspolizei
Abt. X	Abteilung zur Förderung und Weiterentwicklung der internationalen Beziehungen des MfS, insbesondere der Zusammenarbeit mit den Bruderorganen sozialistischer Länder und der internationalistischen Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen befreundeter Staaten
Abt. XII	Abteilung zur Speicherung und Verwaltung von Informationen zu Personen und formgerecht geführten Vorgängen (Registratur und Archivaufgaben)
Abt. XV	Abteilung Aufklärung
Abt. XXII	Terrorabwehr: Aufklärung der terroristische Szene in Westeuropa und im Nahen Osten
ABV	Abschnittsbevollmächtigter (DVP)
AG	Arbeitsgruppe
AGM	Arbeitsgruppe des Ministers
AIG	Auswertungs- und Informationsgruppe
APO	Außerparlamentarische Opposition (BRD)
Arbeitsgebiet S	Bereich der Arbeitsgruppe des Ministers (AGM) zur Ausbildung und zum Einsatz von Spezialkräften für Sondereinsätze (bis 1988 AGM/S, dann in Abt. XXIII und 1989 zur HA XXII umgebildet)
BArch	Bundesarchiv
BE-Autor	Berliner Ensemble-Autor
BEFA 7	Beobachtende Fahndung des Bundeskriminalamtes, in der BEFA 7 waren Personen registriert, gegen die bereits staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung“ liefen
BKA	Bundeskriminalamt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen
BV	Bezirksverwaltung (MfS)
BV K-M-St	Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt (MfS)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CCC	Cellules Communistes Combattantes
ČSSR	ehemalige Tschechoslowakei, amtlich Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Diensteinheit (MfS)
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
DVP	Deutsche Volkspolizei (DDR)
E-Bericht	Ermittlungsbericht
erf.	erfasst
erl.	erledigt
Expl.	Exemplar

FDJ	Freie Deutsche Jugend (DDR) – staatstreue Jugendorganisation
GBA	Generalbundesanwalt
Gen.	Genosse
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (MfS)
GSG 9	Die GSG 9 der Bundespolizei ist die Spezialeinheit der deutschen Bundespolizei zur Bekämpfung von Schwerst- und Gewaltkriminalität sowie Terrorismus.
HA	Hauptabteilung (MfS), selbstständige Dienst Einheit
HA I	Die Hauptabteilung I beschäftigte sich mit der „Sicherung“ des Ministeriums für Nationale Verteidigung und aller nachgeordneten Führungsorgane, Truppen und Einrichtungen.
HA IX	Die Hauptabteilung IX war für strafrechtliche Ermittlungen zuständig. Sie hatte die Befugnisse eines Untersuchungsorgans, d.h. einer kriminalpolizeilichen Ermittlungsbehörde.
HA PS	Hauptabteilung Personenschutz
HA VI	Die Hauptabteilung VI befasste sich mit dem grenzüberschreitenden Reiseverkehr. Ihre Mitarbeiter waren u. a. an den Passkontrollen an Grenzübergängen und den Transitstrecken tätig. Sie überwachten touristische Einrichtungen, wie die Interhotels und kontrollierten DDR-Bürger bei ihren Reisen ins sozialistische Ausland.
HA XVIII	Die Kernaufgaben der Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft) bestanden in der Sabotageabwehr, im Schutz des Volkseigentums und in der Überwachung der Betriebe.
HA XX	Hauptabteilung zur Überwachung von Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“
HA XX/2	Die Abteilung 2 der Hauptabteilung XX befasste sich mit Sozialdemokratie, „staatsfeindlicher Hetze“, Jugend sowie mit Nazi- und Kriegsverbrechen.
HPF	Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung (MfS) – 1964 gegründet; 1970 aufgegangen in der Hauptabteilung VI
Hptm.	Hauptmann
HV A (HVA)	auch Hauptverwaltung Aufklärung Sie war die Spionageabteilung des MfS. Der Schwerpunkt ihrer nachrichtendienstlichen Tätigkeit lag in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin, wo sie mit Objektquellen, d.h. den IM in den nachrichtendienstlichen Zielobjekten, aktiv war.
IHS	Ingenieurhochschule
IM	Inoffizielle(r) Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen
IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung und Durchdringung eines Verantwortungsbereiches
kap.	kapitalistisch(es)
KD	Kreisdienststelle (des MfS)
KFS	Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR
KMK	Kreismeldekartei – in den Abteilungen Pass- und Meldewesen der Volkspolizeikreisämter
KMU	Karl-Marx-Universität (Leipzig)
KO	konspiratives Objekt
KPD/ML	Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
KP	Kontaktperson
KPP	Kontrollpassierpunkt – seit 1964 Grenzübergangsstelle
KW	Konspirative Wohnung

LDE	Leiter der Dienst Einheit (MfS)
Ltr.	Leiter (einer Abteilung des MfS)
Ltg.	Leitung
MA	Mitarbeiter
MdI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OG	Oberstes Gericht der DDR
Oltm.	Oberleutnant
op.	operativ(e/r)
OPK	Operative Personenkontrolle (MfS): konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung von Personen; meist angelegt bei Verdacht auf politisch nicht konformes Verhalten bzw. zur Überprüfung von Funktionären; auch Vorlauf für eine inoffizielle Tätigkeit in der Auslands- spionage
OSL	Oberstleutnant
OV	Operativer Vorgang: konspiratives Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt oder gegen Personen, die nach der DDR-Gesetzgebung eine Straftat begangen hatten oder dies beabsichtigten
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine – Volksfront zur Befreiung Palästinas
PKW	Personenkraftwagen
PLO	Palestine Liberation Organization – Organisation zur Befreiung Palästinas
pol.	politisch
PZF	Post- bzw. Paketzollfahndung (MfS) – ab 1984 Bereich der Abteilung M (Postkontrolle)
RAF	Rote-Armee-Fraktion
Reg. Nr.	Registriernummer
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SLK	Sichtlochkarte(i) – des Informationsspeichers operativer Dienst Einheiten; zur Recherche nach Sachverhalten
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SR	Sicherung des Reiseverkehrs
SRT	Sicherung des Reise- und Touristikverkehrs, Vorläufer der HA VI
SVK	Sozialversicherungskasse
Tgb.-Nr.	Tagebuchnummer
TW	Tupamaros West-Berlin
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Ultm.	Unterleutnant
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VEB	Volkseigener Betrieb (DDR): Staatsbetrieb, im Unterschied zu privaten und genossenschaftlichen Betrieben

verh.	verheiratet
vgl.	vergleiche
V-Mann	Verbindungsmann
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VR	Volksrepublik
VSH (gepr.)	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei (MfS) – wichtige Kartei der konspirativ tätigen Dienststeinheiten, (geprüft)
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
VW	Volkswagen
WB	West-Berlin
ZAH	Zentrales Aufnahmeheim für Übersiedler aus der Bundesrepublik Deutschland und Rückkehrer; Sitz: Röntgental bei Berlin
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen (BRD)
ZK	Zentralkomitee (der SED)
ZMA	Zentrale Materialablage (MfS): Informationsspeicher der Dienststeinheiten
ZMD	Zentraler Medizinischer Dienst (MfS)
ZOS	Zentraler Operativstab, dem Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit unterstelltes Lagezentrum
ZPDB	Zentrale Personendatenbank (MfS) – rechnergestützt; 1980 aufgebaut; auf Vorschlag des Zentralen Runden Tisches 1990 vernichtet
StGB	Strafgesetzbuch (DDR)
§ 209 StGB	Einziehung von Waffen
§ 213 StGB	Ungesetzlicher Grenzübertritt
Schusswaffenverordnung (DDR)	
§ 4 Abs. 1	Paragraf der Schusswaffenverordnung, der definiert, dass eine Erlaubnis für die Einfuhr von Schusswaffen und Munition nötig ist
§ 15 Abs. 2	Zollorgane können unerlaubt eingeführte Waffen entschädigungslos einziehen



Foto: BStU/Dresden

Stasi-Unterlagen-Archiv

Akteneinsicht – Bestandserhaltung – Aufklärung über das Wirken der Stasi

Trotz massiver Aktenvernichtungen durch die Staatssicherheit sind insgesamt rund 111 Regal-Kilometer Schriftgut sowie zahlreiche Foto-, Film-, Video- und Tondokumente im Stasi-Unterlagen-Archiv erhalten geblieben. Es sind Zeugnisse eines Spitzelapparates, Dokumente über geplantes und begangenes Unrecht, über Anpassung und Verrat, aber auch Belege für Zivilcourage und Widerstand.

Seinen Hauptsitz hat das Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin. Zudem gibt es Standorte in zwölf ehemaligen Bezirksstädten der DDR: Chemnitz (ehem. Karl-Marx-Stadt), Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Suhl. In Cottbus gibt es eine Beratungsstelle; hier ist ein Standort mit der Möglichkeit zur Akteneinsicht und mit Bildungsangeboten geplant.

Unabhängig vom Wohnort können Bürgerinnen und Bürger in allen Dienststellen Akteneinsicht beantragen und die eigenen Unterlagen einsehen. Zudem können Besucherinnen und Besucher bei Archivführungen, Veranstaltungen und Ausstellungen mehr über die Arbeit des Archivs und die Methoden und Wirkungsweise der Stasi erfahren.

Ausführliche Informationen finden Sie im Internet unter www.stasi-unterlagen-archiv.de und www.stasi-mediathek.de.

Kontaktdaten Berlin**Stasi-Unterlagen-Archiv**

Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin-Mitte
Postanschrift: 10106 Berlin
Tel.: 030 2324-50
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Bürgerberatung

Beratung zu Antragstellung und Einsicht in die Stasi-Unterlagen ist zu folgenden Zeiten möglich:
Mo-Do 08:00-17:00
Fr 08:00-14:00
Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
030 2324-7000

Anfragen zur Akteneinsicht für Forschung und Medien

Tel.: 030 2324-9051/-9061
GZ.AU5@bundesarchiv.de
GZ.AU6@bundesarchiv.de

Abteilung Vermittlung und Forschung

Tel.: 030 2324-6701
gz.kw@bundesarchiv.de

Fachbibliothek

Bitte entnehmen Sie die Öffnungszeiten dem Online-Auftritt der Bibliothek:
www.stasi-unterlagen-archiv.de/bibliothek
Tel.: 030 2324-6826
bibliothek.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Ausstellungen und Dokumentationen

Tel.: 030 2324-6731
ausstellungen.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Presseanfragen

Tel.: 030 2324-7181
presse@bundesarchiv.de

Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie

Ruschestraße 103
10365 Berlin

Öffnungszeiten Ausstellungen/Besucherzentrum:
Mo-Fr 10:00-18:00
Sa, So, Feiertag 11:00-18:00

Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv

„Einblick ins Geheime“
„Haus 7“
Tel.: 030 2324-6699
einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de
www.einblick-ins-geheime.de

Stasimuseum

Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“
„Haus 1“
Tel.: 030 553 68 54
info@stasimuseum.de
www.stasimuseum.de

Besucherzentrum

„Haus 22“
Tel.: 030 2324-6999

Open-Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“

täglich rund um die Uhr zugänglich

Bildungsteam

„Haus 1“
Tel.: 030 2324-6757
bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de
www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung

Campusentwicklung und Veranstaltungen

Tel.: 030 2324-7196
campus.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Brandenburg**Standort Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt
Tel.: 0335 6068-0
frankfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Cottbus

Karl-Marx-Straße 7
03044 Cottbus
Aktuelle Termine finden Sie auf
www.stasi-unterlagen-archiv.de

Kontaktdaten Mecklenburg-Vorpommern**Standort Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg
Tel.: 0395 7774-0
neubrandenburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Rostock

Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf
Tel.: 038208 826-0
rostock.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Schwerin

Görslow, Resthof
19067 Leezen
Tel.: 03860 503-0
schwerin.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Sachsen-Anhalt**Standort Halle**

Blücherstr. 2
06122 Halle
Tel.: 0345 6141-0
halle.stasiunterlagenarchiv.bundesarchiv.de

Standort Magdeburg

Georg-Kaiser-Str. 7
39116 Magdeburg
Tel.: 0391 6271-0
magdeburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Sachsen**Standort Chemnitz**

Jagdschänkenstraße 52
09117 Chemnitz
Tel.: 0371 8082-0
chemnitz.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden
Tel.: 0351 2508-0
dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig
Tel.: 0341 2247-0
leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Thüringen**Standort Erfurt**

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt
Tel.: 0361 5519-0
erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1
Haus 3
07548 Gera
Tel.: 0365 5518-0
gera.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Suhl

Weidbergstr. 34
98527 Suhl
Tel.: 03681 456-0
suhl.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Dokumentenhefte

Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

Bisher erschienen:

Aktion „Gegenschlag“

Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983

88 S., Berlin 2013

Die Stasi in Stuttgart

Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv

80 S., Berlin 2013

Udo rockt für den Weltfrieden

Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen

112 S., Berlin 2013

„Eingeschränkte Freiheit“

Der Fall Gabriele Stötzer

80 S., Berlin 2014

Operativer Vorgang „Inspirator“

Der Weimarer Montagskreis

110 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg

78 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am 7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)

82 S., Berlin 2014

Gefängnis statt Rolling Stones

Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen

132 S., Berlin 2014

„Überall kocht und brodel es ...“

Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen

106 S., Berlin 2014

Niedersachsen und die Stasi

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“

92 S., Berlin 2014

„Keine Gewalt!“

Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89

132 S., Berlin 2014

„Stasi raus – es ist aus!“

Stasi am Ende – die letzten Tage der DDR-Geheimpolizei

160 S., Berlin 2015

Hessen und die Stasi

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“

58 S., Berlin 2015

Tschernobyl

Der Super-GAU und die Stasi

82 S., Berlin 2016

„Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“

Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann 1976 aus der DDR

112 S., Berlin 2016

„... anarcho-terroristische Kräfte“

Die Rote-Armee-Fraktion und die Stasi

111 S., Berlin 2017

Rheinland-Pfalz und die Stasi

Spionage, Überwachung, Verschleierung

77 S., Berlin 2017

„Blick in einen Zerrspiegel“

Der Fall Gilbert Radulovic in den Stasi-Unterlagen

128 S., Berlin 2018

Das geteilte Berlin und die Stasi

Spionage, Opposition und Alltag

119 S., Berlin 2018

Die Dokumentenhefte sind kostenlos beim Stasi-Unterlagen-Archiv erhältlich.

Herausgeber

Bundesarchiv

*– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin*

Postanschrift

10106 Berlin

Bestellung

Telefon: 030 2324-7777

Fax: 030 2324-6739

publikation.stasiunterlagenarchiv@

bundesarchiv.de

www.stasi-unterlagen-archiv.de



„Ein Sonderzug
zum Stasi-Irrwitz“

Karl Gaulhofer, Die Presse, Wien

Impressum

Herausgeber

Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin

Postanschrift: 10106 Berlin
Telefon: 030 2324-50
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Gestaltung

Pralle Sonne, Berlin

Redaktion

Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Abteilung Kommunikation und Wissen
10106 Berlin
www.stasi-unterlagen-archiv.de

wissenschaftliche Beratung

Dr. Tobias Wunschik
Bundesarchiv
– Stasi-Unterlagen-Archiv –

Titelfoto

„Die vermessene Mauer“ – Waldemarstrasse / Leuschnerdamm
BArch, Bild 210-0720, Foto: Maus, Burkhard; Bösel, Philipp J. | 26. Juni 1985

Stasi-Mediathek

Geschichte zur RAF und Stasi online
www.stasi-mediathek.de/geschichten/anarcho-terroristische-kraefte

Zahlreiche Dokumente aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv finden Sie online unter
www.stasi-mediathek.de



Bei der Veröffentlichungen von Akten des Staatssicherheitsdienstes dürfen nach § 3 Absatz 3 Stasi-Unterlagen-Gesetz keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen betroffener Personen beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund wurden in diesem Dokumentenheft in Einzelfällen Namen, persönliche Angaben oder Textabschnitte geschwärzt.

Dieses Dokumentenheft ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs. Es wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Weitere Informationen unter www.stasi-unterlagen-archiv.de

Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

